Genosse Kandidat

Joachim Siegerist

Joachim Siegerist

Genosse Kandidat



Alles über Lafontaine

Joachim Siegerist

Genosse Kandidat – Alles über Lafontaine

Joachim Siegerist

Genosse Kandidat

Alles über Lafontaine

Fotoredaktion: Uwe Hempen

Fotos:
dpa, AP, Hartung, Ruppenthal, von Lingen, Privatfotos, Werek

Internationale Standard-Buchnummer
ISBN 3-9801563-8-9

WPR

Verlag:
MORITZ DETER, Bremen, Schragestraße 13, 2800 Bremen 21

Satz und Druck: KÖLLE-DRUCK, Preußisch Oldendorf

Verantwortlich für den Inhalt: Der Herausgeber

Inhalt

»Wenn Lafontaine sich als Erfinder der deutschen Einheit ausgibt, dann kann man König Herodes zum Erfinder des Kinderschutzbundes machen.«*

Otto Graf Lambsdorff, 30. September 1990

* Herodes der Große (72 bis 4 v. Chr.) befahl die Ermordung aller Knaben unter zwei Jahren in und um Bethlehem.

Der Herausgeber: Joachim Siegerist



Vorsitzender der Deutschen Konservativen e. V., Hamburger Straße 3, 2000 Hamburg 76, Telefon: 040/2295212, Fax: 040/2277592.

»Willy Brandt – Das Ende einer Legende«. Mit diesem Buch startete Joachim Siegerist vor gut vier Jahren seine schriftstellerische Laufbahn. Von sich selbst sagt er: »Ich bin Journalist – und sonst nichts. Aber das mit Leib und Seele.« Das Wort Schriftsteller läßt er nicht gelten.

Dabei »machte« er gleich mit seinem ersten Buch 17 Auflagen – 250000 verkaufte Bücher. Aus dem ersten Brandt-Buch (29,80 Mark) wurde inzwischen ein Standardwerk für alle Brandt-Gegner – aber nicht nur für die.

Es folgten »Das Testament des Uwe Barschel«, »Schreie aus der Hölle«, »Willy Brandt ohne Maske«, »Verbrecher und andere Deutsche – Kommentierte Übersetzung des Brandtschen Originaltitels«. 1990 erschienen »Vertuschte SED-Verbrechen« und »Ceausescu – Der rote Vampir«.

Joachim Siegerist ist wegen seiner unversöhnlichen Haltung gegenüber den Sozialisten und Kommunisten umstritten. Aber die von ihm zusammengetragenen Fakten stimmten immer. Gravierende Fehler konnte ihm keiner nachweisen. Trotz etlicher Versuche: kein einziges Siege-

rist-Buch konnte verboten werden. Nicht einmal Teile seiner Bücher konnten mit Einstweiligen Verfügungen »aus dem Feld geschossen« werden. All seine Bücher sind brillant geschrieben, lesen sich spannend.
Das jetzt vorliegende Lafontaine-Buch hat Siegerist nicht selber geschrieben. Er tritt aber als Verleger und Herausgeber auf. Damit ist die Richtung klar. Geschrieben hat dieses Buch einer der besten Journalisten Deutschlands. Er arbeitet in der Chefredaktion eines bedeutenden Blattes, möchte seinen Namen aber nicht genannt haben, weil er sonst um seinen Arbeitsplatz fürchten muß.
Typisch für die »Toleranz« der Linken.
Durch die immer stärker werdende Nachfrage nach Siegerist-Büchern kann der Autor nur noch einen Teil der von ihm gewünschten Themen selber schreiben. Zuletzt das Ceausescu-Buch, das Siegerist »in aller Unbescheidenheit« als sein »bestes und zugleich auch liebstes Buch« bezeichnet.
Selber schreiben will er 1991 ein Buch über Richard von Weizsäcker, den er für einen »Schönredner« hält, der sich immer nur dann zu Wort meldet, »wenn er sich des Beifalls der linken Medien sicher ist«. »Wo blieb Herr von Weizsäckers Wort beim Babymord im Mutterleib?«
In Auftrag gegeben hat Joachim Siegerist einen Buchtitel über den südafrikanischen Kommunisten Nelson Mandela, dessen Machtübernahme in Südafrika im Blutbad und Chaos enden würde.
Kurz vor den Bundestagswahlen am 2. Dezember 1990 jetzt das Buch gegen Lafontaine. Es wird den gernegroßen Mini-Napoleon von der Saar mit Sicherheit noch viele Jahre »begleiten«.

Hamburg, im November 1990

1. Deutschland ist da – Lafontaine schmollt

2. Oktober 1990, kurz vor Mitternacht. Vor dem Reichstagsgebäude stehen Hunderttausende, halten Fackeln, schwenken schwarz-rot-goldene Fahnen. Scheinwerfer internationaler TV-Stationen erleuchten die Szene, Millionen Menschen in aller Welt schauen an den Bildschirmen zu.

Der Platz vor dem Reichstag ist eine Stätte deutscher Geschichte. Am 9. November 1918 rief hier der Sozialdemokrat Philipp Scheidemann die erste deutsche Republik aus. Unvergessen sind die großen Kundgebungen zu Zeiten des kalten Krieges, als die Berliner ihren Freiheitswillen bekundeten. »Ihr Völker der Welt, schaut auf diese Stadt!« An den Appell des Regierenden Bürgermeisters Ernst Reuter aus dem Jahr 1948 erinnert sich so mancher alte Berliner an diesem Abend. Die Welt schaut auch nun, in dieser schicksalsträchtigen Nacht, auf diese Stadt.

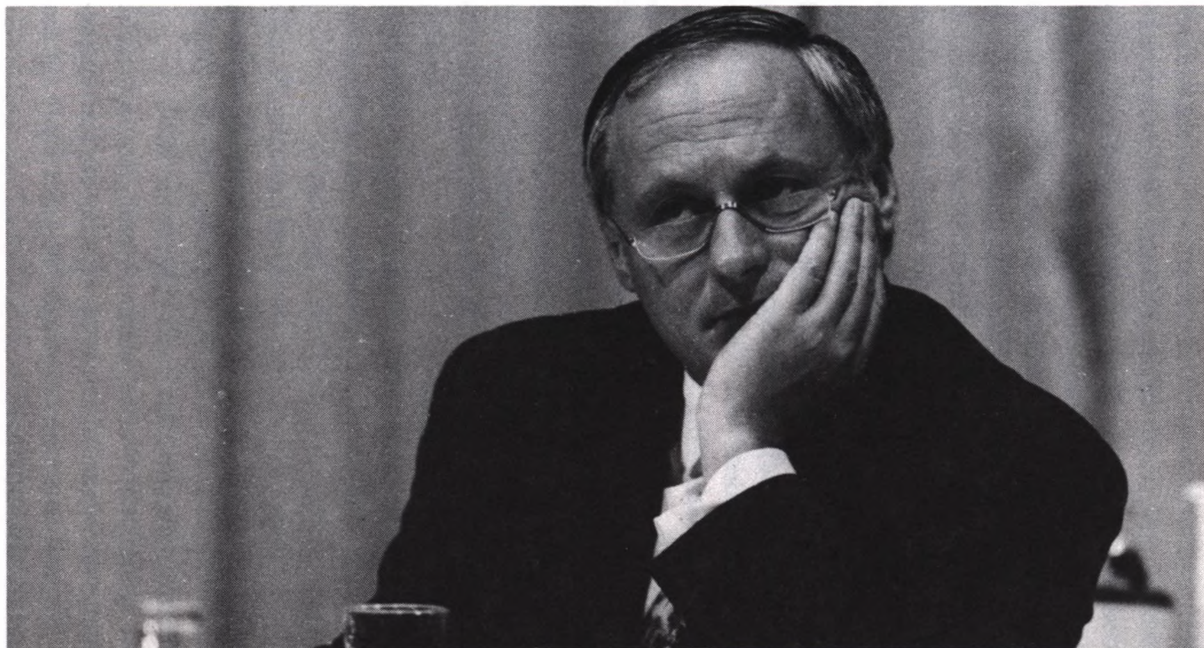
Um zehn vor zwölf kommt der Kanzler. Er tritt aus dem Gebäude des Reichstags ins Scheinwerferlicht und müht sich im dichten Gewühl aus Ministern, Abgeordneten, Sängern und Sicherheitsbeamten die Treppe herunter zum Podest, wo ein Fahnenmast aufgerichtet ist. »Helmut, Helmut!« schallt es von unten herauf. Raketen zischen aus der Menge in den wolkenlosen Himmel.

Noch fünf Minuten. »Das ist wie Silvester, nur ganz anders«, sagt einer. Immer wieder heimliche Blicke auf die Uhr am Handgelenk: Die DDR wird jetzt nach Minuten ausgezählt. Nun steht auch Lothar de Maizière

vorne beim Kanzler. Nur noch fünf Minuten ist er Ministerpräsident.
14 junge Sportler aus beiden Teilen Berlins bringen in der großen Nacht ein Tuch heran: schwarz-rot-gold, 60 Quadratmeter groß. Sie gehen mit der Fahne zum Mast, hängen sie ein und ziehen sie hoch. Da läutet die Freiheitsglocke. Ihr Ton dröhnt über den Platz. Der Jubel schwillt an, Menschen schreien ihre Freude in die Nacht. Die Stunde Null ist da.
Der schönste Augenblick der Nachkriegsgeschichte. Vergessen sind in diesem Moment die Stationen deutscher Tragödie: Zusammenbruch, Teilung, kalter Krieg, Mauer, Morde. Jetzt zählt nur noch eins – Deutschland ist da. Deutschland, der Traum ist wahrgeworden.
Die Nachrichtenagentur AP gewinnt das Rennen und meldet unter dem Datum 3. Oktober, 0.00 Uhr, als erste: »Eilt – Deutschland wieder ein ganzer Staat.«
Helmut Kohl steht mächtig und massig in der Mitte, ein Mann, der in dieser Minute den Höhepunkt seines politischen Lebens erreicht hat. Bundespräsident Richard von Weizsäcker sagt ins Mikrofon, die Deutschen seien sich der Verantwortung vor Gott und den Menschen bewußt: »Wir wollen in einem vereinten Europa dem Frieden der Welt dienen.« Dann singen sie die Nationalhymne: »Einigkeit und Recht und Freiheit für das deutsche Vaterland, danach laßt uns alle streben, brüderlich mit Herz und Hand. Einigkeit und Recht und Freiheit sind des Glückes Unterpfand, blüh' im Glanze dieses Glückes, blühe, deutsches Vaterland.«
Alle singen. Es ist, als seien alle politischen Querelen überwunden. Für einige Augenblicke gibt es kein Gegeneinander mehr unter den Parteien. Bewegt, voller

Anteilnahme, fast andachtsvoll formen sich die Lippen. Frauen und Männer, die Deutschland machten, vereinigen sich, intonieren die Nationalhymne.
Alle singen. Weizsäcker, Vogel, die Minister. Willy Brandt hat Tränen in den Augen. Helmut Kohl bemüht sich angestrengt, seine innere Bewegtheit nicht nach außen dringen zu lassen. Alle singen. Nur einer nicht.
Er steht abseits, am Rande: versteinert, regungslos, verkniffen – Oskar Lafontaine, der Kanzlerkandidat der SPD.
Seine strohblonde Freundin mit der Punkfrisur überragt den 1,70-Meter-Mann. Dennoch werden Millionen Menschen in Berlin, in Deutschland, in aller Welt Zeuge eines ungeheuerlichen Vorgangs: Lafontaine weigert sich, die Nationalhymne mitzusingen. Im schönsten und erhabendsten Augenblick jüngerer deutscher Geschichte bleibt der SPD-Kanzlerkandidat kalt und ungerührt.

- Wer ist dieser Mann, über den CDU-Generalsekretär Volker Rühe sagte, er habe »kein Herz für Deutschland«?
- Wer ist dieser Mann, der sich vom linken »Spitzen-Agitator der Friedensbewegung« (»Spiegel«) auf wundersame Weise zum staatstragenden Kanzlerkandidaten wandelte?
- Wer ist dieser Mann, den Willy Brandt eine »gelungene Mischung aus Napoleon und Mussolini« nannte?
- Wer ist dieser Mann, der Parteifreund und Ex-Kanzler Helmut Schmidt »Sekundärtugenden« bescheinigt, mit denen »man auch ein KZ leiten kann«?



Müde, abgespannt, fast resigniert: Sieht so ein siegesbewußter Senkrechtstarter aus?

- Wer ist dieser Mann, der erklärt, »vielleicht ist Lech Walesa freier als mancher Konsument in der westdeutschen Wohlstandsgesellschaft«, und behauptet, er sei bereit, »wie ein Pole zu leben«, für seine saarländische Vertretung in Bonn aber einen Spitzenkoch engagiert und ihm 6000 Mark Gehalt zahlt mit den Worten, »ein Spitzenkoch leistet mehr als mancher Sesselfurzer«?
- Wer ist dieser Mann, der Reden hält, die von den SPD-freundlichen Gewerkschaftsführern als »hundsmiserable Demagogie« (Rappe), »Schweinerei« (Wulf-Matthies), »Büttenrede« (Heinz Kluncker) bezeichnet werden?
- Wer ist dieser Mann, den die CDU-Politikerin Birgit Breuel als »Chamäleon und unkalkulierbaren Opportunisten« bezeichnet?
- Wer ist dieser Mann, über den der SPD-freundliche »Stern« schreibt, »mit untrüglichem Machtinstinkt verstärkt er Differenzen zu eigenem Nutzen und sucht nach Partnern, mit denen sich politische Geschäfte machen lassen«?
- Wer ist dieser Mann, der sich nicht scheut, öffentlich zu sagen, daß die »Lebensweisheit, ›man soll nie nie sagen‹, sich auch in der Politik bewährt«?
- Wer ist dieser Mann, über den Graf Lambsdorff sagt: »Der ist in der Lage, bei RTL für Schnaps zu werben, nachdem er eine halbe Stunde zuvor bei den Abstinenzlern als einer der ihren aufgetreten ist«?

Und schließlich: Wer ist dieser Mann, der sich nicht scheut, von sich selbst zu sagen: »Ich bin ein Kartenspieler. Und ich versuche ein möglichst gutes Blatt auf die Hand zu bekommen.«?

Einer von uns, behauptet die offizielle Wahlkampfbroschüre der SPD von 1980. Und unter dem Stichwort »Die Familie« heißt es: »Oskar Lafontaine ist ein Kriegskind. Als er am 16. September 1943 zur Welt kam, da gab es all das nicht, wofür er sich heute einsetzt: Frieden, Demokratie und soziale Gerechtigkeit. Der eine Großvater war Hüttenarbeiter, der andere war Bergmann. Oskars Vater war Bäcker.
Eine solche Herkunft prägt.
Den Lafontaines ging es so wie den meisten Familien. Sie lebten mit der Angst, dem Hunger und dem Luftschutzbunker. Sie hofften aufs Überleben. Aber auch die Familie Lafontaine blieb von den Völkermorden nicht verschont. Oskars Vater fiel 1945 im Alter von 29 Jahren.«
Zu dieser rührenden Biographie stellt die SPD-Wahlkampfbroschüre Fotos aus dem Familienalbum. Man sieht Oskar Lafontaine und seinen Zwillingsbruder Hans, von Mutter und Vater im Arm gehalten. Doch nur, wer das Foto kennt, bemerkt, daß da etwas nicht stimmt.

2. So mißbraucht Lafontaine seinen toten Vater

Im ersten Moment wirkt es nur wie eine harmlose Foto-Retusche – ein in mehreren Wahlkämpfen eingesetztes Foto der Lafontaine-Eltern. Auf dem Schoß der kleine Oskar und dessen Bruder. Bei näherem Hinsehen erweisen sich die beiden Fotos als ein ganz besonders mieses Kapitel Lafontainischer Wahlkampfführung.
Betrachten Sie die Bilder. Ihnen wird auffallen, daß der Vater einmal im Zivilanzug abgebildet ist, ein anderes Mal als Soldat in Uniform. Der Kragenspiegel und das Schulter-Revers sind deutlich zu erkennen.
1980 veröffentlichte die SPD das Familienbild in einer Wahl-Broschüre. Damals tobte die sogenannte Friedensbewegung auf unseren Straßen. Soldaten wurden öffentlich beschimpft, linke SPD-Politiker rümpften die Nase über die Bundeswehr. Und in dieser Zeit ein Familienfoto mit einem uniformierten Vater? Lafontaine-Helfer schnitten das Foto auf der rechten Seite so an, daß der Kragenspiegel verschwand, das Revers wurde übermalt. So sah der verstorbene Vater aus wie ein Zivilist. Und rührselig wurde unter das Bild geschrieben: »Der Vater, Hans Lafontaine, kannte seine Kinder nur als Babys. Er fiel 1945, 29 Jahre alt . . .«
1985 ist das Bild in einem Fernsehspot der Saar-SPD erneut zu sehen. Dasselbe Foto. Aber der Vater wieder in Uniform. Keine Retusche. 1985 – das war die Zeit, als die Sowjets wieder kräftig mit dem Säbel rasselten, in Afghanistan Menschen abschlachteten. Die Mehrheit der Deutschen glaubte dem amerikanischen Präsidenten Reagan (zu Recht), daß der Friede nur durch Ab-





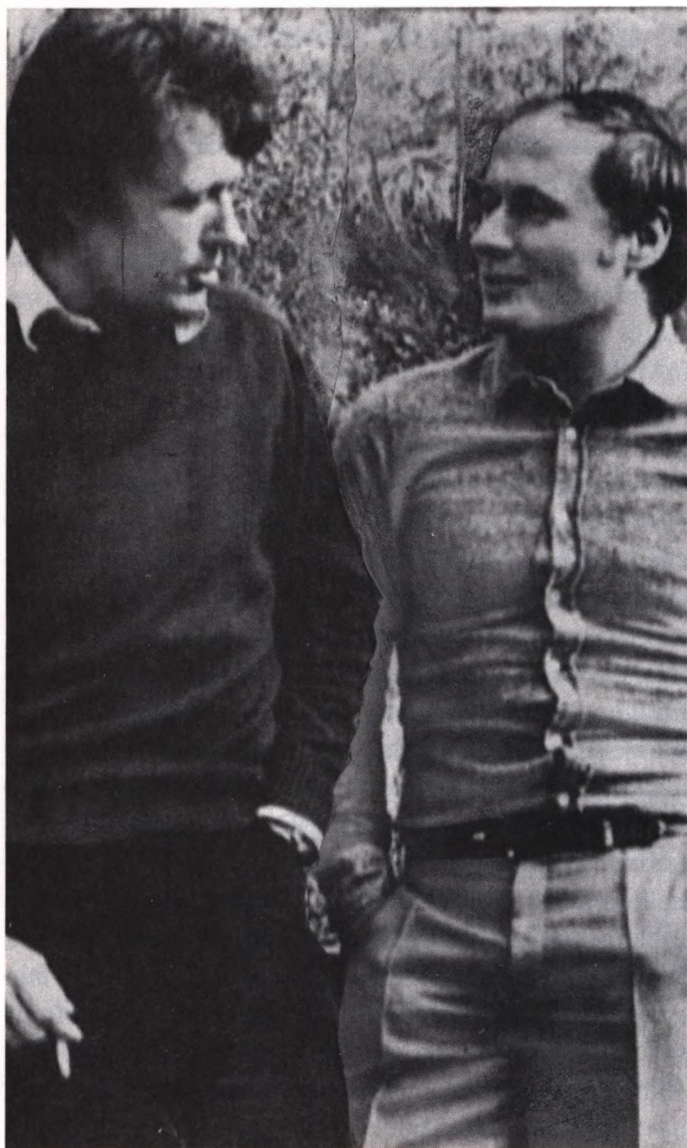
Das für Wahlkämpfe manipulierte Bild: Lafontaines Vater mal mit Uniform, mal ohne.

schreckung erhalten werden kann; durch gut ausgebildete Soldaten, durch dem Warschauer Pakt überlegenes militärisches Gerät. Die Welt diskutierte über SDI, das Abschreckungs-Auge der USA. Die »Friedens«-Aufmärsche der roten Krawallpöbel hatten nur noch wenig Resonanz. Soldaten konnten sich wieder in Uniform auf den Straßen sehen lassen. Offenbar hielt Lafontaine es für angebracht, dem toten Vater wieder die Uniform zu verpassen.

1990: Die SPD veröffentlicht eine Broschüre über Lafontaine. Überschrift: »Einer von uns«. Dasselbe Foto mit den Eltern. Diesmal wieder ohne Uniform. Die SPD überschlägt sich förmlich vor Abrüstungs-Forderungen, Gorbatschow wird zum Friedens-Apostel hochstilisiert. Wozu brauchen wir noch Soldaten? Der Kommunismus hat doch all seine Schrecken verloren. Abrüstung, Abrüstung – ist die Devise der SPD. Und der rote Kanzlerkandidat heißt Lafontaine. Natürlich stört da ein Wahlkampffoto, auf dem ein uniformierter Lafontaine-Vater zu sehen ist, der obendrein noch – um linkes Vokabular zu gebrauchen – in der »Nazi-Armee« gedient hat und damit »nicht besser war als jeder KZ-Wächter«. Und schließlich hatte ein Frankfurter Gericht ja auch gesagt, daß man Bundeswehr-Soldaten ohne weiteres als »Mörder« beschimpfen kann.

3. Der Freund der Arbeiter – von den Arbeitern ausgepfiffen

Lesen wir weiter, wie »objektiv« die SPD ihren Kanzlerkandidaten verkauft. Originaltext Wahlkampfbroschüre:
»Oskars Mutter mußte sich auch in der Nachkriegszeit mit ihren Zwillingen durchschlagen. Die Kriegerwitwe Käthe Lafontaine arbeitete als Sekretärin bei Röchling in Völklingen. Heute lebt sie in Saarbrücken und nimmt regen Anteil am politischen Geschehen. Wenn Oskar und sein Zwillingsbruder Hans sie besuchen, dann sprechen sie nicht von der angeblich ›guten alten Zeit‹. Da wird auch mal bei Kaffee und Kuchen von früher ›verzählt‹, aber den Blick für die Wirklichkeit haben die Lafontaines nicht verloren. Auch Oskars Bruder Hans nicht. Er arbeitet als Rechtsanwalt in Saarbrücken.«
Was die Broschüre nicht verrät: Lafontaines Zwillingsbruder Hans versuchte sich in der Politik. Er wollte Bürgermeister der Gemeinde Wadgassen (20000 Einwohner) bei Saarlouis werden. Trotz der tatkräftigen Unterstützung seines prominenten SPD-Bruders fiel Hans Lafontaine durch.
Fahren wir weiter fort in der offiziellen Biographie Lafontaines. Originaltext Wahlkampfbroschüre: »Beide (die Brüder) kennen viele Probleme aus eigener Erfahrung. Als Kinder spielten sie an der Saar. Heute freut sich Oskar, wenn er zum Beispiel die hochmoderne Kläranlage in Bobach einweihen kann. Er dankt allen, die dazu beigetragen haben, daß die Saar sauberer wird. Nicht nur den Ingenieuren, sondern auch denen, die handfest zugepackt haben: den Bauarbeitern.«



Ein seltenes Dokument: Lafontaine und sein Zwillingsbruder Hans (links). Auch er versuchte sich in der Politik – vergeblich.



Oskar Lafontaine mit seiner Mutter Käthe. Nachdem ihr Mann im Krieg gefallen war, sorgte sie allein für Oskar und seinen Bruder Hans.

Lafontaine – der Freund der einfachen Leute, der Freund aller Arbeiter. Das will die Wahlkampfbroschüre vermitteln. Die Wahrheit freilich sieht ganz anders aus. Szenenwechsel, 17. Juli 1990. Alexanderplatz in Ost-Berlin. Arbeiterkind Lafontaine sucht bei Bauarbeitern das von ihm so geschätzte Bad in der Menge. Doch statt Jubel – eisige Ablehnung. Keine Hand regt sich, um den Kanzlerkandidaten der SPD zu begrüßen. »Oskar, was macht dein Freund Honni?« ruft ihm ein stämmiger Bauarbeiter zu. Erst als der Kanzlerkandidat nach Aufforderung an das Mikrofon trat und versprach, die Sorgen und Ängste der Bauarbeiter in die Verhandlungen um den zweiten Staatsvertrag einzubringen, bekam er leichten Applaus.

Schnell setzt sich Oskar Lafontaine ins wartende Auto, läßt Gas geben, fährt weiter. Soviel zur Sympathie der Bauarbeiter.

Rückblende. Schauen wir uns an, wie die Wahlkampfbroschüre Lafontaine weiter beobachtet: »Arbeiterkinder hatten es viel schwerer. Die Kinder brauchten schließlich Kleider und Schulsachen, und eine weiterführende Schulbildung war schon fast ein unerschwinglicher Luxus. Käthe Lafontaine schaffte es. Sie schickte ihre beiden Söhne nach Prüm in die Eifel, in das Bischöfliche Konvikt. Auch dort sollen beide – wie in Dillingen-Pachten – zu den Lebhaftesten gehört haben.«

Das bestätigen auch Augenzeugen. Das »Süddeutsche Zeitungsmagazin« beschreibt den jungen Lafontaine so: »Wir sehen den kleinen pummeligen Oskar in der Volksschule zu Saarlouis (Augenzeuge: die Mitschülerin Charlotte Hahn), wie er beim ›Länderwerfen‹-Spiel im Schulhof jedesmal in Wut geriet, wenn er nicht



Kühler Empfang beim Besuch Lafontaines im Juli 1990 auf dem Alexanderplatz in Berlin. Die Bauarbeiter glauben nicht an die Versprechungen des SPD-Mannes.



Arbeiterfreund Lafontaine besucht Ostberliner Bauarbeiter. Als er kam, rührte sich keine Hand zum Applaus.

Deutschland sein durfte, sondern Frankreich oder Rußland.
Übermäßig frech war der Junge nicht, sagt Frau Hahn, und ein Raufbold war er schon gar nicht: Dazu war er zu gescheit, angesichts der Länge und Kraft anderer Klassenkameraden. Und seine Mutter, die Kriegerwitwe, hätte ihn auch nicht gern als Schläger gesehen.«
Der »Spiegel« berichtet über Lafontaine, daß er sich schon in der Schule als Beschützer gefühlt habe. »Als eine rare Mischung von Raufbold und Klassenprimus hat er sich bei Lehrern und Mitschülern den Ruf verschafft, daß er – als Mittelstürmer auf dem Fußballfeld, als Vorsänger im Knabenchor, als Anführer jedes Klassenkrawalls bis zum Einser-Abitur – stets der Bessere war . . .«
Lafontaine besuchte das Gymnasium zu Prüm in der Eifel, wo er zusammen mit seinem Bank-Nachbarn einem jungen Referendar Wasser auf den Lehrerstuhl gießt und deshalb beinahe nicht zum Abitur zugelassen wird. Augenzeuge Wolfgang Steffen erinnert sich an einen 400-Meter-Lauf, bei dem Oskar mit weit vorgestrecktem Kopf dem Ziel entgegenrennt, während sein Zwillingsbruder Hans, mit dem Bauch nach vorn und mit durchgedrücktem Kreuz, neben ihm herläuft, weshalb er auch nicht gewinnen kann. Dieser früh ausgeprägte Ehrgeiz, vermutet der »Spiegel«, kommt vielleicht daher, daß Lafontaine als Zwilling zur Welt gekommen ist. Seinen Bruder, der ihm, wie Freunde sagen, nicht sehr ähnlich ist in seiner stillen, eher verträumten Art, besucht Oskar Lafontaine heute nicht sehr häufig. Fazit: Mit großen politischen Äußerungen ist Lafontaine in der Schule nicht hervorgetreten, obwohl der Klassen-



Oskar (Mitte) mit Schulkameraden. Er ging in das Bischöfliche Konvikt (Eifel) zur Schule.

lehrer Anlaß genug geboten hätte, ihm hin und wieder die Meinung zu sagen, sagt Zeitzeuge Steffen.
1962 legte Lafontaine am staatlichen Regino-Gymnasium sein Abitur ab, ein sehr gutes. Die Wahlkampfbroschüre über den SPD-Kandidaten: »Gefördert wurde sein Studium vom Katholischen Cusanus-Werk. Das war kein Zufall, denn für Oskar Lafontaine gibt es keinen Widerspruch zwischen christlicher Grundüberzeugung und wissenschaftlichem Fortschritt. Für den Physikstudenten Oskar Lafontaine war es selbstverständlich, daß er sich auch mit philosophischen und politischen Fragen beschäftigte . . .«
Die linken Medien prägen später gerne den Begriff »Jesuiten-Zögling«. Dabei ist nicht klar, ob dies eine Schmeichelei für Lafontaine sein soll oder ein Seitenhieb auf die Jesuiten oder umgekehrt. Der »Spiegel« schreibt: »Es ist nicht schwer, sich den linken Sozialisten Oskar Lafontaine in Kutte oder Sutane vorzustellen. Wenn er vor seinem rundlichen Domherren-Gesicht salbungsvoll die Hände zusammenlegt, um mit Würde seine Ungeduld beim Zuhören zu bemänteln, denkt sich mancher spöttisch den Rosenkranz hinzu. Lafontaine grinst, wenn ihm vorgehalten wird, die Erziehung durch Jesuiten-Pater hätte ihn für sein Leben geprägt. Er bestreitet es nicht . . . Kein Wunder also, daß der Meßbub Oskar noch heute unverkennbar ist: Wenn er sich um Höflichkeit in fremder Umgebung bemüht, gewinnt er seinen rosigen Zügen eine so arglose Artigkeit ab, als schaute Hochwürden her . . .«
1966, noch als Student, trat Lafontaine der SPD bei. Er tat es, weil er der Meinung war, in der CDU sei der Anspruch des Christentums nicht verwirklicht. »Er sprach

im Bus«, so berichtet die »Süddeutsche Zeitung«, »Höhe Prinzenweiher in Saarbrücken, den ihm bekannten Studentenfunktionär Reinhard Klimmt an, um ihn zu fragen, ob er auch in der SPD sei und wenn ja, warum sie dann nicht gemeinsam die Jungsozialisten im hiesigen Unterbezirk aufmischen sollten: ›Ich mach' den Vorsitz‹, hat Lafontaine gesagt, ›du den Stellvertreter. Und wenn du nicht magst, mag ich auch nicht.‹ Klimmt mochte. Heute ist er der SPD-Fraktionsvorsitzende im saarländischen Landtag, leitet die Kanzlerwahl-Kampagne des Mannes, der damals zufällig in den gleichen Bus gestiegen ist wie er selbst . . .«
Lafontaine stand damals auf der äußersten linken Seite der Partei. Er engagierte sich zunächst bei den Jungsozialisten, die ihn 1966 zum Vorsitzenden des Unterbezirks Saarbrücken wählten. Im äußeren Erscheinungsbild eher wie ein adretter, sensibler Musterschüler wirkend, bevorzugte Lafontaine jedoch unorthodoxes Gehabe und markante Wortspiele. Den Delegierten des Nürnberger SPD-Bundesparteitags, die sich darüber erregten, daß der Nachwuchs zu sehr mit dem eigenen Partei-Establishment statt mit dem politischen Gegner ins Gericht ging, hielt er – damals noch Student – entgegen, man fühle sich »eben von der Frau betrogen, die man einmal geliebt hat.«
Lafontaine wurde zur Kultfigur der Linken. »Je inniger die SPD den Linken Göttern opfert«, schrieb die »Berliner Morgenpost«, »desto stärker schiebt sich ein Mann nach vorn: Oskar Lafontaine.«
Es schien fast, als wäre der Senkrechtstarter drauf und dran, Wortführer der Linken wie Erhard Eppler und Hans-Ulrich Klose hinter sich zu lassen. Lafontaine phi-

losophierte, aber er war kein Philosoph. In seine geschliffene Argumentation mischten sich Züge des Besserwisserischen und des Hochmuts. Lafontaine konnte verletzen, und er wußte es. Er schob die Partei nach links. Er turtelte mit den Grünen. Er streichelte die Friedensbewegung. Er geißelte die Kernenergie, die Amerikaner und die NATO-Nachrüstung.
1968 wurde Lafontaine in den Landesvorstand der SPD-Saar gewählt, gewann 1969 ein Stadtratsmandat (bis 1970) und war von Juni 1970 bis 1975 Mitglied der SPD-Landtagsfraktion (stellvertretender Vorsitzender). Von 1971 bis 1977 war er Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Saarbrücken-Stadt. 1974 wurde er als Mitglied des Stadtverbandstages Vorsitzender der SPD-Fraktion. Im gleichen Jahr wurde er zum Bürgermeister in Saarbrükken gewählt. Er schied damit aus seinen bisherigen kommunalpolitischen Positionen aus. Lafontaine, der sich mit 26 nicht ohne Stolz als »aktiver Verfassungsfeind« bezeichnet hatte, war mit 32 Jahren jüngster Oberbürgermeister einer bundesdeutschen Großstadt geworden.
Die Wahlkampfbroschüre beschreibt ihn so: »Auch als Oberbürgermeister hat Oskar immer den Kontakt zu den Bürgerinnen und Bürgern gesucht. Ob bei der Eröffnung des Altstadtfestes, als Gast bei den Perspektives du Théâtre, beim Max-Ophüls-Festival oder einfach nur beim Einkaufen – Oskar ist immer bereit, sich mit den Problemen und Anregungen der Saarländerinnen und Saarländer auseinanderzusetzen . . .«
Was Lafontaine wirklich machte, belegen eindrucksvoll die Fakten aus dem Saarland.



Der flotte Oskar als Dirigent. Lafontaine, im dunklen Arbeiterhemd, gibt sich gern volkstümlich – wenn die Presse dabei ist.

4. Lafontaine und das Saarland – eine Bilanz der Minusrekorde

Oskar Lafontaine an der Macht – viel versprochen, wenig gehalten. Die Bilanz der Regierung Lafontaine ist eine Bilanz der Minusrekorde.

Die Bilanz ist negativ. Das Saarland ist für Oskar Lafontaine nur eine Zwischenetappe auf dem Weg zur Kanzlerkandidatur. Politische Defizite, Skandale und nicht eingehaltene Versprechen sind das Kennzeichen lafontainischer Politik im Saarland.

Dabei greift die Bundesregierung dem Saarland finanziell stark unter die Arme. **Bonn** zahlte zwischen 1983 und 1986 520 Millionen Mark an direkten **Finanzhilfen** für Saarstahl; an Saarberg in den letzten Jahren 712 Millionen Mark. Außerdem gewährt der Bund dem Saarland Finanzhilfen für strukturverbessernde Maßnahmen von 300 Millionen Mark. Von 1980 bis 1986 hat die Landesregierung Bundesmittel in Höhe von 4,871 Milliarden Mark erhalten. Damit nimmt das Saarland eine Spitzenposition unter den Bundesländern ein (vgl. FAZ, 10. Juli 1987).

Aber Oskar Lafontaine interessiert die Hilfe aus Bonn überhaupt nicht. Anfang Dezember 1988 reiste er, statt der Einladung von Bundeskanzler Helmut Kohl zu einem Gespräch über die Erhöhung des Kohlepfennigs und die geplante Übertragung des Revierausgleichs auf die Kohleländer zu folgen, lieber zu einer Firmenveranstaltung in die Schweiz. Ein Vortrag über »Kommunikation gleich Kulturverlust« war ihm bedeutsamer als der Meinungsaustausch über ein Thema, das für das Saarland geradezu lebenswichtig ist.

Die Politik von Lafontaine ist schon bankrott, kaum daß sie begonnen hat. Lafontaine versäumt heute zukunftsweisende Investitionen für morgen. Das Saarland hätte heute bei einer richtigen Politik die Möglichkeit, eine Zukunftsregion in der Mitte Europas zu werden. Lafontaine aber flickt Löcher, statt in die Zukunft zu investieren. Er gestaltet nicht die Zukunft, sondern paßt sich opportunistisch an. Die SPD-Regierung ist heute ein Mühlstein am Hals der Zukunft des Saarlandes. Von den Versprechungen Lafontaines vor der letzten Landtagswahl ist nichts geblieben: Im Umweltschutz, z.B. bei der Müllbeseitigung, steht das Saarland heute nicht besser, sondern schlechter da. Das Urteil nach fünf Jahren Regierung Lafontaine ist: die Bilanz ist negativ.

1. Minusrekord: Mehr Schulden

Heute ist das Saarland der am höchsten verschuldete Flächenstaat. Nach einer Mitteilung des Statistischen Landesamtes stieg das Defizit des Landeshaushaltes allein im Jahr 1987 um 10,4 Prozent auf 9,1 Milliarden Mark (»Stuttgarter Nachrichten«, 7. September 1988). 1988 übersteigt die Pro-Kopf-Verschuldung die Höhe von 10000 Mark pro Bürger (vgl. »Spiegel«, 7. März 1988). Bis 1991 sollen die Schulden nach der mittelfristigen Finanzplanung der Regierung Lafontaine um weitere rund 25 Prozent auf 12,7 Milliarden Mark ansteigen. Selbst der Finanzminister Lafontaines, Hans Kasper, sprach von einer »bedrohlichen Lage der Landesfinanzen« (»Saarbrücker Zeitung«, 4. Dezember 1987).

2. Minusrekord: Weniger Wirtschaftswachstum

Diese Politik auf Kosten der kommenden Generation

findet ihre Entsprechung im absoluten Mißerfolg in der Wirtschaftspolitik. Der Anstieg des Bruttoinlandsprodukts lag 1986 um 27 Prozent unter dem Bundesdurchschnitt; 1987 fiel das Saarland bereits über 31 Prozent hinter die anderen Bundesländer zurück (vgl. dpa, 17. Februar 1988).
Auch im Außenhandel führt die SPD-Wirtschaftspolitik zu Minusrekorden. In den ersten 10 Monaten des Jahres 1986 ging der saarländische Außenhandel um 6,2 Prozent zurück (vgl. »Saarbrücker Zeitung«, 10. Februar 1987).

3. Minusrekord: Mehr Arbeitslosigkeit

Daß die Zahl der Arbeitsplätze unter diesen Bedingungen nicht zunimmt, sondern abnimmt, kann nicht verwundern. Im Gegensatz zu Zeiten von CDU-Regierungen werden im Saarland unter Oskar Lafontaine Dauerarbeitsplätze nicht neu geschaffen, sondern fallen weg (vgl. »Saarbrücker Zeitung«, 20. Dezember 1987).
1987 hatte das Saarland die niedrigste Beschäftigtenzahl seit der Eingliederung in die Bundesrepublik Deutschland im Jahr 1957. Die Arbeitslosenquote betrug 13,3 Prozent und liegt damit um über 4 Prozent über dem Bundesdurchschnitt (vgl. »Spiegel«, 7. März 1988).

4. Minusrekord: Verschwendung statt Politik für die kleinen Leute

Nur bei der Verschwendung von Steuergeldern ist Oskar Lafontaine Spitze. Wenn es um den eigenen Arbeitsbereich geht, ist er auch in der Lage, neue Stellen zu schaffen. Während Wohnungsbaudarlehen im ganzen Land gekürzt oder abgeschafft wurden, während innerhalb

von zweieinhalb Jahren 36 Grund- und Hauptschulen und vier Krankenhäuser geschlossen wurden, stieg die Zahl der Bediensteten in Lafontaines Staatskanzlei um 42 Prozent (vgl. »Spiegel«, 7. März 1988). Die saarländische Landesvertretung in Bonn stellte einen Koch mit mehr als 6000 Mark Monatsgehalt ein. Die Frau des Kochs, eine Duzfreundin von Oskar Lafontaine, erhielt dort ebenfalls eine Stelle (»Münchner Merkur«, 24. Oktober 1987). Lafontaines Kommentar dazu: »Ein Spitzenkoch leistet mehr als mancher Sesselfurzer« (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 6. Mai 1988).
Um den Repräsentationswünschen des Ministerpräsidenten nachzukommen, veranlaßte die Landesregierung außerdem den Kauf einer Villa in Paris für 17 Millionen Mark (vgl. »FAZ«, 6. Mai 1988). Für sich schafft Lafontaine Arbeitsplätze, für das Saarland nicht.

5. Minusrekord: Umweltpolitik – Müllexport statt Müllvermeidung

Besonders augenfälliges Beispiel für die Konzeptionslosigkeit der Regierung Lafontaine ist ihre Umweltpolitik. Als eine ihrer ersten Taten stoppte die Regierung die Errichtung einer geplanten Müllverbrennungsanlage. Statt dessen wurde der Müllexport nach Frankreich verstärkt. Heute schafft das Saarland fast die Hälfte des anfallenden Mülls, nämlich 250000 von 560000 Tonnen, über die von Umweltminister Jo Leinen als »Giftgrenze« bezeichnete Grenze nach Frankreich (nach: »FAZ«, 18. März 1987; vgl.: auch »Rheinische Post«, 15. August 1987).
Sehr spät erst hat die SPD-Landesregierung eingesehen, daß Müllexport keine Umweltpolitik, sondern Un-

solidarität mit dem französischen Nachbarn ist: Jetzt soll doch eine Müllverbrennungsanlage gebaut werden. Ein Beispiel für den Kompetenzwirrwarr in der Landesregierung war das Fischsterben an der Saar Ende Juli 1986. Tote Fische wurden zu Zigtausenden an die Ufer geschwemmt. Bis heute gibt es keine endgültige Aufklärung über die Straftäter (vgl. dpa, 5. August 1986). Der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) nannte die verschleppte Aufklärungsarbeit eine »unentschuldbare Schlamperei sondergleichen« (»Welt«, 31. Juli 1986).
Die Abwässer der Industriestadt Völklingen gehen immer noch zu 75 Prozent ungeklärt in die Saar. Die Abwässer der Landeshauptstadt Saarbrücken, in der Oskar Lafontaine bis 1985 Oberbürgermeister war, werden nahezu vollständig ungeklärt in den Fluß geleitet (vgl. »Rheinische Post«, 15. August 1987).

6. Minusrekord: Nicht mehr Rechtsschutz, sondern Handschellen für die Polizei

Für Oskar Lafontaine geht offensichtlich Täterschutz vor Opferschutz. Die Innenpolitik seiner Landesregierung ist ein Beispiel dafür, wie die polizeiliche Suche nach Verbrechern bestmöglich verhindert werden kann. So schafft das Saarland z. B. keine Lesegeräte für die am 1. April 1987 neu eingeführten computerlesbaren und fälschungssicheren Personalausweise an, da dies angeblich ein »Klima des anonymen Mißtrauens« in der Bevölkerung schaffe (Innenminister Friedel Läpple; nach: dpa, 8. April 1987). Das erschwert nicht nur die Verbrechensbekämpfung. Bei Routinekontrollen wird zudem der unbescholtene Bürger länger warten müssen, bis festgestellt worden ist, daß nicht nach ihm gefahndet wird.

Außerdem will das Saarland die Rasterfahndung stark reduzieren. Die Rasterfahndung hat sich in der Vergangenheit als ein wirksames Instrument bei der Verfolgung von Terroristen erwiesen. Die rechtlich einwandfreie Regelung des finalen Rettungsschusses soll ebenfalls unterbleiben. Auch in Zukunft will die Regierung Lafontaine lieber die Verantwortung über den Schußwaffeneinsatz auf den Polizeibeamten vor Ort abschieben, anstatt sie selbst zu tragen (vgl. »Spiegel«, 7. März 1988).

Die Bilanz ist negativ!
Die Kommentare der Presse

Oskar Lafontaine hat sein Amt als Ministerpräsident nicht zum Wohle des Saarlandes genutzt. Die Kommentatoren der Zeitungen vermissen genauso wie Gewerkschaften und Verbände eine erfolgreiche Politik seiner Regierung:
»Wen auch immer man fragt, die Antwort ist immer gleich: Die Probleme des Saarlandes sind geblieben; nach zweieinhalb Jahren ist nicht zu erkennen, daß die sozialdemokratische Regierung auch nur Ansätze zur Lösung wenigstens einiger Probleme erarbeitet hätte.«
. . . »Manches an der Saar erinnert an Nordrhein-Westfalen. Nicht nur die Themen Kohle und Stahl, sondern auch der Strukturwandel. Hier wie dort bremsen die Landesregierungen eher den Wandel, der aber nicht aufzuhalten ist. Hier wie dort werden ansiedlungswillige Unternehmen nicht motiviert, sondern sie müssen eher fürchten, als ›Kapitalisten‹ unwillkommen zu sein. Das hat wohl dazu beigetragen, daß im Saarland die Zahl der Arbeitsplätze um 900 zurückgegangen ist, während

sie im übrigen Bundesgebiet um einige hunderttausend gewachsen ist« (»Rheinische Post«, 15. August 1987).
»Aufwärts geht es an der Saar noch nicht« (»FAZ«, 26. August 1987).
»Wo bleiben Deine beschäftigungspolitischen Taten, wo Du als Arbeitgeber selbst Beispiele setzen könntest?« (Monika Wulf-Matthies in einem Schreiben an Lafontaine, »Handelsblatt«, 11. März 1988).

5. Lafontaines rot-grüne Utopien

Um an die Macht zu kommen, war Lafontaine jedes Mittel recht. Der Linksaußen der SPD bändelte Ende der 70er Jahre mit den Liberalen an ... Er bemühte sich verzweifelt, die FDP für eine mögliche Regierungskoalition zu gewinnen. Er mußte jedoch, als sich der FDP-Parteitag im Dezember 1979 für eine Fortsetzung der Koalition mit der CDU entschied, um die absolute Mehrheit kämpfen. Die Landtagswahlen von 1980 brachten der SPD zwar große Gewinne (45,4 gegenüber 41,8 Prozent) und ließen die Partei mit 24 Sitzen zur stärksten Landtagsfraktion werden, mit zusammen 27 Sitzen konnten CDU und FDP jedoch erneut die Regierung bilden. Lafontaine legte daraufhin sein Landtagsmandat nieder, um weiterhin als Oberbürgermeister von Saarbrücken das »zweitwichtigste Amt im Land« auszuüben. Bei den Kommunalwahlen im Juni 1979 war es der SPD gelungen, mit einem Zuwachs von 9,5 Prozent die absolute Mehrheit der Sitze im Stadtrat zu erlangen. Einen weiteren Erfolg verzeichnete Lafontaine bei den Bundestagswahlen von 1980, als sein Landesverband mit 48,3 Prozent das beste Ergebnis aller Flächenstaaten erringen konnte. Bei den Bundestagswahlen vom 6. März 1983 mußte zwar auch die saarländische SPD Federn lassen, blieb aber mit 43,8 Prozent der Stimmen nur knapp hinter der CDU (44,8 Prozent) zurück.

1985 wurde Lafontaine saarländischer Ministerpräsident. Die angesehene Illustrierte »Quick« berichtete im Juni 1985 in einer richtungsweisenden Analyse über Lafontaine in seinem neuen Amt.



Oskar Lafontaine bei seiner Vereidigung zum saarländischen Ministerpräsidenten im April 1985.

Unter der Überschrift »Was nun, Herr Lafontaine?« schrieb das Magazin: »Vor drei Monaten versprach Oskar Lafontaine (41): ›Wir nehmen das Stahlproblem selbst in die Hand!‹ Kaum war er Ministerpräsident an der Saar, rief er schon nach Hilfe vom Staat. Dabei will er diesen Staat gar nicht, sondern einen anderen: Mit Arbeitsbeschaffung ohne Wachstum und mit grün-roten Utopien. In der Sicherheitspolitik spielt er laut Helmut Schmidt sogar das Spiel des Kreml. Und in diesem Mann sieht die SPD ihren künftigen Kopf. Einen Wirrkopf.«
Die »Quick« weiter: »Er will alle, die gegen alles sind, aus allem herausführen: Aus der NATO, aus der Bundeswehr, aus der Marktwirtschaft, aus dem industriellen Wachstum, aus der Abgasentgiftung, aus der Kernenergie, aus dem Bündnis mit Amerika, aus den neuen Medien, aus dem Zwang zur bezahlten Arbeit . . .
Der Mann, der all dies und viel mehr verheißt, ist Oskar Lafontaine, seit dem 10. März erster alleinregierender sozialdemokratischer Ministerpräsident des fußkranken Saarlandes . . .«
Die Zeitschrift berichtet, wie sich am ersten Mai-Wochenende die Spitzen der amerikanischen und der deutschen Politik in Bitburg und auf dem Hambacher Schloß einfanden, um des Endes des Zweiten Weltkrieges zu gedenken. Da war Oskar Lafontaine Star der Gegendemonstranten. Als Hauptredner forderte er die Amerikaner auf, unter keinen Umständen Weltraumwaffen zu entwickeln, während am selben Tag bekannt wurde, daß die Sowjets selbst längst fieberhaft an der Entwicklung von Weltraumwaffen arbeiteten. Am Vorabend der Kranzniederlegung im ehemaligen Konzen-



Überall wollte er dabei sein. Beim »Ostermarsch Ruhr« in Duisburg hielt Lafontaine persönlich das Transparent gegen die NATO.

trationslager Bergen-Belsen erklärte Lafontaine, Hochrüstung sei »schlimmer als die Verbrechen der Nazis in den Konzentrationslagern«. Das soll im Klartext wohl heißen: »Reagan ist schlimmer als Hitler«.
Der Heros der Friedensbewegung liegt exakt auf der Linie des Kreml. Oskar Lafontaine hat sich eindeutiger gegen die Amerikaner ausgesprochen als jeder andere Politiker in Deutschland. Kein Wunder, daß der »Spiegel« schon 1981 den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt mit den Worten zitierte »Lafontaine spiele zwar nicht subjektiv, wohl aber objektiv das Spiel der Sowjetunion«.
Es ist naheliegend, daß ein Mann wie Oskar Lafontaine das Recht auf zivilen Ersatzdienst längst in eine »Pflicht« zur »Ersatzdienstverweigerung« umgemünzt hat, so wie die Lage heute sei. »Also nicht nur raus aus der NATO, los von Amerika, sondern auch nieder mit der Bundeswehr.« Lafontaine hat sich über seine Anschauung zur NATO, zu den USA ausführlich geäußert. Die Dokumentation spricht für sich:

6. Ablehnung der NATO

NATO / Antiamerikanismus

Vor Jahren, auf dem Höhepunkt der Nachrüstungsdiskussion galt Oskar Lafontaine als politischer Kopf der Friedensbewegung und als Wortführer des Antiamerikanismus. Heute ist vom Missionarismus und den Feindbildern jenes Oskar Lafontaine, der damals mit der »Angst vor Freunden« agitierte, nichts mehr zu hören. Er, der vor noch nicht allzu langer Zeit »das Ausscheiden aus der militärischen Integration der NATO wagen und atomwaffenfrei werden« wollte, kommt heute zur Bereinigung seines Karriereprofils ganz staatsmännisch daher, indem er für eine »strukturelle Reform innerhalb der NATO« plädiert und »die europäisch-amerikanische Zusammenarbeit als eine auf gemeinsame Interessengrundlagen den Konsens sichernde Partnerschaft« definiert. Der gleiche Oskar Lafontaine, der Anfang der 80er Jahre in Jeans und Wollpullover noch bei Sitzblockaden in Mutlangen den zivilen Ungehorsam gegen diese »Nuklear-Terroristen« propagiert hatte, pflegt heute den Small Talk mit Vertretern der amerikanischen Administration und verteidigt die Amerikaner gegen den Eindruck, »als seien die Westeuropäer nur für die Geschäfte mit dem Osten, die USA für die Sicherheit gegenüber dem Osten verantwortlich«. Opportunismus oder Lernfähigkeit?

BELEGE

früher:

war für Lafontaine »Kriegsdienstverweigerung im Zeitalter der nuklearen Bedrohung geradezu eine morali-

sche Pflicht« (»Weserkurier«, 22. August 1983). Im übrigen nähere er sich mehr und mehr dem Pazifismus (Lafontaine 1983, nach: »Welt am Sonntag«, 8. Februar 1987).

heute:
akzeptiert Lafontaine prinzipiell den Gedanken der Verteidigungsbereitschaft (wenn auch bei »struktureller Nichtangriffsfähigkeit«, »einseitiger Abrüstung« und »atomwaffen-freiem Korridor«). Er favorisiert den Gedanken einer europäischen Sicherheitspolitik: »Die Bundesrepublik muß bereit sein, diese Sicherheit künftig in der Fortsetzung der Entspannungspolitik und in einer europäischen Verteidigungsstruktur zu suchen« (»Die Gesellschaft der Zukunft«, 143ff.).

früher:
galt Lafontaine als der Wortführer des Antiamerikanismus: Auf der Grundlage der Einsicht, daß für ihn beide Supermächte in gleicher Weise »Nuklearterroristen« (»FAZ«, 7. Oktober 1983) seien, übernahm er die Begrifflichkeit von der »Äquidistanz« und schrieb das Buch »Angst vor den Freunden«.

heute:
besucht Lafontaine unter Abbeten diplomatischer und staatsmännischer »Floskeln« hohe politische Repräsentanten der USA. Er wirbt um Verständnis »für die vor allem in den Vereinigten Staaten verbreitete Kritik, die erste Phase der Entspannungspolitik sei nicht durch Abrüstungserfolge gekennzeichnet, vielmehr hätte die Sowjetunion sie benützt, um weiter aufzurüsten« (»Gesell-



Lafontaine und Horst Ehmke (Mitte) bei einem Gespräch mit UdSSR-Präsident Michail Gorbatschow im September 1990. Lafontaine fühlte sich dem Kreml lange Zeit näher als dem Weißen Haus.

schaft der Zukunft«, 127). Und im übrigen dürfe, so Lafontaine, nicht der Eindruck entstehen, »als seien die Westeuropäer nur für die Geschäfte mit dem Osten, die USA für die Sicherheit gegenüber dem Osten verantwortlich« (»Gesellschaft der Zukunft«, 149ff.).

früher:
war Lafontaine ein grundsätzlicher Gegner der NATO: »Die Bundesrepublik muß das Ausscheiden aus der militärischen Integration der NATO wagen und atomwaffenfrei werden« (Lafontaine in seinem Buch »Angst vor Freunden«).

heute:
will er innerhalb der NATO eine strukturelle Veränderung hin zu zwei gleichberechtigten Pfeilern anstreben, denn er versteht die europäisch-amerikanische Zusammenarbeit als eine auf gemeinsamen Interessengrundlagen den Konsens suchende Partnerschaft (»Gesellschaft der Zukunft«, 135ff.).

Was Lafontaine über NATO, Amerika und Verteidigung schreibt, kann man am besten in seinem Buch »Angst vor Freunden. Die Atomwaffen-Strategie zerstört die Bündnisse« (Rowohlt-Verlag) nachlesen.

Auszüge:

Über die Kuba-Krise
Was hat John F. Kennedy bewogen, eine Entscheidung zu treffen, die die Möglichkeiten eines Menschen bei weitem übersteigt? Wußte er, was er tat, als er den atomaren Erstschlag auf die UdSSR vorbereiten ließ?

Hatte die Macht ihn so überfordert und deformiert, daß er den millionenfachen Massenmord nicht mehr als solchen erkannte, geschweige denn gefühlsmäßig erfaßte? Warum hat Amerika vergessen, daß einer seiner Präsidenten den Atomkrieg vom Zaun gebrochen hätte, um die Stationierung von atomaren Mittelstreckenraketen in der Nähe des amerikanischen Territoriums zu verhindern? Was wird sein, wenn bei der Durchführung des NATO-Doppelbeschlusses auf der sowjetischen Seite ein Mann ebenso entscheidet wie John F. Kennedy? Man stelle sich den derzeitigen amerikanischen Präsidenten in einer der Kuba-Krise vergleichbaren Situation vor. Er ist jetzt dabei, in Mittelamerika einen neuen Konflikt anzuzetteln, in den auch die andere Weltmacht verwickelt ist. Die Atomwaffen sind heute weitaus zahlreicher und weniger sicher zu kontrollieren als vor 20 Jahren.

»Streben nach Überlegenheit«
Im Grunde genommen haben die Vereinigten Staaten immer wieder versucht, die vermeintliche atomare Überlegenheit beizubehalten. Die Sowjetunion war ebenso bestrebt, wie im Jahre 1957, einen technischen Vorsprung gegenüber den USA zu erreichen. Das Entwickeln einer Interkontinentalrakete im Jahre 1957 ist eines der wenigen Beispiele, wo es der Sowjetunion gelungen ist, einen kurzzeitigen technologischen Vorsprung gegenüber den Vereinigten Staaten zu erlangen. Normalerweise waren die Vereinigten Staaten technologisch zu allen Zeiten weit voraus, und sie sind es auch heute noch.
Das Rüstungsprogramm der Reagan-Administration ist, unbeschadet aller anderslautenden Beteuerungen,

ein Versuch, die technologische Überlegenheit beizubehalten. Auch die sogenannten Abrüstungsvorschläge der jetzigen amerikanischen Regierung sind immer so konstruiert, daß das Ziel, technische Überlegenheit zu erreichen, nicht beeinträchtigt wird. In erster Linie stehen Zahlen zur Diskussion und nicht die Qualität der Waffensysteme. Das Überlegenheitsstreben hat zwei Antriebsmomente. Zum einen fühlt man sich immer noch sicherer, wenn man einem denkbaren Gegner überlegen ist. Zum anderen empfinden eine ganze Reihe von Politikern und Strategen der Reagan-Administration das nukleare Patt als unerträgliche Einschränkung des politischen Handlungsspielraumes. Es geht darum, sich strategische Optionen zu erwerben, die es erlauben, dem Hauptrivalen, der Sowjetunion, wie bei der Kuba-Krise den politischen Willen aufzuzwingen.

»Strategie des führbaren und gewinnbaren Atomkriegs«

Im Augenblick dominieren im Pentagon die Leute, die mit der Strategie des führbaren und gewinnbaren Atomkriegs den politischen Handlungsspielraum der Vereinigten Staaten vergrößern wollen. Sie ziehen ernsthaft in Betracht, einen Nuklearkrieg begrenzen zu können. Selbstverständlich versuchen beide Weltmächte, kriegerische Auseinandersetzungen möglichst lange von ihrem Territorium fernzuhalten. Wenn ein Staat, der über keine Kernwaffen verfügt, diesen Sachverhalt ignoriert, ist das Dummheit.

Die Versicherung beider Weltmächte, die nukleare Auseinandersetzung würde in jedem Fall zum interkontinentalen Schlagabtausch eskalieren, ist reine Zweck-

propaganda. Sie ist so zuverlässig wie die Versicherung im Test-Stopp-Vertrag und im Atomwaffen-Sperr-Vertrag, nuklear abrüsten zu wollen. Es besteht kein Zweifel: Zumindest die Vereinigten Staaten haben die These, daß Atomwaffen politische Waffen seien, die nie eingesetzt werden sollten, zu keinem Zeitpunkt übernommen. Sie sind bisher die einzige Macht, die Atomwaffen eingesetzt hat. Die USA bereiten sich jetzt nach dem Urteil von Fachleuten darauf vor, einen begrenzten Nuklearkrieg führen und gewinnen zu können.

»Die Salt-Verträge«

Die sowjetische Führung hat Anlaß, an der Vertragstreue der westlichen Supermacht zu zweifeln. Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß die Vereinigten Staaten in schöner Regelmäßigkeit, um von ihrer Vertragsbrüchigkeit abzulenken, der Sowjetunion solche Vertragsverletzungen vorwerfen. Der Gipfel der Unzuverlässigkeit ist die amerikanische Haltung in der Frage der Ratifizierung des Salt-II-Vertrages. Jeder von uns erinnert sich noch an das verdutzte Gesicht des sowjetischen Generalsekretärs Leonid Breschnew, als Jimmy Carter ihn bei der Vertragsunterzeichnung in Wien spontan umarmte und ihm den Friedenskuß gab. Kaum ist der Salt-II-Vertrag durch den amerikanischen Präsidenten und den sowjetischen Generalsekretär unterzeichnet, wird klar, daß dieser Vertrag von dem amerikanischen Senat nicht ratifiziert wird. Die Vereinigten Staaten sind bei den Verhandlungen über die Begrenzung der atomaren Rüstung weder berechenbar noch zuverlässig.

Wesentlicher Bestandteil des Salt-II-Vertrages war die Vereinbarung, keine land- und seegestützten Cruise

Missiles in Stellung zu bringen. Die rüstungsbesessene Reagan-Administration hat es geschafft, daß über seegestützte Cruise Missiles nicht mehr geredet wird. Für sie ist es selbstverständlich, daß auch diese Begrenzung, die im Salt-II-Vertrag angestrebt war, fallengelassen wird. Vor dem Auslaufen des Protokolls zum Salt-II-Vertrag, das Bestandteil des Vertrages ist und in dem die Stationierung landgestützter Cruise Missiles verboten ist, beschließt die NATO in ihrem Doppelbeschluß, diese landgestützten Cruise Missiles als Verhandlungstrumpf gegen die SS-20 auf den Tisch zu legen. Dabei war die Stationierung der SS-20 bereits bei dem Bruderkuß zwischen Carter und Breschnew bekannt und einvernehmlich im Salt-II-Vertrag nicht begrenzt worden.

»Der Doppelbeschluß der NATO«

Die amerikanische Politik versucht, das atomare Risiko vom eigenen Festland fernzuhalten und umstellt die Sowjetunion mit atomaren Systemen.

In einem Zeitalter, in dem die amerikanischen Warnsysteme schon das Aufgehen des Mondes mit einem sowjetischen Raketenangriff verwechselt haben, ist das Umstellen der sowjetischen Raketensysteme auf »launch on warning« der Anfang vom Ende. Konrad Adenauer wußte, warum er es Ende der fünfziger Jahre abgelehnt hat, Mittelstreckenraketen in der Bundesrepublik Deutschland zu stationieren, die das Territorium der Sowjetunion erreichen können. Auf der neuen Basis ist eine Entspannungspolitik gegenüber der Sowjetunion schwer vorstellbar. Der Glaube der Regierung Kohl, auch nach der Stationierung der Pershing 2 und der Cruise Missiles in der Bundesrepu-



Im September 1990 wurde der Kanzlerkandidat von US-Präsident Bush im Weißen Haus empfangen. Früher machte Lafontaine aus seiner Abneigung gegenüber den Amerikanern keinen Hehl.

blik Deutschland könne die Politik gegenüber der Sowjetunion und den übrigen osteuropäischen Staaten so fortgesetzt werden wie bisher, ist schlicht naiv. Nichts wird wieder so sein wie vorher, wenn das Land, das durch den Überfall des Nazi-Regimes Millionen von Menschen verloren hat, mit Mittelstreckenraketen von deutschem Boden bedroht wird, die in wenigen Minuten mehr Leben vernichten können, als Hitlers Armeen von 1941 bis 1945.
Der NATO-Doppelbeschluß ist ein klassisches Beispiel der Rüstungskontrollpolitik. Der Versuch, Rüstungsbegrenzung zu erreichen, führt zu immer weiterer Aufrüstung und zu immer gefährlicheren Waffen. Die Rüstungskontrollpolitik ist gescheitert. Diese Einsicht zwingt uns, einen neuen Weg zu gehen.

7. »Ich bin ein Provinz-Onkel«

Außerhalb des Saarlandes hat sich Lafontaine nie engagiert. »Ich bin ein Provinz-Onkel«, sagte er einmal. Damals und später immer wieder beteuerte er: »Ich will im Saarland bleiben. Ich habe keine anderen Ambitionen.« Bei dieser Behauptung blieb er. Im Januar 1986 erklärte er in einem Interview mit der »Saarbrücker Zeitung«: »Ich werde meiner Partei nicht als Kanzlerkandidat für die Bundestagswahl 1990 zur Verfügung stehen. Diese Entscheidung ist unwiderruflich.«
Im »Spiegel« sagte er: »Ich sage es jetzt zum hundertsten Male, auch wenn's immer noch niemand glaubt: Ich bin nicht an höheren Weihen interessiert.«
Aber was kümmerte ihn sein Geschwätz von gestern? Kein anderer Politiker ist so geschmeidig, so opportunistisch wie Lafontaine: Bei den Arbeitern der Arbeitersohn, bei den Intellektuellen der humanistisch Gebildete, für die Wirtschaft der Diplom-Physiker und fürs fromme Volk der katholische Internatszögling. Kein Mäntelchen, das er nicht in den Wind dreht. Kein Fettnäpfchen, in das er nicht tritt. »Mut zum falschen Zeitpunkt«, so bekennt Lafontaine freimütig, »ist eine Frage der Dummheit.« Bezeichnend, was Parteifreund Hans Apel vor wenigen Monaten über Lafontaine sagte: »Vor zwei Jahren hätte ich selbst noch gesagt, Lafontaine ist der richtige Kanzlerkandidat. Der bewegt wenigstens etwas, im Gegensatz zu Vogel. Aber heute sehe ich in Lafontaine nur noch einen, der seinen eigenen Vorteil sucht, der nur noch seinen Machthunger stillen will. Aber Politik hat ja auch was mit Moral zu tun.«
Lafontaine und die Macht – ein besonders entlarvendes



Oskar Lafontaine in der Staatskanzlei des Ministerpräsidenten in Saarbrücken. Er bezeichnet sich selbst als »Provinzonkel«.

Kapitel. »Lafontaine ist verliebt in die Macht«, schrieb die »Frankfurter Allgemeine« im Juni 1987. »Macht ist das Wort, das in diesem Gespräch am häufigsten fällt«, meinte das »Zeitmagazin«.

Andere nennen Lafontaine den Machiavelli von der Saar. Doch der Vergleich mit dem italienischen Politiker und Geschichtsschreiber (1469–1527), der propagierte, daß die Staatsraison jede Treulosigkeit und jedes Verbrechen rechtfertige, hinkt sehr. Das stellte auch der »Spiegel« fest: »Oskar, der Wundermann, ist beim ersten Anlauf zu kurz gesprungen. Zum richtigen Machiavell fehlen ihm noch ein paar Karat, und zum großen Volkstribun noch ein paar Jahresringe. Er kann den Königsmantel, den er sich schon umgeworfen hatte, vorerst wieder ablegen.«

Wenn man es freundlich formulieren will, würde man sagen, Oskar Lafontaine liebt nichts mehr, als wenn die Menschen ihn umschmeicheln. Jahrelang freute er sich, wenn die Säle bei seinen Veranstaltungen überfüllt waren. »Wie bei den Beatles«, sagte er dann lachend. Inzwischen ist ihm diese Freude nicht mehr gegönnt: Während Helmut Kohl bei seinen Wahlkampfveranstaltungen in der ehemaligen DDR bis zu 100000 Menschen auf die Straße bringt, schafft Lafontaine meist nur 5000.

Richtig ist: Lafontaine weiß, wie er sprechen muß, um den Massen zu gefallen. »Meine Popularität«, sagte er einmal, »läßt sich nicht mehr steigern.« Aber die Methoden, die er anwendet, um zu gefallen, sind unseriös, ja demagogisch. Szene aus einer seiner Wahlkampfveranstaltungen.

»Ja richtig!«, rufen die Zuhörer ihm zu, und er holt Luft zum Austeilen. Erst imitiert der 1,70-Meter-Mann Blüm

(1,67 Meter), den »netten Kleinen mit der Nickelbrille«, der, wenn man ihm nur beweist, daß er etwas Falsches behauptet hat, »noch kleiner wird, als er ohnehin schon ist!« Ein Hüne unter den Zuhörern grinst: »Wenn kleine Männer auf Kleine schießen . . .«
Dann haut Lafontaine auf die Saarland-CDU ein: »Wenn Lügen kurze Beine hätten, dann könnten die unterm Teppich Fallschirmspringen.« Er spottet über Kohl: »Er spricht Familie wie Vanillie aus.«
»Manchmal erinnert Lafontaine seine Umgebung an den kleinen Häuptling von damals, den er so gerne spielte«, findet die Illustrierte »Stern«. »Politik muß auch Spaß machen, und ein bißchen Krawall gehört schon dazu. Da wirkt er dann wie aus einer Fabelwelt entsprungen, Peter Pan, der Junge, der nicht erwachsen werden will und doch die Welt der Großen aufmischt.«
Um »die Welt der Großen« aufzumischen, greift Lafontaine gerne zu schreierischen Mitteln. Beim SPD-Parteitag in Berlin Ende 1989 verstieg er sich zu der Formulierung: »Im nächsten Jahr seien die Konservativen ›zu jagen, ja zu jagen.‹« Und die Genossen beklatschten ihn.
Ein Leser aus Hamburg schrieb daraufhin an »Die Welt«: »Menschen wurden in der DDR gejagt, in China, in Rumänien, und Oskar Lafontaine, der Anwärter der SPD auf das Bundeskanzleramt, klappt das ›Wörterbuch des Unmenschen‹ auf. Es ist unfaßbar. Die Öffentlichkeit sollte es zur Kenntnis nehmen. Vor diesem Mann, der den politischen Gegner jagen will, muß gewarnt werden.«
Und ein Bremer Leser zum selben Thema: »Mit einem von wenig Sachkenntnis zeugenden, bombastisch demagogischen Wortgetöse brachte es wieder einmal der

profilierungssüchtige, machthungrige SPD-Vize Lafontaine fertig, daß selbst besonnene SPD-Mitglieder auf dem Parteitag in Berlin seiner Kanzlerkandidatur zustimmten. Noch vor wenigen Monaten gehörte er mit zu den Befürwortern der DDR-Staatsbürgerschaft und des SED-Regimes, ja, er hofierte den damaligen Staatsratsvorsitzenden Honecker, während seines Besuches im Saarland. Heute möchte die SPD diese Verbindung totschweigen. Sie lehnt es strikt ab, überhaupt auch nur mit einem Vertreter der noch Amtierenden zu sprechen. Das ist in meinen Augen schwierigste Wahlkampftaktik und gibt uns einen Vorgeschmack auf das, was uns erwartet, wenn die SPD unter Lafontaine ans Ruder käme . . .«

Selbst der Lafontaine-freundliche »Stern« zitierte ein Mitglied der Fraktionsspitze der SPD, das formulierte: »Oskar ist der bessere Kanzlerkandidat. Vogel wäre der bessere Kanzler.« Und die Ansicht eines Mannes aus der Führungsetage einer SPD-Landesregierung haut in dieselbe Kerbe: »Ich halte Lafontaine für gänzlich ungeeignet als Regierungschef.«

8. »Scharf links und anti-amerikanisch«

Lafontaine hat sich oft zum Thema Verteidigung geäußert. In kaum einem anderen Bereich hat er so offen ausgesprochen, was er wirklich denkt. Im August 1983 bezeichnete er auf einem »Friedensfest« der SPD in Bremen, Kriegsdienstverweigerung »im Zeitalter der nuklearen Bedrohung geradezu als moralische Pflicht«. Den Nachrüstungsbeschluß der NATO nannte er eine »Option auf unseren Selbstmord«.

Die Verhandlungen zwischen den USA und der Sowjetunion in Genf seien »lächerlich. Wenn man bei 50000 existierenden Atomwaffen darüber verhandele, ob 50 oder 75 da oder dort abgebaut werden sollten, hätten die Verhandlungspartner überhaupt nicht begriffen, was uns bewegt«, sagte Lafontaine.

»Der Nachrüstungsgedanke ist eine Perversion, denn die Waffen, die es bereits heute gibt, können uns schon hundertmal töten.«

Lafontaine ließ im Laufe der Jahre keinen Zweifel darüber, wer für ihn Freund, wer Feind ist. Die »Rheinische Post« brachte seinen Kurs auf die treffende Formel: »Scharf links und anti-amerikanisch«. Belege für diese Formel gibt es in Fülle. So nannte der »Spitzenagitator der Friedensbewegung« (»Spiegel«) das strategische Konzept der USA »Idiotie«, einen »Ratschlag des absoluten Wahnsinns« und »das Ende aller Sicherheitspolitik«.

Und auch auf die französischen Nachbarn hat er es seit seiner Cattenom-Kampagne abgesehen – wie wohl Cattenom allenfalls durch die Regierung Schmidt hätte verhindert werden können.

Erschreckend ist die Einäugigkeit der Argumentation von Lafontaine, die Ex-Kanzler Schmidt bereits 1981 zu der Bemerkung veranlaßte, die »Eppler-Lafontaines« spielten zwar nicht subjektiv, wohl aber objektiv das Spiel der Sowjetunion.
Bei den Ostermärschen 1983 der sogenannten Friedensbewegung gegen Aufrüstung und Atomraketen war Oskar Lafontaine – natürlich – wieder zur Stelle. Bei der Auftakt-Kundgebung zum »Ostermarsch Ruhr« in Duisburg, an der sich etwa 10000 Menschen beteiligten, stellte er erneut die NATO in Frage.
Eine Woche, nachdem er vom Bonner Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel für eine ähnliche Äußerung gerügt worden war, sagte SPD-Vorstandsmitglied Lafontaine, durch die US-Sicherheitspolitik sei »die Geschäftsgrundlage der NATO entfallen«. Die USA betrieben »unverantwortliche Umrüstungspolitik«, ihre Strategie sei »idiotisch«. Lafontaine rief zum Widerstand gegen den Versuch auf, »unser Land zum nuklearen Schlachtfeld der Weltmächte zu machen«. Um seine Meinung über die NATO und den Doppelbeschluß klarzumachen, scheute Lafontaine nicht davor zurück, Anzeigen aufzugeben. Berühmt-berüchtigt wurde eine ganzseitige Anzeige in der »Saarbrücker Zeitung« vom Oktober 1981. Unter der Überschrift »Die atomare Bedrohung« hieß es: Die Stationierung der Pershing II und Cruise Missiles stelle eine nicht zu verantwortende Gefährdung der Zivilbevölkerung dar. Auftraggeber war die SPD Saar, die dafür mehr als 20000 Mark auf den Tisch blättern mußte. Lafontaine war damals SPD-Oberbürgermeister.
Beim Landesparteitag in Saarbrücken im November 1981 hielt Lafontaine ein Referat zur Rüstungspolitik –



Lafontaine und Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt waren meist nicht einer Meinung. Besonders wenn es um Fragen der Rüstungspolitik und Kernenergie ging.

er beschrieb zwei Stunden lang ein bedrohliches, düsteres Szenario und bezeichnete die Bundesrepublik gleichsam als ein Land, das über dem Abgrund schwebe, Atomraketen als Massenvernichtungsmittel, als etwas, das so unvorstellbar sei wie die »permanente Vorbereitung zum Versengen von Millionen Mitmenschen«. Wohldosiert ließ der SPD-Chef Lichtblicke durchschimmern. Amerika, sagte er beispielsweise, sei ja genausowenig Ronald Reagan wie die Bundesrepublik Strauß und Dregger. Und wenn man rechtzeitig eigene Überlegungen anstelle, sei es für eine Wende noch nicht zu spät.
Die 379 Delegierten des Parteitages spendeten pflichtgemäß Beifall.
Die »Berliner Morgenpost« berichtete am 29. März 1983 über Lafontaine: »Unter dem Jubel nicht nur der Jungsozialisten ritt Lafontaine förmlich auf einer Woge anti-amerikanischer Emotionen. Als sei er ein Vertreter des linken Spektrums der Grünen, stellte Lafontaine die deutsche Mitgliedschaft der NATO in Frage. Einmal in Fahrt, bezeichnete er Amerikaner als ›Verrückte‹, die niemals unsere Bündnispartner sein könnten.
Mehr gedrängt als aus eigenem Antrieb, distanzierten sich einige führende SPD-Politiker von ihrem ungebärdigen Genossen . . . Der Parteivorsitzende Brandt schwieg. Während Lothar Löffler den Parteivorstand zu einem eindeutigen Wort aufforderte, hüllte sich Fraktionschef Vogel in zurückhaltende, abwiegelnde Formulierungen.«
Was sollten die Genossen auch sagen zu einem der ihrigen, der öffentlich behauptet, die Amerikaner könnten niemals unsere Bündnispartner sein.

Noch einmal ein Kommentar der »Berliner Morgenpost«: »Raketen-Angst schürend und ihr selbst erliegend, hat Oskar Lafontaine empfohlen, die Bundesrepublik solle aus der integrierten Militärstruktur des NATO-Bündnisses ausscheiden. Er stellt damit die einzig wirksame Sicherheitsgrundlage dieses Staates zur Disposition. Wenn es in seiner Partei noch mit rechten Dingen zuginge, müßte der Vorsitzende der Saar-SPD zügig das Ende seines langen Marsches ins Abseits erreicht haben.«
Bleibt nachzutragen, daß das SPD-Präsidium Lafontaines Vorschlag nach einem NATO-Austritt der Bundesrepublik abgelehnt hat.
Wie lange?
Um die wütenden Attacken Lafontaines gegen die Amerikaner und die Nachrüstung zu verstehen, müssen wir etwas tiefer in die militärische Debatte einsteigen.
Interessant ist hierbei, daß sich der damalige Saarbrükker Oberbürgermeister als ein Waffenexperte ersten Ranges aufspielt und vorgibt, mehr von dieser komplizierten Thematik zu verstehen als jene, die sich hauptberuflich damit befassen.
In einem Brief an »seine lieben Parteifreunde« lehnte Lafontaine im Juni 1981 den Begriff »Nachrüstung« für das Vorhaben der NATO ab, die neuen Waffensysteme Pershing II und Cruise Missiles in Westeuropa zu stationieren. Unter Anspielung auf den Bundeskanzler Schmidt, der die Cruise Missiles (Marschflugkörper) als äquivalent zu den SS-20-Raketen einführen wolle, schreibt Lafontaine: »Die neuen Waffensysteme sind Waffentechniken, die es bisher nicht gibt. Insbesondere die Pershing II ist eine Präzisionswaffe, der der Osten



Lafontaine und Brandt. Früher nannte Brandt den SPD-Kanzlerkanditaten liebevoll seinen »Enkel«. Heute haben die beiden ein zwiespältiges Verhältnis.

auf absehbare Zeit nichts Wesentliches entgegenzusetzen hat . . .«
Weil global gesehen Amerika zwar bei der Zahl der Trägerwaffen (2283 zu 2504) im Hintertreffen sei, aber dafür 50 Prozent mehr Sprengköpfe (9200 zu 6000) für seine nuklear-strategischen Waffen besitze, weil die amerikanische Rakete treffsicherer als die sowjetische sei, . . . »ist weder von der Zahl her noch von der Qualität der westlichen Waffen der Begriff ›Nachrüstung‹ für das Vorhaben, Cruise Missiles und Pershing II in Europa zu stationieren, gerechtfertigt«.
In der »Welt« heißt es am 14. August 1981 unter der Überschrift »Oskar Lafontaine und das große Raketen-Einmaleins – Wenn man land- und seegestützte Waffen durcheinander wirft« u. a.: »In Deutschland gibt es kein wichtiges politisches Betätigungsfeld, auf dem Unkenntnis und Demagogie so fröhlich Urständ feiern wie nukleare Rüstungskontrolle und Abschreckung. Ein klassisches Beispiel lieferte Oskar Lafontaine . . .
Lafontaine fordert, auf die Nachrüstung in Europa zu verzichten, wenn die Sowjetunion die Zahl der Gefechtsköpfe nicht erhöhe, die seit über 20 Jahren auf Europa gerichtet sind. Damit wendet er sich gegen den von Bundeskanzler Schmidt konzipierten NATO-Doppelbeschluß . . .
Mit anderen Worten: Die Kräfte in Europa, die für Aufrüstung und Bedrohung und gegen Abrüstung sind, sollen sich belohnt und bestärkt fühlen. Was das mit Friedenssicherung zu tun haben soll, ist unklar. Die völlige Unkenntnis allerdings, die dahinter steht, ist klargeworden.«

Die völlige Unkenntnis von Oskar Lafontaine ist gemeint.
Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« bei einer Analyse über Lafontaines sicherheitspolitischen Aussagen. Die »FAZ« zitiert den Kölner Politik-Wissenschaftler Kaiser. Der weist vor allem die Auffassung Lafontaines als falsch zurück, die Vereinigten Staaten seien in den vergangenen Jahren die »vorrüstende« Großmacht gewesen. Die Interkontinental-Raketen seien von beiden Ländern im Jahre 1957 getestet worden, von der Sowjetunion sogar einige Monate vor den Vereinigten Staaten und nicht, wie Lafontaine behauptet habe, von Washington zwei Jahre zuvor.
Kaiser weist auch den Hinweis einer amerikanischen Überlegenheit bei strategischen Waffen zurück. Der Wissenschaftler, der in Bonn das Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für auswärtige Politik leitet, korrigiert damit auch das Argument der »Friedensbewegung«, in der Bundesrepublik stationierte Mittelstrekkenwaffen seien wegen ihres Zielscheiben-Effektes eine Gefährdung nationaler Interessen.
Mit einem Blick auf die Zeit nach dem 2. Weltkrieg schreibt Kaiser, das militärische Gleichgewicht habe den Frieden in Europa gewährleistet. Radikale Veränderungen des nuklearen Abschreckungspotentials in die eine oder andere Richtung würden dieses gefährden. Einseitige Schritte des Westens, wie Carters Verzicht auf den Bau des Bombers B 1 oder auf die Herstellung der Neutronenwaffe, seien von der Sowjetunion nicht beachtet worden. Methoden der »sozialen Verteidigung« seien ohne Wirkung gegen einen Gegner, den man nach

den Erfahrungen – Kaiser weist auf Afghanistan hin – keine Humanität oder Aufgabe machtpolitischer Ziele unterstellen dürfe.
Soweit die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«.
Zum Abschluß die Stimme des »Handelsblatts« vom März 1983. »Oskar Lafontaine gebärdet sich als friedenspolitische Quelle der Weisheit. Sein im Gleichklang mit den Jungsozialisten vorgetragenen Tiraden gegen den NATO-Doppelbeschluß und seine Gedankenspielereien über einen Austritt der Bundesrepublik aus der NATO haben den SPD-Fraktionschef Vogel auf den Plan gerufen: ›Die äußere Sicherheit ist für unser Land nur im atlantischen Bündnis zu verwirklichen‹, sagte Vogel.
Klipp und klar. Doch repräsentiert dieses NATO-Bekenntnis des Märzwahl-Verlierers die sicherheitspolitische Grundüberzeugung der Gesamt-SPD? Oder sind die Gewichte im Lager der Sozialdemokraten schon soweit nach links verlagert, daß der saarländische Fabulier-Künstler innerparteiliche Mehrheiten für solche Nonsens-Thesen findet wie: Die für den Fall eines Scheiterns der Genfer Abrüstungsgespräche geplante Nachrüstung mit Pershing-II-Raketen sei ›eine Option auf den eigenen Selbstmord‹? . . .
Das Lafontaine- und Juso-Szenario einer heilen, kernwaffenfreien Zone, vor der die Sowjetunion respektvoll ihre längst ausgefahrenen SS-20-Krallen einzieht, ist gefährlich naiv.«
Im gleichen Maße, wie Lafontaine gegen die Amerikaner wettert, biedert er sich bei den Sowjets an. Und die Kommunisten im Mutterland des »real existierenden Sozialismus« machen dem Saarländer ihre Aufwartung

– wie es auch Honecker im sozialistischen Bruderland tut.
Im Mai 1986 besucht Oskar Lafontaine als Ministerpräsident Moskau. Die »Saarbrücker Zeitung« berichtet: »Lafontaine, wegen seiner inhaltlichen Positionen ein interessanter Gesprächspartner der sowjetischen Führung, und die von ihm geführte Saar-Delegation werden bevorzugt behandelt. Das Protokoll sieht für einen reinen Landesfürsten eigentlich einen geringeren Aufwand vor. Das feudale Gästehaus, die hochrangigen Gesprächspartner (immerhin der dritte Mann der Moskauer Führung, der Präsidiumsvorsitzende des obersten UdSSR-Sowjets, Andrej Gromyko, gleich drei stellvertretende Ministerpräsidenten, die Spitze der internationalen Abteilung des Zentralkomitees der kommunistischen Partei) zeugen davon.
Lafontaine spricht offen von einer ›Narrheit der Regierenden‹ ... von ›Apokalypse-Blindheit‹ und von der offenbar verlorengegangenen Fähigkeit der Menschen zum ›Mitleiden‹. Lafontaine sieht einen Erfolg darin, seinen Gesprächspartnern bedeutet zu haben, daß die westliche Anti-Nuklearbewegung nicht anti-sowjetisch ausgerichtet sei.
Als er bei einer internationalen Pressekonferenz ein gewisses Verständnis für die Warnungspannen von Tschernobyl äußert, wobei die Versorgung der Opfer Vorrang gehabt habe vor dem Interesse ›Informationshungriger‹ (wohl ein Ausrutscher in der Wortwahl) nach Meßwerten, stößt er auf Kopfschütteln vieler Auslandskorrespondenten. Als ob Sanitäter und Ärzte für die Unterrichtung der Öffentlichkeit zuständig gewesen wären.
Wie der parallel in Moskau weilende ranghöchste Sozia-

list, der spanische Regierungschef Gonzales (›Tschernobyl – ein Unfall, der jedem passieren kann‹), liefert Lafontaine damit Stoff für sowjetische Selbstverteidigung in Sachen Reaktor-Sicherheit . . .«
Zwei Tage später, am 25. Mai 1986, kommentiert die »Saarbrücker Zeitung« die Moskau-Reise Lafontaines wie folgt:
»Da genierte sich Lafontaine auch nicht, der internationalen Presse in Moskau eine falsche Alternative aufzubinden. Er verstehe vollkommen, wenn sich die Sowjets in den ersten Tagen nur um die Versorgung der Opfer gekümmert hätten, anstatt Informationshungrige im Westen zu befriedigen. Da konnte man nur erstaunt fragen: Haben denn die Skandinavier, die Polen, die Österreicher, die Deutschen, die Italiener und die Jugoslawen verlangt, auf Kosten der Menschen in der Ukraine informiert zu werden?
Aber Oskar Lafontaine blieb dabei: Ohne Kenntnis der Reaktor-Temperaturen und der meteorologischen Daten hätten die Sowjets das Ausland nicht vernünftig warnen können, wohin die radioaktive Wolke treibt. Wichtig schien ihm dagegen zu sein, die Amerikaner zu tadeln . . .«
Die CDU-Opposition im Landtag stellte nach der Reise Lafontaines fest: »So schäbig habe sich wohl kaum je ein bundesdeutscher Politiker im Ausland verhalten (Günther Schwarz).«
Horst Rehberger (FDP) betonte, »die Liberalen hätten kein Verständnis dafür, wenn Lafontaine für die sowjetische Desinformationspolitik gewisses Verständnis äußere«.
Daß Moskau mit Lafontaine zufrieden sein konnte, ist

nur zu verständlich. Schon früher, als Lafontaine gerade Ministerpräsident im Saarland geworden war, zeigten die Sowjet-Kommunisten ungeniert ihr Wohlwollen. Den Beschluß, Extremisten im Saarland im öffentlichen Dienst zu beschäftigen, nannte die sowjetische Parteizeitung »Prawda« einen »mutigen Schritt« der neuen saarländischen SPD-Regierung unter ihrem Ministerpräsidenten Lafontaine. Die Entscheidung gleiche einem »Lichtstrahl in einem dunklen Reich«. Damit sei eine erste Bresche in die verfassungswidrige Praxis der »Berufsverbote« geschlagen.
Für die »reaktionären Kreise« in der Bundesrepublik sei die Anwendung der »Berufsverbote« ein Mittel zur »Hetzjagd« auf progressive Kräfte und Teilnehmer der Friedensbewegung, hieß es weiter. Die Vertreter dieses reaktionären Blocks forderten eine noch härtere »Inquisition gegen Andersdenkende«, obwohl dies nicht nur gegen Gesetze der Bundesrepublik, sondern auch gegen die humanitären Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki und gegen elementare Menschenrechte verstoße. Lafontaines Entscheidung demonstriere, daß der »Kampf der demokratischen Kräfte nicht umsonst ist«.
Was für ein Lob! Das gleiche Land, das Lafontaine Respekt zollte, ermordete in Afghanistan Kinder, Frauen und Greise, zerstörte ein friedliches Land. Dazu hat sich Lafontaine nicht geäußert.
Klar und deutlich dagegen artikulierte sich Lafontaine, wenn es um die vermeintlichen Unrechttaten der Amerikaner ging und geht. Im Vorfeld des Deutschland-Besuchs von US-Präsident Ronald Reagan und des Bonner Weltwirtschaftsgipfels Anfang Mai 1985 bliesen die

Gegner der amerikanischen Regierungspolitik zu Gegendemonstrationen. Dazu gehörte – wie sollte es anders sein – auch Oskar Lafontaine. Der saarländische Ministerpräsident war mit rhythmischem Klatschen frenetisch gefeierter Star in Neustadt an der Weinstraße bei der sozialdemokratischen Gegen-Veranstaltung zum Hambach-Besuch von US-Präsident Ronald Reagan. Wie in den heißesten Nachrüstungs-Schlachten geißelte Lafontaine die »sogenannten Großmächte«, die ihre »Vor- und Hinterhofmentalität« endlich aufgeben sollten, die sie »von Verbrechen zu Verbrechen stolpern läßt«.
»Der neue, noch ungewohnte Mantel des Staatsmannes war wohl im Auto geblieben«, schrieb die »Welt« am 6. Mai 1985 . . ., »Lafontaine lief wieder zu großer demagogischer Form auf, stieß mit gefalteten, fast ineinander verkrampften Händen seine Abscheu vor den ›gigantischen weltweiten Rüstungsausgaben‹ heraus. Er teilte die USA in eine Zwei-Klassen-Gesellschaft und bestimmte das Maß, das dann in die guten und in die schlechten Amerikaner unterteilt wurde, wobei Reagan automatisch in die zweite Kategorie gestellt worden war.«
Die vielleicht ungeheuerlichste Entgleisung Lafontaines war seine Reaktion auf den Abschuß einer Boeing 747 der »Korean Airlines« durch die Sowjetunion im September 1983. Damals nahm Lafontaine an den Aktionen der sogenannten »Friedensgruppen« in Mutlangen und Schwäbisch Gmünd gegen amerikanische Militäreinrichtungen teil. Die Demonstranten blockierten die Eingänge vor dem US-Waffendepot. Die Aktionen wurden durch den Abschuß des Verkehrsflugzeuges

überschattet. Während einer der Initiatoren und Sprecher der Blockierer, Klaus Vack, noch die »Trauer und Betroffenheit« über den Tod von 269 Passagieren, die »von sowjetischen Militärmaschinen abgeschossen« wurden, zum Ausdruck brachte und eine »Schweigeminute« für die Toten erbat, versuchten andere Redner, das unfaßbare Verbrechen zu bagatellisieren und zu relativieren.

An erster und prominentester Stelle Oskar Lafontaine. Der entschiedene Nachrüstungsgegner erklärte – man muß diese Worte zweimal lesen, um sie zu begreifen – man dürfe sich nicht durch den »Flugzeugabsturz«, dann verbesserte er sich – »Flugzeugabschuß« nicht »irremachen«: »In dieser Minute sterben 100 Menschen vor Hunger, niemand denkt daran, deshalb irgendetwas abzubrechen.« Er sei dagegen, so der prominente SPD-Politiker weiter, wenn »Tote herhalten müssen für polemische Propaganda«.

Selbst der linke Theologe Professor Gollwitzer sprach von einer »tiefen Erschütterung« über den Vorfall.

Die Reaktion aus Moskau kam blitzschnell: »TASS« zitierte Lafontaine als Entlastungszeugen. Der SPD-Landesvorsitzende durfte sich von der sowjetischen Nachrichtenagentur mit folgenden Worten gewürdigt fühlen: »Bestimmte Kreise benutzen den Vorfall im Flugzeug, einen eigenen Kurs des Wettrüstens zu verwirklichen. Mag es auch schrecklich klingen, diese Kreise verschmähen nicht einmal Menschenopfer zur Realisierung ihrer Wettrüst-Philosophie.«

9. Honeckers Liebling

Der 12. März 1987 war ein sonniger und kalter Vorfrühlingstag. Die Frühnachrichten in beiden Teilen Berlins meldeten die erfolgte Wahl von Bundeskanzler Helmut Kohl in Bonn und den Besuch des saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine in der DDR. Über den Kanzler berichteten viele Medien nur widerwillig – über Lafontaine berichteten sie gern.

Während der Staatsgast aus dem Saarland im Schloß Niederschönhausen im DDR-Gästehaus beim Frühstück saß, hackte eine Arbeiterkolonne von der VEB-Stadtwirtschaft die letzten Eisreste auf der alten Prachtstraße Unter den Linden vom Bürgersteig des ehemaligen Kronprinzessinen-Palais. Wenn dort um 12.30 Uhr die Staatslimousinen vorfahren würden und Gastgeber und Besucher sich zum Mittagessen trafen, mußte alles propper sein . . .

Lafontaine und die DDR – ein ganz besonderes Kapitel. Kein anderer westdeutscher Politiker hat sich so um Honecker bemüht wie Lafontaine. Keinem anderen Politiker hat das SED-Regime so gedankt: Das Parteiorgan »Neues Deutschland« erkor den Saarländer regelrecht zu seinem Liebling. So kommentierte die Hamburger »Zeit« (der man wirklich kein konservatives Lustgejubel vorwerfen kann): »Mit fünf Oskars auf der Titelseite hat ›Neues Deutschland‹ einen Rekord aufgestellt. Im Rahmen der deutsch-deutschen Polit-Festspiele in Berlin und Leipzig ließ Erich Honecker seinem Landsmann Oskar Lafontaine die höchste Auszeichnung zuteil werden. Der SPD-Politiker in der Rolle des saarländischen Kurfürsten bekam die Titelseite des SED-Zen-

tralorgans exklusiv reserviert. Fünf Fotos (drei mit Honecker, zwei ohne) von Lafontaine und eine zwei mal siebenspaltige Schlagzeile verdrängten alle anderen Nachrichten von der ersten Seite; auch die zweite Seite war noch zur Hälfte dem Gast gewidmet. Nie zuvor hatte bisher das SED-Blatt für einen westdeutschen Politiker die Trommel so gerührt wie für Oskar. Nach diesem Wirbel blieben den anderen Bewerbern um Honekkers neue Friedenspalme . . . nur noch die zweiten Preise beim SED-Festival.«

Soweit die »Zeit« am 19. März 1987. Dies war bereits die zweite Reise Lafontaines zu seinem saarländischen Bruder Erich Honecker. Sechsmal haben die beiden einander gesehen. Das internationale »Munzinger-Archiv« nennt – wie denn auch sonst – diese Begegnungen »Auslandsreisen«.

Die erste Reise war gleich die spektakulärste. Denn der in den sensiblen Ost-West-Fragen unerfahrene Senkrechtstarter von der Saar patschte in einen Fettnapf, der auch im Ausland die Wellen hochwirbelte. Er sagte nämlich: »Wenn man tatsächlich einen normalen Reiseverkehr will, dann wird man irgendwann in der Frage der Staatsbürgerschaft so entscheiden müssen, daß man eben die Staatsbürgerschaft anerkennt . . .«

Im Klartext hieß das: Lafontaine war bereit, auf das zu verzichten, wofür Hunderte im Osten ihr Leben gelassen hatten: Bürger der Bundesrepublik, Deutsche sein zu dürfen. Mit **einem** demagogischen Satz verwarf Lafontaine, was unsere Väter ins Grundgesetz geschrieben hatten – ob aus Flensburg oder Gera, aus Freiburg oder Rostock – jeder hat das Recht, deutscher Staatsbürger zu sein.



Sechs Mal trafen sich Oskar Lafontaine und DDR-Staatsratsvorsitzender Erich Honecker. Lafontaine war der »Liebling« des SED-Diktators.

Natürlich gefiel dem SED-Regime diese Position des forschen Mannes von der Saar. »Neues Deutschland«, 14. November 1985: »Schon unmittelbar nach der Begegnung mit Erich Honecker erklärte Oskar Lafontaine vor dem Staatsrats-Gebäude gegenüber Journalisten, er komme mit einem sehr guten Eindruck aus dem Gespräch.«
Einen Tag später berichtete das Zentralorgan über Hermann Axen, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED über Lafontaine: »Axen und Lafontaine unterstrichen die geschichtliche Verantwortung, die die beiden im Herzen Europas gelegenen deutschen Staaten für die Bewahrung des Friedens und die Beseitigung der Gefahr eines neuen, die Menschheit vernichtenden Weltkrieges tragen.«
Lassen wir einen Augenzeugen jenes Besuches zu Worte kommen, den Korrespondenten der Nachrichtenagentur AP, H.-R. Karutz: »Ganz im Sinne Honeckers spielte der mit frischen Teint und glänzenden Augen seinen ersten großen nationalen Auftritt absolvierende SPD-Politiker den bevorstehenden Besuch des SED-Chefs in der Bundesrepublik herunter: ›Spekulationen zum unnötigen Zeitpunkt halte ich für völlig falsch‹, sagte Lafontaine in seiner Residenz. Die ›Aktuelle Kamera‹ Ost-Berlins schickte diese Aussage in alle Wohnstuben der Republik.«
Der AP-Korrespondent weiter: »Schließlich erwies sich Lafontaine für seine Gastgeber noch auf einem weiteren Feld, dem sensiblen Umgang zwischen Ost-Berlin und Moskau, als guter Interpret: Auf eine Frage des DDR-Fernsehens über die Genfer Gipfel-Chancen und Beiträge Europas dazu, lobte er indirekt Honeckers Einfluß-Versuche auf die Russen.



Herzliche Begrüßung zwischen dem DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker und Oskar Lafontaine im März 1987. Die beiden verstanden sich auf Anhieb.

Als der wohlgelittenste DDR-Weltgast dieses Jahres vor dem Staatsrat vorfuhr, wehten die Klänge preußischer Präsentiermärsche herüber: Er kam zur Stunde der allwöchentlichen traditionellen Wachparade vor Schinkels ›Neue Wache‹. Honecker hatte sich für seinen Landsmann (›Ich heiße Sie herzlich willkommen‹) eine Begrüßungszeremonie ausgedacht, die unter dem Brandt-Protokoll, aber weit über dem Empfang für Ex-Bundeskanzler Schmidt 1983 lag. Honecker kam Lafontaine vor dem Sitzungssaal entgegen. Drinnen im Saal nahm Lafontaine stolz auf dem Sessel platz, den im Juni noch Frankreichs Premier Laurent Fabius eingenommen hatte . . .«

Die Reise war trotz Jubels und Fanfarenklang ein Flop. Was blieb, war Lafontaines Fettnäpfchen-Satz von der »Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft«. Der damalige Kanzleramts-Minister Wolfgang Schäuble warf Lafontaine vor, mit seinen Äußerungen die Grundlagen der gemeinsamen Deutschland-Politik völlig verlassen zu haben. Wer menschliche Erleichterungen wie Verbesserungen im Reiseverkehr mit einer Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft in Verbindung bringe, schadet den Interessen der Menschen, sagte Schäuble der »Neuen Osnabrücker Zeitung«. »Solche fundamentalen Zugeständnisse, die eine Abkehr von der Rechtsposition der Bundesrepublik bedeuten würden, gefährden den gesamten Prozeß, bei Offenhalten der deutschen Frage Schritt für Schritt humanitäre Erleichterungen zu erreichen.« Er stellte sich die Frage, ob der saarländische Regierungschef den Vorreiter für die Durchsetzung von Positionen spielen wolle, die bisher nicht einmal der DDR-Staats- und Parteichef Erich Honecker vertreten habe . . .

Der nächste Besuch Oskar Lafontaines beim Genossen Honecker wurde noch mehr gefeiert, erregte noch mehr Aufmerksamkeit. Die Arbeiterkolonne hatte 1987 – wir erwähnten es vorher – gerade noch rechtzeitig die letzten Eisreste Unter den Linden weggefegt. Kurz nach 9.30 Uhr war es dann soweit: Die Türen zu beiden Enden des langgestreckten Saals im Gebäude des Staatsrates am Marx-Engels-Platz in Ost-Berlin öffneten sich. Erich Honecker, dunkelblau gekleidet, ging zusammen mit Joachim Herrmann, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der SED, Herbert Weitz, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ministerrats und Minister für Wissenschaft und Technik, Frank-Joachim Herrmann, Staatssekretär und Leiter der Kanzlei des Vorsitzenden sowie Günther Rettner, dem Abteilungsleiter des ZK der SED, auf die saarländischen Gäste zu.
Man begrüßte sich freundschaftlich und stellte sich gegenseitig die Begleitung vor. Dann bat Hausherr Erich Honecker an den runden Tisch. Während die Fotografen herumsprangen, erkundigte sich der SED-Chef nach dem Besuch des Maffay-Konzerts, fragte launisch, ob denn die Stühle heilgeblieben seien. Dann schlossen sich die Türen, und die Gesprächspartner waren unter sich.
Auf der gut besuchten Pressekonferenz, die Lafontaine abhielt, fehlte Otto Bräutigam, Staatssekretär von der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR. Offensichtlich war er verstimmt, daß das Pressegespräch nicht in seinem Haus stattfand. Lafontaine spielte seine Taktlosigkeit mit »organisatorischen Gründen« herunter.
Nach 30 Minuten war das Frage-Antwort-Spiel zu Ende. Der Saarländer Oskar Lafontaine wollte den



Auf Einladung von SED-Staats- und Parteichef Honecker besuchte Lafontaine ein Konzert des Popsängers Peter Maffay in Ost-Berlin.

Saarländer Erich Honecker nicht warten lassen und eilte zum gemeinsamen Mittagessen ins Kronprinzessinnen-Palais Unter den Linden.
Die »Saarbrücker Zeitung« kommentierte Lafontaines Honecker-Besuch am 17. März 1987 wie folgt: »Nichts gegen Entspannung – die wünscht sich wohl jeder . . . Wenn dazu neue Wege einzuschlagen sind, dann ist daran nichts auszusetzen. Nur, Würde und Stil müssen bei solchem Tun ja nicht unbedingt geopfert werden. Genau dieser Eindruck jedoch kann sich manch einem aufdrängen, bei Anblick der Prozession bundesdeutscher Politiker, die sich dieser Tage zu Erich Honecker nach Berlin und Leipzig drängelte. Sie machten dem SED-Chef nicht nur artig ihre Aufwartung, sondern setzten diesen einer geradezu inflationären Umwerbung aus. Die besten Absichten jedoch, verfallen sie erst einmal der Inflation, verlieren dabei an Wert. Warum, so muß man fragen, diese geradezu euphorische Hektik? . . .« Wen die Zeitung eigentlich meinte, daran gab es in der Woche des Lafontaine-Besuches bei Honecker keinen Zweifel: ihren Ministerpräsidenten.
Im September 1987 durfte Oskar Lafontaine sich für die Gastfreundlichkeit, die er bei den Freunden in Ost-Berlin erfuhr, revanchieren: Erich Honecker besuchte Bonn. Wie herzlich das Verhältnis der beiden Saar-Genossen inzwischen geworden war, dokumentiert Lafontaines Tischrede am 10. September 1987 im Gästehaus der Dillinger Hütte in Dillingen:
»Sie, verehrter Herr Generalsekretär, kommen gerade aus Wiebelskirchen und Neunkirchen – Ihrer ersten Begegnung mit der Heimat seit 40 Jahren. Diese Begegnung wird Sie bewegt haben. Manches ist Ihnen wohl



Auch mit der SED-treuen Eislauf-Königin Katharina Witt versteht sich Oskar Lafontaine ausgezeichnet.

noch vertraut gewesen, das meiste allerdings dürfte Ihnen fremd geworden sein, so sehr hat sich in all den Jahren unsere Welt verändert . . .
Deutsche Demokratische Republik und Bundesrepublik verbindet nicht mehr nur ein enges Geflecht von zwischenmenschlichen, verwandtschaftlichen oder landsmannschaftlichen Beziehungen, die noch in unserer gemeinschaftlichen Geschichte wurzeln, hinzugekommen ist inzwischen ein neues Geflecht von wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen, die den unterschiedlichen Gesellschaftssystemen in beiden Staaten Rechnung tragen. Es gilt nach wie vor, die alten Beziehungen zu hegen und die neuen auszuweiten . . .
Meine Damen und Herren, zu einer friedlichen und vertrauensvollen Zusammenarbeit zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik gibt es keine Alternative, wenn wir endlich zu einer wirksamen internationalen Abrüstung und einem dauerhaften Frieden kommen wollen. Darauf erhebe ich mein Glas.«
Im August 1988 war Lafontaine schon wieder bei Honecker. Und wieder war man herzlich miteinander, sogar noch herzlicher als zuvor.
Augenzeuge Alfred Schön von der »Saarbrücker Zeitung« am 19. August 1988: »Saarländisch kumpelhaft gibt sich der DDR-Staatsratschef im gedeckt grauen Anzug, als er Lafontaine, jugendlich hellgrau bekleidet, begrüßt. Zum sechsten Mal begegnen sich die beiden Politiker, und weitere Runden sollen folgen. Zuletzt hatte Honecker im Herbst 1987 das Saarland besucht. ›Ich war ja erst da‹, antwortete er locker einer Journalistin, die ihn fragt, wann er wieder ›hemm kommt‹.

Daß Honecker sich von der Journalisten-Schar ansprechen läßt, gilt als protokollarisch außergewöhnlich. Folklore und Volkstümlichkeit nach dem Motto Saarländer unter sich gelten, und die BerlinerTodes-Mauer ist 80 Kilometer entfernt. Lafontaine hat ihn wieder an die Saar zum Gegenbesuch eingeladen. Ob er noch die Mundart seiner alten Heimat kennt? Honecker: ›Nadärlich‹.«
Die linke Tageszeitung »taz« bemerkte: »Oskar, 45, wirkte gutgelaunt, und auch sein saarländischer Blutsbruder Erich, 75, – er könnte sein Vater sein – war gut drauf.«
Erstaunlich war das politische Fazit, das Honeckers Lieblingsgast nach seiner Rückkehr mitbrachte. Es zeigt viel von Lafontaines politischem »Weitblick«, beweist, wie blauäugig der Mann von der Saar dem Mann aus Ost-Berlin Glauben schenkte. Lafontaine sagte, er habe bei seinem zweitägigen Besuch in der DDR den Eindruck gewonnen, daß die DDR-Führung geschlossener und selbstsicherer ist, als dies im Westen angenommen wird. »Honecker hält die Zügel fest in der Hand.«
Es war August 1988. Ein Jahr und drei Monate später fiel die Mauer . . .
Diese groteske Fehleinschätzung war der Höhepunkt in einer Kette von Irrtümern, Träumereien und Wunschvorstellungen, die sich im Kopf Lafontaines gebildet hatten. In einer ausführlichen politischen Analyse befaßte sich die wohl angesehenste politische Stimme in der Bundesrepublik mit Lafontaines Honecker-Aufwartungen – die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«. Sie kommentierte am 19. August 1988: »Während die Häufigkeit der Begegnungen des saarländischen Ministerpräsidenten mit dem Staatsratsvorsitzenden dazu führt,



SPD-Kanzlerkandidat Lafontaine und der FDJ-Vorsitzende Eberhard Aurich amüsierten sich bei einem Peter-Maffay-Konzert in Ost-Berlin.

daß dieses Ereignis in der Bundesrepublik eher als Routine bewertet wird, feiert es die DDR als ganz große Staatsaktion. Sowohl das Fernsehen als auch die Zeitungen nehmen diesen Besuch unerhört wichtig und schildern ihn in allen Einzelheiten, obwohl soviel Spektakuläres gar nicht passierte.
Oskar Lafontaine scheint sich in der DDR nicht nur wie zu Hause zu fühlen, er darf sich auch so benehmen. Fast wie seinen ›Enkel‹ empfängt ihn Erich Honecker. Nach dem fast hemdsärmeligen Zusammentreffen der beiden ›Staatsmänner‹ auf dem Jagdschloß Hubertusstock mischte sich Lafontaine unter das Volk. Dafür ausgewählt war der ›weltberühmte‹ Stadtteil Köpenick, wo man Lafontaine in einer Kneipe am Zapfhahn erleben konnte . . .
Dies ist nicht nur ein Symptom dafür, wie vertraut man inzwischen miteinander geworden ist. Für die DDR ist dies offenbar auch die Voraussetzung, daß sie einem Gast etwas erlaubt, das sie sonst nicht erlaubt . . . Es war auch gar nicht entscheidend, daß Lafontaine nichts Neues zu sagen hatte . . .«



Lafontaine 1988 beim Biertrinken im Ostberliner Stadtteil Köpenick. Diese Volkstümlichkeit seines saarländischen Bruders freute Honecker, machte ihn stark.

10. Hauptsache Macht – egal mit wem

Oskar Lafontaine ist ein Mann mit Ellenbogenmentalität. Seine Macht sichert er sich skrupellos, selbst auf Parteifreunde und Mitstreiter nimmt er dabei keine Rücksicht. Nicht einmal seine Freunde wissen, ob sie sich auf ihn verlassen können. Lafontaine ist ein Einzelgänger, dem jedes Mittel auf dem Weg zur Macht recht ist.

Er profiliert sich nicht durch gute Leistungen. Seine Regierungsarbeit als Ministerpräsident im Saarland hat das Land nicht vorwärtsgebracht, sondern zurückgeworfen. Eine stagnierende Wirtschaft, weniger Arbeitsplätze und schwere Versäumnisse im Umweltschutz sind die Bilanz von vier Jahren Oskar Lafontaine als Ministerpräsident.

Worte sind ihm wichtiger als Taten. Er profiliert sich durch politische Vorschläge, die entweder gefährlich oder aber in seiner Partei gar nicht durchsetzbar sind. Deshalb fehlt ihm auch eine Basis in der SPD und im DGB. Oft, wenn er sich öffentlich geäußert hat, wird er vom Parteivorsitzenden Hans-Jochen Vogel zurückgepfiffen. Am Ende bleibt nichts übrig von Lafontaines Vorschlägen. Sein Motto ist offensichtlich: »Every promotion is good promotion«. Dieses Motto mag Lafontaines persönlichem Image nützen. Ein guter Ministerpräsident für das Saarland wird er dadurch noch lange nicht. Und ein guter Bundeskanzler noch weniger.

Oskar Lafontaine ist stellvertretender SPD-Bundesvorsitzender, SPD-Landesvorsitzender und Ministerpräsident des Saarlandes. Sein Weg nach oben gibt Auskunft über Lafontaines Charakter und seine Methoden. Er ist eine unübersehbare Warnung: Wenn dieser Mann



Hans-Dampf-in-allen-Gassen: Lafontaine in der Pose des vielbeschäftigten Managers.

sich durchsetzt, dann ist dies eine Niederlage für die politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland. Kennzeichen seines Politikstils ist Opportunismus und Ellenbogenmentalität.

1. Wenn es um die Macht geht: Opportunismus

Oskar Lafontaine ist es egal, wer ihm zur Macht verhilft. Dementsprechend häufig wechselt er seine Meinung über diejenigen, die ihm dabei helfen können. Wer ihm geholfen hat, aber nicht mehr ins Konzept paßt, wird fallengelassen.

Vorher:

Vor den Bundestagswahlen 1987 richtete er alle Hoffnungen auf die Grünen, damit die SPD an die Macht kommen könne. Er sah viele Gemeinsamkeiten zwischen SPD und Grünen und keinen Grund, nicht mit ihnen zusammenzuarbeiten:

»Wenn die Grünen im Parlament sind, sind sie für mich eine Partei wie jede andere. Wenn wir keine Mehrheit haben, brauchen wir einen Koalitionspartner. Es ist bekannt, daß die Grünen in wichtigen Fragen mit uns übereinstimmen. Ich nenne die Atomrüstung und die Kernenergie.« (Oskar Lafontaine, »Quick«, 21. Februar 1985, nach: »Welt«, 12. März 1985.)

»Warum soll ich nicht mit Leuten zusammenarbeiten, die in vielen Fragen meiner Meinung sind?« (Oskar Lafontaine, »Spiegel«, Heft 35/1986.)

»Als SPD-Politiker heißt zunächst für mich die Maxime rot. Aber wenn rot nicht ausreicht, frage ich, wo sind meine Partner. Bei Raketen oder Kernenergie sehe ich im Moment außer den Grünen keinen Partner. Also

muß ich versuchen, mit den Grünen eine tragfähige Mehrheit zu bilden.« (Oskar Lafontaine, »Spiegel«, Heft 6, 1987.)

Nachher:
Kurze Zeit später, als der Wind gedreht hatte und die Grünen immer mehr ins politische Abseits gerieten, schätzte er sie auf einmal ganz anders ein: »Total unglaubwürdig.« (Lafontaine zu den Grünen, ddp, 15. Mai 1987.)
»Ich bin der Überzeugung, daß Leute, die das Parlament als Bühne betrachten, um Sprüche abzulassen, um Geld zu kassieren und die sanitären Einrichtungen zu benutzen, die aber nicht im geringsten daran denken, Verantwortung zu übernehmen, daß solche Leute im Parlament nichts verloren haben.« (»Frankfurter Neue Presse«, 6. Mai 1987.)

Ein knappes Jahr später:
Dafür sieht er nun einen anderen Partner, der ihm die Steigbügel zur Macht halten soll: die FDP. Wenn es mit ihr nicht klappen sollte, kann es aber auch jede andere Partei sein:
»Und wenn es dann Berührungen gibt, etwa mit der FDP – warum nicht? Oder mit anderen Parteien . . .« (Oskar Lafontaine, Deutschlandfunk, 28. Februar 1988.)

Im Zweifel aber auch mit Kommunisten:
Selbst mit denen, die unsere freiheitliche Demokratie abschaffen und durch ein kommunistisches System ersetzen wollen, arbeitet er freundschaftlich zusammen.



Linke Freunde unter sich: Oskar Lafontaine mit Ex-Terroristen-Anwalt Otto Schily.

Oskar Lafontaine fungierte als Einladender für eine Auftaktveranstaltung zum »Ostermarsch Ruhr '82« am 10. April 1982, obwohl selbst sein Parteifreund, der Duisburger Oberbürgermeister Krings, zuvor bestätigt hatte, daß der Ostermarsch »von einem festen kommunistischen Kern organisiert wird«. (Vgl. »Welt«, 24. März 1982; »WAZ«, 7. April 1982.)
Lafontaine hatte auch keine Einwände dagegen, daß sein Umweltminister, Jo Leinen, dem marxistischen Studentenbund-Spartakus zu dessen Jahresversammlung ein Grußwort schickte. Der MSB-Spartakus ist die Studentenorganisation der DKP und spricht sich immer wieder für das System der DDR-Diktatur aus. (Vgl. dpa, 5. August 1986.)

Fazit: Opportunismus
Ein journalistischer Beobachter schreibt über den Werdegang Lafontaines:
»Die **politischen Koalitionen,** die Oskar Lafontaine bei seiner politischen Karriere benutzte, waren **höchst unterschiedlicher Natur.** Als Jungsozialist eher links gestrickt, verdankte er sein erstes öffentliches Amt dem Bündnis mit dem liberal-konservativen, dem damaligen saarländischen FDP-Landesvorsitzenden Werner Klumpp. Nur mit Hilfe der Liberalen konnte Oskar Lafontaine Mitte der 70er Jahre Oberbürgermeister von Saarbrücken werden, . . . Seine Beförderung zum saarländischen Ministerpräsidenten schaffte ›Oskar‹ dann mittels einer neuen linken Allianz« (gemeint sind die Grünen) . . . »Kurz nach dem Wahlsieg und dem Machtwechsel in der Saarbrücker Staatskanzlei wurde das politische Ruder wieder heftig herumgeworfen. Kaum

hatten die neuen SPD-Landesminister ihre Sessel eingenommen, antichambrierte Lafontaine bereits bei Horst Rehberger, dem Landespartei- und Fraktionsvorsitzenden der FDP/Saar, um eine Koalition ... für 1990, dem Jahr der nächsten Landtagswahlen im Saarland auszuloten ... Während Oskar Lafontaine offenbar unaufhaltsam in Partei und Staat aufstieg, konnten die jeweiligen Partner, denen er weitgehend den Erfolg verdankte, kaum reüssieren. Sie blieben oft als **politische Leichen** am Wegrand zurück. ... Seine Kritiker sprechen lieber von **Opportunismus und Brutalität.**« (»Christ und Welt / Rheinischer Merkur«, 3. Juni 1988.) Die Grünen drückten dies drastischer aus. Sie halten ihn für einen »hohlköpfigen Machtinstinktler«. (Jutta Ditfurth, »Bild«, 18. März 1988.)

2. Rücksichtslos und mit Ellenbogen
Auf seinem Weg an die Macht geht Oskar Lafontaine bis hart an die Grenze des rechtlich Zulässigen. Es macht ihm auch nichts aus, Parteigenossen öffentlich zu düpieren. Ellenbogenmentalität geht ihm über Fairness und politische Kultur.

Beispiel 1: SPD-Filz in die Justiz
Als sich der Saarländische Verfassungsgerichtshof mitten in einem hochbrisanten Verfahren gegen die von der SPD durchgesetzten Schulgesetze befand, enthob dessen Präsident, Horst Hilpert (SPD), zwei Richter ihres Amtes. Die »Anregung« dazu hatte der SPD-Justizminister, Arno Walter, gegeben.
Interessant ist nun, daß die beiden Richter auf Vorschlag der Landtagsopposition in ihr Amt gewählt wor-

den waren. Erwartungsgemäß entschied das Verfassungsgericht dann in der parteipolitisch »passenden« Besetzung, daß das Gesamtschulkonzept der Regierung Lafontaine rechtens sei. (Vgl. »Welt«, 21. Juli 1987; dpa, 20. Juli 1987.)
»Lafontaine steht Flut von Verfahren ins Haus« (»Welt«, 1. Juli 1987).
Der Kommentar läßt vermuten, wieso die beiden unliebsamen Richter ganz plötzlich ihres Amtes enthoben wurden. Denn auch die Krankenhauspolitik und die Rundfunkpolitik des Kabinetts Lafontaine werden vom Verfassungsgericht geprüft.

Beispiel 2: Zweifelhafter Umgang mit dem Recht
Tief blicken läßt auch der Umgang Oskar Lafontaines mit Gesetzen, wenn er selbst oder einer seiner Minister unter Tatverdacht stehen. Im Gefolge der Grünen versuchte Lafontaine Straffreiheit für solche Rechtsbrecher zu erreichen, die wegen Nötigungshandlungen verurteilt worden sind. Lafontaine selbst hätte zu den Begünstigten einer solchen Regelung gezählt. Denn auch er hatte an einer Sitzblockade vor einem Raketendepot teilgenommen und ist insofern selbst Betroffener. Das erklärt, weshalb er nach Straffreiheit rief. (Vgl. »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 11. Juni 1988.)
Sicherlich nicht ohne seine massive Einflußnahme verlief auch jener Vorgang, der für die deutsche Parlamentsgeschichte äußerst ungewöhnlich ist. Gegen den Umweltminister des Kabinetts Lafontaine, Jo Leinen, sollte ein Strafverfahren wegen des Aufrufs zu einer verbotenen und dann gewalttätig verlaufenden Brokdorf-Demonstration im Februar 1981 eingeleitet werden.

Landtagsabgeordnete genießen Immunität vor Strafverfolgung, das heißt, sie dürfen wegen rechtlicher Vergehen nicht ohne Einwilligung des Parlaments belangt werden. Sowohl in den Landtagen als auch im Deutschen Bundestag ist es aber gängige Praxis, daß diese Immunität von den Parlamenten aufgehoben wird, um Ermittlungs- und Strafverfahren auch gegen Abgeordnete zu ermöglichen. Die saarländische SPD-Mehrheit verfuhr dagegen anders. Wohl aus Angst davor, daß ihr Minister verurteilt werden würde, stimmte sie gegen die Aufhebung seiner Immunität und schützte ihn damit vor der Strafverfolgung. (Vgl. dpa, 5. August 1986.)

Beispiel 3: SPD-Filz im öffentlich-rechtlichen Rundfunk

Beispiel rücksichtsloser Personal- und Machtpolitik ist auch die Neubesetzung des Rundfunkrates des saarländischen Rundfunks. Der Christliche Gewerkschaftsbund, die Vertreter der freien Berufe, der Beamtenbund und der Kinderschutzbund wurden unter Lafontaine ebenso aus dem Rundfunkrat entfernt, wie die Arbeitgeber, die in der Verfassung des Saarlandes sogar ausdrücklich als gesellschaftlich relevante Gruppe erwähnt werden. Damit macht er das höchste Kontrollorgan des saarländischen Rundfunks zu einem SPD-Akklamationsgremium. Kritische Stimmen zur SPD-Landespolitik sollen über den Rundfunk gar nicht erst zu Wort kommen. (Vgl. »Welt«, 1. Juli 1987; vgl. auch: »Frankfurter Rundschau«, 21. September 1987.)

Auch für die Neuwahl des Intendanten der saarländischen Rundfunkanstalt fand Lafontaine eine rechtlich bedenkliche Lösung, die die Wahl eines Gefolgsmannes

sicherstellt. Die Amtszeit des Intendanten Rohde wurde vor seinem Ausscheiden zunächst verlängert, bis der neue, SPD-nahe Rundfunkrat im Amt war. Oskar Lafontaine konnte sich jetzt darauf verlassen, daß der neue Rundfunkrat nur einen Intendanten wählte, der die SPD-Politik unterstützt. (»Frankfurter Rundschau«, 21. September 1987.)
Der neue Intendant, Manfred Buchwald, erhielt seinen Vertrag mit der Zusicherung, daß vier Inhaber von Spitzenposten des Senders vorzeitig in Pension geschickt werden: Der Programmdirektor, der Chefredakteur, der Justitiar und der Verwaltungsdirektor (»Medien und Publikum«, Heft 11/1988). Damit wurde der Weg zum »SPD-Sender Saar« (»Saarbrücker Zeitung«, 13. April 1988) und zum »Radio Lafontaine« weiter geebnet.

Beispiel 4: Ellenbogen auch gegenüber SPD-Genossen

Selbst innerhalb seiner Partei regiert Oskar Lafontaine mit dem Ellenbogen. Als er entgegen vorherigen Absprachen Hans-Ulrich Klose als Bundesschatzmeister der SPD durchsetzte, sah der SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Wettig darin **»Züge des Widerwärtigen«**. (dpa, 23. Februar 1987.) Auch sein Kollege Gottfried Bernrath bezeichnete die Lafontaine-Aktion als **»menschlich ziemlich widerwärtig«**. (»Westfälische Rundschau«, 24. Februar 1987.)
Die Kommentare vieler anderer SPD-Politiker und der Presse lauteten so:
– »Fragwürdig«
(Peter Glotz, »Frankfurter Rundschau«, 25. Februar 1987)

– »Das Verfahren, das zur Wahl Kloses führte, ist allerdings merkwürdig und stößt auf erhebliche Bedenken.«
(Hans-Jochen Vogel, »Abendpost-Nachtausgabe«, 25. Februar 1987)
– »Wie Machiavelli«
(Heidemarie Wieczorek-Zeul, »Der Spiegel«, 10/1987)
– »Krise«
(Helmut Schmidt, »Express«, 25. Februar 1987)
– »Unglücklich«
(Johannes Rau, »Neue Rhein-Zeitung«, 25. Februar 1987)
– »Denkbar schlechtes Verfahren«
(Björn Engholm, »Frankfurter Rundschau«, 27. Februar 1987)
– »Das Verfahren ist für mich unerträglich.«
(Hermann Heinemann, Vorsitzender des SPD-Bezirkes Westliches Westfalen, »Westfälische Rundschau«, 25. Februar 1987)
– »Vom düpierten Parteivorstand wie in hilfloser Trance vollzogene Wahl«
(Horst Niggemeier, SPD-MdB, »Welt am Sonntag«, 8. März 1987)
– »Die Methode, mit der er Hans-Ulrich Klose zum Schatzmeister machte, kennt man von früher: So wurden vom Studentenbund SDS bei AStA-Wahlen die Coups inszeniert.«
(»Express«, 25. Februar 1987)
– »Der Rambo von der Saar«
(»Kölnische Rundschau«, 25. Februar 1987)
Die meisten in der SPD erinnern sich auch noch daran, daß Oskar Lafontaine dem damaligen SPD-Bundeskanzler, Helmut Schmidt, in den Rücken gefallen war.

Daß Helmut Schmidt von Tugenden wie Pflichtgefühl, Berechenbarkeit, Machbarkeit und Standhaftigkeit gesprochen habe, kommentierte Lafontaine so:
»Das sind Sekundärtugenden. Ganz präzis' gesagt: Damit kann man auch ein KZ betreiben.« (»Stern«, 15. Juli 1982.)
Unvergessen ist in der SPD auch, daß Lafontaine dem SPD-Kanzlerkandidaten für die Bundestagswahl 1987, Johannes Rau, mehrfach in den Rücken fiel. Die oben zitierten Äußerungen für eine Zusammenarbeit mit den Grünen standen in krassem Widerspruch zur erklärten Strategie Raus, ohne die Grünen an die Macht kommen zu wollen.
Auch der Parteivorsitzende Hans-Jochen Vogel weiß schon, warum er versucht, sich Lafontaine vom Leibe zu halten. Es ist unverkennbar, daß Lafontaine an seinem Stuhl sägt. Der »Spiegel« schreibt:
»Vom Problem Lafontaine einfach zur Tagesordnung überzugehen, das gelingt auch Parteidompteur Vogel schon seit geraumer Zeit nicht mehr. . . . Den einen ist er Hoffnungsträger und Lichtblick im grauen Angebot sozialdemokratischer Durchschnittlichkeit. Die anderen entrüsten sich über den Unruhestifter, dem nichts heilig zu sein scheint, schon gar nicht so hehre Werte wie Ordnung, Disziplin und Treue zu Parteitagsbeschlüssen. . . . Kein Zweifel, es knirscht zwischen dem Vorsitzenden und seinem Stellvertreter. Gefahr ist im Verzug.« (»Spiegel«, 21. November 1988.)

11. Lafontaine, der Ökosozialist

Auf dem Höhepunkt der Aussteigerbewegung, als die Grünen überall in der Bundesrepublik in die Parlamente kamen und es chic war, die ökologische Apokalypse zu beschwören, betrieb Oskar Lafontaine seine Profilierung als »Ökosozialist«. »Der andere Fortschritt« war für ihn verbunden mit der radikalen Verabschiedung von der bisherigen Wachstumspolitik, Vergesellschaftlichung und Genossenschaftswesen müßten dazu das bisherige Privateigentum an Produktionsmitteln ersetzen, weil hier die liberale Wirtschaftstheorie geirrt habe. Nur so sei ein ökologisch und gesamtgesellschaftlich verantworteter Fortschritt möglich. Das war die Brücke, die Oskar Lafontaine ganz im Sinne seines politischen Ziehvaters Willy Brandt den Grünen anbot, um eine Mehrheit links von der Union auf die Beine zu stellen.

Doch in gleichem Maße wie sich der »Schmusekurs« gegenüber den Grünen als problematisch erwies, begann Lafontaine sein bisheriges Öko-Image zu korrigieren: plötzlich galt es auch den Liberalen zu gefallen, um sich für den Fall der Fälle alle Türen offenzuhalten. Jetzt bezeichnet der ehemalige Ökosozialist Oskar Lafontaine sich selbst »als Marktwirtschaftler«, der für Sonntagsarbeit und Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich sei (obwohl er noch 1984, auf dem Höhepunkt des 35-Stunden-Arbeitskampfes in der Metall-Industrie, keine Schwierigkeiten hatte, Bundeskanzler Helmut Kohl für die gleiche inhaltliche Position in übelster Weise zu beschimpfen).

Heute kokettiert der gleiche Oskar Lafontaine als Genscher-Freund und blendet selbst Unternehmerverbände

mit der Feststellung, »hinsichtlich der Verteilung nicht nur von Einkommen, sondern besonders auch von Macht sei der Markt die beste und zugleich die gerechteste Methode«. »Den Ansatz auf staatliche Intervention zu setzen, halte er für falsch«. Einerseits möchte der Populist Oskar Lafontaine den Grünen gefallen, indem er auf die »soziale und ökologische Blindheit des Marktes« verweist, andererseits möchte er aber auch um den Beifall der Liberalen buhlen, indem er sich gegenüber den orthodoxen Planwirtschaftlern in seiner Partei als »Marktwirtschaftler« profiliert. Opportunismus oder Lernfähigkeit?

BELEGE:

einerseits:
hält Lafontaine »den Markt (für) das beste Findungssystem dafür, was wachsen und was schrumpfen müsse. Es gelte die Aussage: so viel Staat wie nötig und so viel Markt wie möglich. Er bezeichne sich selbst als Marktwirtschaftler« (»Handelsblatt«, 23. Februar 1988). Den Ansatz auf staatliche Intervention zu setzen, halte er für falsch (dpa, 11. Januar 1989).

andererseits:
ist Lafontaine nach wie vor Vertreter eines massiven Staatsdirigismus. Seines Erachtens ist »eine vernünftige wirtschaftliche Strukturpolitik ohne den lenkenden Eingriff des Staates derzeit nicht möglich«. Dieser habe die Aufgabe, die Investitionen auf Bedarfsfelder zu lenken (. . .). »Noch bedarf der Markt des regelnden Ausgleichs durch den Staat, noch brauchen wir den Sozial-

staat und mehr denn je (!) eine staatliche Korrektur des Marktes zum Schutze der Umwelt«. (»Die Gesellschaft der Zukunft«, 249ff.)

einerseits:
stellt Lafontaine fest, er sei für Macht und Wettbewerb. Denn hinsichtlich der Verteilung nicht nur von Einkommen, sondern besonders auch von Macht sei der Markt die beste und zugleich die gerechteste Methode. Eine bessere Methode sei ihm nicht bekannt. (»Saarwirtschaft« 2/86.)

andererseits:
stellt Lafontaine zwei wesentliche Grundbedingungen jeder Marktwirtschaft infrage: nämlich das freie Spiel von Angebot und Nachfrage (1) und das uneingeschränkte Recht auf Privateigentum (2).
Zu (1): »Statt die Angebote des Marktes daraufhin zu überprüfen, ob sie menschlichen Zwecken entsprechen, wäre es sinnvoller, zunächst die menschlichen Zwecke zu bestimmen und dann erst entsprechende Angebote über den Markt zu machen«. (»Gesellschaft der Zukunft«, 249.) An anderer Stelle behauptet Oskar Lafontaine: »Jeder maximiert seinen eigenen Nutzen, und das gesamte System nimmt Schaden. Es ist Sache des Staates – in kritischer Rücksprache mit Bürgerbewegungen, mit Ingenieuren, Managern, Gewerkschaftern – hier Ziele vorzugeben.« (»Handelsblatt«, 30. Dezember 1988.)
Zu (2): In seiner Regierungserklärung vom April 1985 verweist der Ministerpräsident Lafontaine auf die Notwendigkeit, in der Frage des Eigentums die liberale

Wirtschaftstheorie noch einmal zu überprüfen. Er zitiert den ehemaligen Generalsekretär der FDP, Karl Hermann Flach, der in einer Streitschrift (»noch eine Chance für die Liberalen«) behauptet hat, die starke Antriebskraft des Kapitalismus liege vorwiegend nicht im Privateigentum, sondern im größtmöglichen Wettbewerb selbständiger Produktionseinheiten und Handelspartner. Dieser Meinung schließt Lafontaine sich an.

Beispiel 3: Zukunft der Erwerbsarbeit
Mit seinen Einlassungen zur Sonntagsarbeit und zur Neudefinition von Arbeit konkretisiert Oskar Lafontaine seine Doppelstrategie, die darin besteht, sich einerseits wirtschaftsliberal zu profilieren und dennoch gleichzeitig seiner sozialistischen Grundhaltung treu zu bleiben. Der offene Widerspruch zwischen seinen politischen Grundsatzerklärungen (»Gesellschaft der Zukunft«) zur Neubewertung der gesellschaftlichen Arbeit und seiner gleichzeitig ablehnenden Haltung der Familien- und Rentenpolitik der CDU, in der genau diese Thesen schon längst umgesetzt sind, bleibt ungeklärt. Die Vielzahl der Widersprüchlichkeiten beweist, daß es Lafontaine bei seinen sozialpolitischen Vorstößen mehr um den Effekt als um die Sache selbst geht.

BELEGE:

einerseits:
plädiert Lafontaine in seinem Buch »Der andere Fortschritt« dafür, »daß Arbeit mehr sei als Erwerbsarbeit«, eine wirkliche Emanzipation der Frauen könne nur gelingen, wenn die unbezahlte aber gesellschaftlich wich-

tige Arbeit der Hausfrauen und Mütter der bezahlten Erwerbsarbeit gleichgestellt sei.

andererseits:
bekämpft Lafontaine im gleichen Atemzug die Sozialpolitik der CDU-geführten Bundesregierung, obwohl diese zum ersten Mal und im Gegensatz zur Sozialpolitik der SPD die Rolle der Hausfrau und Mutter aufgewertet hat gegenüber der Rolle der berufstätigen Frau und obwohl durch die Anerkennung der Erziehungszeiten im Rentenrecht zum ersten Mal die Erziehungsleistung der Frauen auf die gleiche Stufe gestellt wird wie die erwerbsmäßige Leistung der außerhäuslich berufstätigen Frau. Das gleiche gilt für die Familienpolitik: wäre Lafontaine auch nur die Spur glaubwürdig, dann müßte er ein glühender Anhänger der familienpolitischen Leistungen der CDU sein, weil die CDU mit Erziehungsgeld und Erziehungsurlaub einen wichtigen Beitrag zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf geleistet hat. Ganz zu schweigen von vielen anderen familienpolitischen Leistungen der CDU.

einerseits:
will Lafontaine die Humanisierung der Arbeit, die er als »eine zentrale Aufgabe« ansieht (»Der andere Fortschritt«, 103). Auswahl und Gestaltung technischer Neuerungen müßten sich an der »Sozial- und Umweltverträglichkeit orientieren (»Die Gesellschaft der Zukunft, 70). »Mehr und mehr wollen die Menschen sich in ihrer Arbeit selber verwirklichen. Sie wollen auch eine gesunde Arbeit haben. Sie sind auch nicht mehr bereit . . ., jede beliebige Arbeit anzunehmen«. (a.a.o.)

andererseits:
plädiert Lafontaine – völlig im Widerspruch zu seinem ansonsten propagierten gesamtgesellschaftlich verantworteten Arbeitsbegriff – für Sonntagsarbeit und stellt dabei nicht nur ein zentrales Kulturgut, sondern auch eine zentrale Errungenschaft der Arbeiterbewegung bei ihrem Kampf um die Humanisierung insbesondere der Industriearbeit infrage.

einerseits:
verkauft Lafontaine als geschäftsführender Vorsitzender der SPD-Grundsatzkommissionen ein Programm, in dem es heißt: »Der Samstag soll nicht zum Regelarbeitstag, Sonntagsarbeit nur in zwingenden Ausnahmefällen geleistet werden«.

andererseits:
verläßt Lafontaine ohne Rücksicht auf Glaubwürdigkeit seine bisherigen Positionen, bei denen die Ökonomie immer den Erfordernissen der Ökologie, der Wirtschaftsdemokratie und der Humanität untergeordnet wurde, indem er sagt, »Wochenendarbeit sei ein ökonomischer Sachzwang«. (dpa, 4. Dezember 1988.) Arbeitsplätze, auf denen freitags und samstags von morgens bis nachmittags und am Sonntagabend gearbeitet würde, hätten sich als attraktiv erwiesen. (Interview, »Generalanzeiger«, Bonn, 6. Dezember 1988.)

Beispiel 4: Arbeitszeitverkürzung
Nach dem Motto »Wasch mich, aber mach mir den Pelz nicht naß« versuchte Oskar Lafontaine auch in der Debatte um die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit

öffentlich Punkte zu machen. Bezeichnend für seine immer wieder gewählte Strategie ist dabei das beliebige Variieren von politischen Allgemeinplätzen und konkreten politischen Forderungen, so daß je nach Bedarf und Publikum die politische Reichweite seiner Vorschläge jeweils mundgerecht serviert wird. Entsprechend der Devise: »Wie hätten Sie's denn gern?«

BELEGE:

einerseits:
erhob Lafontaine **zu Beginn der Diskussion** ganz **generell** die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung »ohne vollen Lohnausgleich nach Einkommen gestaffelt«. (»Wirtschaftswoche«, 12. Februar 1988.)

andererseits:
reduzierte Lafontaine im **Verlaufe der Diskussion** seine ursprüngliche Forderung auf ein »Lohnopfer der Besserverdienenden« ab der Besoldungsgruppe A 13/A 14 mit einer Grenze bei etwa 5000 Mark Monatseinkommen. »Ab dieser Größenordnung kann man sich über einen Lohnverzicht bei Arbeitszeitverkürzung unterhalten.« Was als Einsicht in ökonomische Grundweisheiten und als überraschender Wirtschaftsliberalismus begonnen hatte, endete in einer variierten Neuauflage der alten sozialdemokratischen »Ergänzungsabgabe für Besserverdienende«.

einerseits:
erhebt Lafontaine einen grundlegenden beschäftigungspolitischen Anspruch mit seinen Arbeitszeit-Thesen.

»Wir stehen vor der Frage, ob 2,5 Millionen Menschen auf die Arbeitszeit null verkürzt werden, ohne Lohnausgleich, oder ob wir eine andere Verteilung suchen. Natürlich beginne er (!) nicht bei den unteren Lohngruppen. Aber es gäbe sehr wohl einen Spielraum, die Arbeitszeit und die Löhne und Gehälter anders zu verteilen.«

andererseits:
weiß Lafontaine ganz genau, daß mehr als 90% derjenigen, die oberhalb der von ihm genannten Einkommensgrenze liegen und aus deren Lohnverzicht er seine »Verteilungsmasse« gewinnen will, gar nicht tarifvertraglichen Regelungen unterliegen und somit der beschäftigungspolitische Effekt seiner Vorschläge nahezu gleich null ist.

Beispiel 5: Landespolitik
Auch in der saarländischen Landespolitik hat sich die Anpassungsfähigkeit des politischen Chamäleons Oskar Lafontaine bereits mehrfach bewährt. Hier einige Beispiele:
– Vor 1985 polemisierte Lafontaine gegen die luxemburgische Beteiligung bei der saarländischen Stahlindustrie, heute ersetzt Lafontaine luxemburgische durch französische Anteilseigner, was exakt die gleichen regionalwirtschaftlichen Risiken mit sich bringt.
– Vor 1985 hat Lafontaine den Anspruch erhoben, jede saarländische Landesregierung müsse sich letztlich an der Bewältigung der Arbeitslosigkeit messen lassen, immer mehr Leute würden das Land verlassen, um außerhalb – in anderen Wirtschaftsregionen – Arbeit zu be-

kommen und gutes Geld zu verdienen; heute spielen die Maßstäbe von gestern keine Rolle mehr, die Landesregierung muß zugeben, daß ohne eine extensive ABM-Politik der Arbeitsverwaltung des Bundes und des Landes die Arbeitslosigkeit im Saarland noch höher wäre als zum Zeitpunkt des Regierungswechsels 1985. Das Problem des negativen Wanderungssaldos wird in einer geradezu zynischen Art und Weise verharmlost.

– Vor 1985 versprach Lafontaine den arbeitslosen Lehrern eine großzügige Einstellungspolitik und eine qualitative Verbesserung schulischen Unterrichts durch kleinere Klassengrößen; heute ist fast die Hälfte aller saarländischen Hauptschulen und eine ganze Anzahl von Realschulen geschlossen, Lehrer werden kaum noch eingestellt, der »Einstellungskorridor«, wie er von der CDU über Jahre hinweg offengehalten wurde (jede zweite freiwerdende Stelle wurde neu besetzt), ist ebenfalls geschlossen, und eine Vielzahl von Klassen aller Schultypen im Saarland liegt immer noch weit über der von der SPD versprochenen Höchstzahl von 25 Schülern.

– Vor 1985 kam eine Müllverbrennungsanlage (Standort: Völklingen-Wehrden) nicht in Frage, heute ersetzt man »Müllverbrennung« durch »Thermische Behandlung des Mülls« und plant in Großrosseln-Velsen mit vierjähriger Verzögerung eine Müllverbrennungsanlage.

– Theoretisch redet und schreibt Lafontaine viel von Mitbestimmung, praktisch hebelt Lafontaine als Arbeitgeber die Rechte des obersten Mitbestimmungsgremiums (Landespersonalausschuß) mit allen Tricks aus.

– Theoretisch plädiert Lafontaine dafür, »die partizipativen Elemente in der repräsentativen Demokratie« zu stärken, praktisch blockt Lafontaine die Initiativen der CDU Saar für eine Direktwahl von Ortsvorstehern, Bürgermeistern und Landräten konsequent ab.

– Theoretisch philosophiert Lafontaine gerne über »neue Arbeit« und propagiert Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich, praktisch aber ist der Arbeitgeber Lafontaine nicht bereit, seine theoretischen Überlegungen in konstruktiver Weise in die Tarifauseinandersetzungen des Öffentlichen Dienstes einzubringen. Im Gegenteil: entgegen seinen Versprechungen von 1985 wies er seinen Kultusminister an, bei der KMK nicht für neue Arbeitsplätze zu votieren. Um es mit den Worten der ÖTV-Chefin Monika Wulf-Matthies zu sagen: »Wo bleiben Deine beschäftigungspolitischen Taten, wo Du (Oskar Lafontaine) als Arbeitgeber selbst Beispiele setzen könntest?«

– Einerseits lamentierte Lafontaine vor dem Hintergrund der Barschel/Pfeiffer-Affaire über den derzeitigen Zustand unserer politischen Kultur und einen »Mangel an Solidarität« und kritisiert insbesondere, daß Mitarbeiter der Kieler Staatskanzlei als Vertreter des Öffentlichen Dienstes Partei- und Wahlkampfarbeiten übernommen hätten; andererseits hatte Lafontaine selber die Abteilungen Öffentlichkeits- und Pressearbeit in seiner Staatskanzlei um mehr als das Doppelte des vorherigen Personalbestandes aufgebaut, um die politische Mehrheit seiner Partei hier im Land mit gezielter Werbearbeit abzusichern.

– Einerseits rühmt sich Lafontaine seiner angeblich aufklärerischen Humanität, indem er darauf hinweist, daß

selbst in zweiter Instanz abgelehnte Asylbewerber nicht abgeschoben würden, andererseits – vor dem Hintergrund der hessischen Kommunalwahl und der dabei zutage getretenen ausländerfeindlichen Haltung plädiert er dafür, nur rechtskräftig anerkannten politischen Asylanten ein Aufenthaltsrecht hier bei uns in der Bundesrepublik zuzugestehen.

– einerseits stilisiert sich Lafontaine selbst als »Internationalist« mit humanistischem Anspruch, der vordergründig für Solidarität und Toleranz gegenüber Schwachen und Verfolgten plädiert, andererseits schürt Lafontaine fremdenfeindliche Stimmung, indem er Begriffe wie »Deutschtümelei« in die Diskussion einführt, damit Asylanten gegen Aussiedler ausspielt und die Begrenztheit unserer Aufnahmekapazität für Flüchtlinge jeder Art in verantwortungsloser Weise dramatisiert.

12. Was die Gewerkschaften von ihm halten

Wie stehen eigentlich die eigenen Genossen zu Lafontaine? Was denken die Gewerkschaften über ihn? Es ist aufschlußreich, in wie viele Fettnäpfchen Lafontaine in seiner Karriere getreten ist – und wie entschieden er von den eigenen Leuten kritisiert wurde. Beispiele:
Besonders sauer waren die eigenen Genossen Nordrhein-Westfalens, weil Lafontaine am »Ostermarsch Ruhr '82« teilnahm. Der Ostermarsch stand unter dem Motto »Keine neuen Atomraketen in unserem Land / Kampf dem Atomtod«. Zu den Initiatoren gehörten eine große Anzahl von Gruppierungen, die sich insgesamt der »Friedensbewegung« verbunden fühlten. Selbst der weit links stehende SPD-Bundestagsabgeordnete Klaus Thüsing, der auf einem Flugblatt genannt wird, hat nach Gesprächen mit seiner Partei erklärt, er wolle an den Veranstaltungen nicht teilnehmen. Das Bundesinnenministerium ging davon aus, daß die DKP sowie DKP-beeinflußte Organisationen die »initiierende und steuernde Kraft der Ostermärsche '82« sind. Jene Ostermärsche also, an deren Spitze Oskar Lafontaine mitging.
1983 forderte Lafontaine, die Gewerkschaften sollten einen Generalstreik gegen die Aufrüstung in Erwägung ziehen. Die Folge: Wütende Proteste führender Gewerkschaftler. Hermann Brandt, Vorsitzender der DAG: »Die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft bekennt sich entschieden zu einer Politik, die Frieden und Freiheit sichert. Wir lehnen jede Form des Streiks gegen rechtsgültige, demokratische Entscheidungen der Ver-

fassungsorgane ab. Die Beantwortung der Frage, in welchem Maße zur Sicherung des Friedens militärische Abschreckung notwendig ist, muß Bundesregierung und Bundestag überlassen bleiben.«
Hermann Rappe, Vorsitzender der Gewerkschaft Chemie, Papier, Keramik: »Ich fordere Oskar Lafontaine auf, seine Vorschläge im Parteivorstand der SPD zu besprechen und uns Gewerkschaftler damit zu verschonen.«
Richtungsweisend sind auch die Äußerungen des früheren SPD-Verteidigungsministers unter Helmut Schidt, Hans Apel. In seinem Buch »Der Abstieg«, das 1990 erschien, sagt er über Lafontaine:
»Oskar Lafontaine hat in den letzten Jahren immer wieder bewiesen, daß er immer dann ohne Rücksicht auf Verluste politische Akzente setzt, wenn es ihm nützt und ihn in den Mittelpunkt der öffentlichen Debatte rückt. Er war es, der den Kampf gegen Helmut Schmidt und die sozialliberale Koalition rücksichtslos führte, um fünf Jahre später Schmidt und auch Carl Schiller als die bedeutendsten sozialdemokratischen Wirtschaftspolitiker zu bezeichnen. Er war es, der die Bekenntnisse von Johannes Rau zur NATO auch in der heißen Phase des letzten Bundestagswahlkampfes dadurch in Zweifel zog, daß er unseren Austritt aus der NATO-Integration forderte. Und auch diese Position wird er revidieren, wenn er das für geboten erachtet.«
Was die SPD-Frauen vom Genossen Oskar halten, zeigten sie im Oktober 1987. Die »Frankfurter Rundschau« berichtet:
»Oskar Lafontaine ließ sich aus dem Konzept bringen. Bei einem Auftritt vor der vor dem Mannheimer ›Ro-

sengarten‹ versammelten Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (AsF) mußte der stellvertretende SPD-Vorsitzende, von Zwischenrufen und höhnischem Gelächter unterbrochen, mehrmals von seinem Manuskript abweichen. Am Ende seiner kurzen Rede ließ er sich von den Frauen vollends konfus machen und verhaspelte sich total: ›Ich wünsche der Bundeskonferenz einen guten Verlauf und möchte von hier aus allen Genossinnen und Genossen, die ihn in den Bundesvorstand gewählt‹ – der Rest des Satzes ging dann im Gejohle unter – ›worden sind, meine Glückwünsche aussprechen‹.
Als der mit Lachen, Pfiffen und Buhrufen gemischte Lärm sich gelegt hatte, versuchte Lafontaine, den Schnitzer (im Manuskript waren natürlich nur Glückwünsche an die gewählten AsF-›Genossinnen‹ vorgesehen) nachträglich mit einem Scherz auszubügeln, der aber neue Unruhe stiftete: ›Entschuldigung, liebe Genossinnen‹, sagte Lafontaine, ›wenn man so sehr auf Gleichstellung programmiert ist wie ich, dann vergißt man auch die Genossinnen nicht.‹
Der stellvertretende Parteichef hat unter den Funktionärinnen der Frauenarbeitsgemeinschaft den Ruf, ›Macho‹ zu sein, also einer, der mit männlichem Gehabe die Interessen der Frauen übersieht. Ihm wird auch nachgesagt, er habe im SPD-Präsidium einen ›Quotierungsbeschluß‹ verhindern wollen, mit dem 40 Prozent aller von der Partei zu vergebenden Ämter und Mandate für Frauen gesichert werden sollen.«
1987 trat Lafontaine erneut in ein Fettnäpfchen größeren Ausmaßes. Der linke Flügelstürmer der SPD sagte, in der Gewerkschaft Bergbau und Energie und in der

IG Chemie »herrsche soviel Demokratie wie auf einem Kasernenhof«.
Per Einschreiben und Eilboten sandte daraufhin der SPD-Bundestagsabgeordnete Erwin Stahl, seit Anfang der 50er Jahre Mitglied der IG-Bergbau und von 1978 bis zur Wende Parlamentarischer Staatssekretär in der Regierung Schmidt, einen geharnischten Protestbrief an Lafontaine: »Mich würde interessieren, woher Du Deine Erkenntnis beziehst und wie Du sie begründest. Als langjähriges IGBE-Mitglied muß ich Dir sagen, daß Du da völligen Blödsinn geplappert hast. Ich bin im übrigen überhaupt nicht bereit, mich mit diesen dummen Sprüchen auseinanderzusetzen.«
Zugleich stellte Stahl die Qualifikation Lafontaines für den Posten des stellvertretenden Parteivorsitzenden in Frage: »Als Genosse frage ich mich, wie Du ein hohes Führungsamt unserer Partei übernehmen willst, wenn Du derart dümmliche, vorlaute und nachweislich falsche Aussagen über die Gewerkschaften, unsere Weggefährten und politischen Freund daherplapperst und sie damit ohne jeden Anlaß vor den Kopf stößt.«
Stahls ungewöhnlich heftige Attacke gegen Lafontaine gipfelte in der Feststellung: »Anschließend hoffe ich, daß die Vertreter des Arbeitnehmerflügels bei den Wahlen zum Parteivorstand auf dem Sonderparteitag am 14. Juni Deine – öffentlich – verbreiteten Erkenntnisse angemessen honorieren werden.«
Auch der SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Reimann, führender Funktionär in der IG-Chemie und Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat der BASF, machte seiner Wut über Lafontaine in einem scharfen Protestbrief an Fraktionschef Vogel Luft. Die von Vogel in der

letzten Zeit so oft geforderte Disziplin scheine insbesondere von den Vorderleuten wenig in Anspruch genommen zu werden, schrieb er. Er fühle sich aufs Tiefste verletzt von dieser schnodderigen Aussage des Genossen Lafontaine: »Was für ein Verhältnis hat Lafontaine zu den Gewerkschaften? Wie will er eine Konsenzfähigkeit in der Partei zu allen gesellschaftlichen Gruppen herstellen, wenn er die größte Gruppe so zwischen die Augen schlägt?«

Vor Stahl und Reimann hatte sich bereits der Vorsitzende der IG-Chemie und SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Rappe bei Fraktionschef Vogel in scharfer Form über Lafontaine beschwert. Sein Fraktionskollege Horst Niggemeyer, Pressesprecher der IG-Bergbau, sprach von einer »lausigen Lümmelei« Lafontaines.

Die angesehene Bundestags-Vizepräsidentin Annemarie Renger (SPD) kritisierte Lafontaine indirekt. Sie forderte im März 1987, daß Fraktionschef Hans-Jochen Vogel auch Parteivorsitzender wird: »Aus Gründen der Integration sollten diese beiden Ämter in einer Hand liegen.« Sie sprach sich damit gegen den saarländischen Ministerpräsidenten Oskar Lafontaine aus, der sich um den Parteivorsitz bemühte.

Auch der ehemalige Regierungssprecher unter Helmut Schmidt, Klaus Bölling, stellte die Eignung des saarländischen Ministerpräsidenten als Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei in Frage. In einem Beitrag für das Wirtschaftsmagazin »Impulse« schrieb er, Lafontaine, »den einige jetzt als Messias der Partei sehen möchten«, müsse erst noch »die für einen künftigen Parteivorsitzenden unentbehrliche Qualität beweisen . . .«

13. Die Frau an seiner Seite

Lafontaine und seine Lebensgefährtin Doris Christa Müller – die Geschichte einer Polit-Liebe. Ende 1988 holte er die Regierungsdirektorin aus der Hessischen Staatskanzlei in die Bonner SPD-Zentrale – als Referentin für das Grundsatzprogramm der SPD. Die selbstbewußte Blonde mit der Punkfrisur hatte ihr Büro direkt neben seinem. Sie kamen sich auch menschlich näher. Politisch verstehen sie sich sowieso.

Doris Christa Müller, heute 34, denkt und argumentiert wie Lafontaine – messerscharf, provokant, populistisch. Und ihr Herz schlägt dort, wo seines heute nicht mehr schlagen darf, weil er inzwischen die Jacke des ausgewogenen Staatenlenkers übergestreift hat: linksaußen.

In der Reihe »Linke Argumente Nr. 13, SPD-Jungsozialisten, Bezirk Hessen-Süd«, schrieb sie ein Buch unter dem Titel: »Für ein Recht auf Faulheit, Arbeiten, um zu leben«. Auszüge:

»Wir wollen das Recht auf Erwerbsarbeit für alle, die arbeiten wollen.

Das muß aber verbunden sein mit dem Recht auf Faulheit für alle, die heute Arbeit haben.

Zuviel Arbeit, wenn man daran denkt, wieviel Menschen heute vorzeitig wegen Krankheit aus dem Erwerbsleben ausscheiden, wieviel Arbeitnehmer aus Streß alkoholabhängig werden usw. Sie müssen deshalb ihr Recht auf Faulheit verwirklichen. Damit wäre die Umsetzung einer gesellschaftlichen Utopie eingeleitet, einer Utopie, die bedeutet:

- wir arbeiten in Zukunft alle, aber alle arbeiten weniger;

- in unserer Arbeit sind wir autonomer, kreativer, selbstbestimmter, unabhängiger, einflußreicher;
- unsere Freizeit in einer gesünderen Umwelt können wir freier gestalten, sowohl zeitlich wie inhaltlich;
- die Möglichkeiten unserer Teilhabe am öffentlichen Leben erweitern sich . . .«

Christa Müller zitiert in ihrem Buch Paul Lafarque, französischer Sozialist und Schwiegersohn von Karl Marx:

»Eine seltsame Sucht beherrscht die Arbeiterklasse aller Länder, in denen die kapitalistische Zivilisation herrscht, eine Sucht, die das in der modernen Gesellschaft herrschende Einzel- und Massenelend zur Folge hat. Es ist dies die Liebe zur Arbeit, die rasende, bis zur Erschöpfung der Individuen und ihrer Nachkommen gehenden Arbeitssucht. Statt gegen diese geistige Verirrung anzukämpfen, haben die Priester, die Ökonomen und die Moralisten die Arbeit heiliggesprochen. (Das Recht auf Faulheit, Berlin 1891)« . . .

Christa Müller weiter: »Rund zwei Drittel der Bevölkerung bezeichnet sich als ›materiell gesättigt‹. Vor diesem Hintergrund haben gesellschaftliche Probleme wie zunehmende Gesundheitsbelastungen, Umweltzerstörung und Gefahren, die durch den Einsatz neuer Technologien entstehen, an Bedeutung gewonnen. Deshalb wird das herrschende Produktionssystem von immer größer werdenden Teilen der Bevölkerung in Frage gestellt.

Unreflektiertes Karrieredenken, Anpassung und Unterordnung möchten viele gegen Selbstverwirklichung, Persönlichkeitsentfaltung und Partizipation gerade im Arbeitsprozeß eintauschen. Diese neue Bedürfnisstruktur strahlt auch in den Freizeitbereich hinein.



Mit seiner Lebensgefährtin Christa Müller besuchte Lafontaine im September 1990 das Kloster Sagorsk in der Sowjetunion. Seit zwei Jahren ist die Politologin an Lafontaines Seite.

Die Menschen wollen ihr Leben stärker selbstbestimmen, Spaß daran haben und sich emanzipieren ...«
»In einem hochindustrialisierten und kapitalistischen Land wie der Bundesrepublik zeichnet sich die Erwerbsarbeit durch ein hohes Maß an Fremdbestimmung aus. Sie ist unvermeidliche Folge der Vergesellschaftung des Produktionsprozesses und erwächst aus der Aufteilung und Organisation der Produktion in großen Wirtschaftsräumen ... Viele dieser negativen Aspekte der fremdbestimmten Arbeit ließen sich beseitigen – die hierarchische Unterdrückung, die Mühsal, Eintönigkeit und Langeweile ... Selbst bei einer Aufhebung kapitalistischer Ausbeutung und den damit verbundenen Herrschaftsstrukturen zugunsten einer demokratischen Organisation der Produktion und Distribution löst sich der bestehende Widerspruch zwischen individuellen Bedürfnissen und gesellschaftlichen (demokratisch-legitimierten) Anforderungen nicht vollständig auf ...

Die vorhandene Arbeit muß auf alle verteilt werden.

Das bedeutet konkret, daß noch in diesem Jahrzehnt die 30-Stunden-Woche (bei vollem Lohnausgleich für niedrige und mittlere Einkommen) gefordert werden muß. Vorrang vor allen anderen Lösungen hat die Verkürzung der täglichen Arbeitszeit, denn

- sie vergrößert den Spielraum für die Emanzipation von Frauen,
- sie erleichtert neue Formen gesellschaftlicher Arbeitsteilung,
- sie ermöglicht eine gleichberechtigte Teilnahme aller an gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen.

Da es keineswegs naturgegeben ist oder dem freien Willen der einzelnen Arbeitnehmer entspricht, ausgerech-

net fünf Tage pro Woche und acht Stunden pro Tag zu arbeiten, sollte in Zukunft das Privileg einer freien Zeiteinteilung den abhängig Beschäftigten nicht länger verschlossen bleiben . . .
Daß Muße in der Freizeit notwendig ist, damit wir uns wohler fühlen, hat sich – zumindest in unserem Lande – unter den Menschen noch nicht herumgesprochen. Es herrscht ganz allgemein das Leistungsdenken, und zwar nicht nur bezogen auf die Berufswelt, sondern auch auf die Freizeit. Aber beschweren sich nicht viele über Hektik, Streß, Schnellebigkeit und Zeitmangel? Daß dieses Problem nicht aus der Welt zu schaffen ist, indem man die Erwerbsarbeit verkürzt, ist jedem von uns klar: schließlich herrscht heute ein Freizeit- und Konsumstreß, der uns teilweise ähnlich belastet wie die Arbeit.«
Soweit die Weltanschauung von Doris Christa Müller, der Frau an der Seite des Kanzlerkandidaten. Lafontaine hat sich politisch nie von ihr distanziert – im Gegenteil. Er schätzt sie so sehr, daß er sie zu sich holte. Nach Hause.
Am 15. September dieses Jahres machte BILD die Schlagzeile: »Lafontaine glücklich – Christa zog ein«.
Die Volkswirtin war aus Bonn weggezogen – nach Saarbrücken, Auf den Hügel 20, in die Villa von Oskar Lafontaine. Aus der anderthalb Jahre dauernden Partnerschaft war eine »Ehe ohne Trauschein« geworden. Doris Christa Müller hat sich in seinem Haus ein eigenes Telefon legen lassen . . .
Oskar Lafontaine hat eben eine starke Anziehungskraft auf Frauen. Und er nutzt sie hemmungslos. Er ist ein Genießer, und er macht kein Geheimnis daraus.
Warum nicht, mögen viele fragen. Laß' ihn doch, wenn er Spaß daran hat.

Diese Ansicht ist zweischneidig. Natürlich kann der Privatmann Lafontaine machen, was er will, wo er will und wann er will. Aber er ist kein Privatmann, er will es nicht sein. Er will immer und zu jeder Zeit Politiker sein, ein Staatenlenker, ein Staatsmann, der nächste Kanzler der Bundesrepublik Deutschland. Und deshalb ist es unerträglich, daß der Mann, der das politisch bedeutendste Amt im Staat anstrebt, immer wieder als »Playboy«, als »flotter Oskar«, als »Oskar die Frohnatur« bezeichnet wird. Es liegt nicht an den viel gescholtenen Medien. Es liegt an Oskar Lafontaine selber, daß soviel über sein Liebesleben berichtet wird. Wie man in den Wald ruft, so schallt es eben heraus.
Oder ist es erfreulich, wenn man sich über den Mann, der Kanzler werden will, Gedanken macht, wie sie in der auflagenstarken »Freizeit-Revue« zu finden waren? Was ist denn dran an Lafontaine? fragt die Zeitschrift. »Biederes Outfit, die Haare kämmt er quer über den Schädel, um kahle Stellen zu vertuschen, die Pinocchio-Nase – ob die wohl beim Küssen stört? Aber warum dann die vielen ›Eroberungen des Saar-Napoleons‹? Die haben fünf Gründe, aus denen Männer nur lernen können. 1. beherrscht Lafontaine die Kunst des Flirtens. ›CSU-MdB Michaela Geiger: ›Er guckt die Frauen richtig ausdauernd an, ganze Ewigkeiten.‹‹ 2. hassen Frauen ›breitgesessene Langeweile‹, und die läßt Oskar zwischen NATO-Austritt und Sonntagsarbeit gar nicht erst aufkommen. 3. ›Oskar kann genießen‹, sein Superkoch für die Bonner Saar-Landesvertretung beweist das. 4. ist Oskar ein aufrechter Ehebrecher, ›er hält öffentlich Händchen stolz wie Bolle‹. 5. ›zelebriert‹ er die Liebe und ›zielt damit auf die erotischste Stelle der Frau: auf den Kopf‹.«



Lafontaine schmückt sich gerne mit hübschen Frauen. Hier umarmt er vertraulich einen Fan von Peter Maffay.

Soviel zur Seriösität des Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine. Lafontaine und die Frauen – ein besonders heikles Kapitel.
Da war seine erste Frau Ingrid, Saarländerin, zwei Jahre älter und einen Kopf größer als er. Sie ist Kunsthändlerin, hat ein Glaskunstgeschäft am St.-Johannermarkt in Saarbrücken. Bekannte sagen: »Die hat ihm erstmal Manieren beigebracht, das richtige Essen mit Messer und Gabel . . .« Mit ihr begann er, Frankreichs Küche zu lieben. Lafontaine über die Zeit: »Käse schmeckt am besten, wenn man ihn mit einer jungen Frau auf einer Wiese in Frankreich, in Sancere ißt und dazu eine Flasche Sancere trinkt.«
Vor zwölf Jahren ließ er sich scheiden und heiratete Margret, zehn Jahre jünger und einen Kopf kleiner als er. Bildhauerin und Keramikerin. Mit ihr hat er seine Liebe zur Kunst kultiviert. Ihren Sohn, heute sieben, nannten sie Frédéric. Erklärung: »Frédéric Chopin steht uns nicht ferner als Karl Marx.« Sie habe ihm dringend »abgeraten, Kanzlerkandidat der SPD zu werden«, sagt sie heute. Oskar sei »noch viel zu jung«. Durch eine Kanzlerschaft würden »viele seiner liebenswerten Eigenschaften verschüttet«. Nach sieben Jahren, 1988, zerbrach auch diese Ehe. Weil Margret, die äußerlich so mädchenhafte, »unregierbar« war, wie sie über sich selbst sagte? Oder weil sie, wie Freunde vermuten, Oskars Frauengeschichten nicht mehr ertragen konnte. In seiner Staatskanzlei, so schrieb der »Spiegel«, schart er »die schönsten Frauen des Saarlandes um sich«.
Da war die Romanze mit der Sängerin Bettina-Helena Schlesinger, besser bekannt als Bettina Wegner (40). Sie



Margret Lafontaine gratuliert ihrem Mann zur gewonnenen Landtagswahl im März 1985.

ist 1,56 Meter groß, hat lange braune Haare. Sie kommt aus Ost-Berlin, lebt aber in West-Berlin. Ihr Lied »Sind so kleine Hände« machte sie populär. Im August 1988 sagte eine Freundin aus der Familie der Sängerin zu BILD: »Lafontaine und Bettina sind miteinander befreundet, treffen sich häufig, in Saarbrücken, in Berlin und in Frankreich.«

Beide wollten nichts über ihre Beziehungen zueinander mitteilen. Bettina Wegner sagte auf die Frage, ob sie Oskar Lafontaine kenne: »Ja, klar, wir haben ja zusammen gegen Atomkraftwerke gesungen.«

Was ein paar Lieder bewirken können! Am 6. Februar 1988 fand in der Kapernaum-Kirche in Berlin-Wedding ein Gedenk-Gottesdienst für die DDR-Dissidenten statt, die nach einer Demonstration für Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg in Ost-Berlin verhaftet worden waren. Bettina Wegner und Lafontaine saßen nebeneinander. Pfarrer Linke: »Die beiden sind sehr, sehr gut befreundet.«

Im gleichen Jahr, im Oktober 1988, war eine andere Affäre Lafontaines in den Schlagzeilen – die Lovestory mit der Schauspielerin Beate Jensen. Die Hamburger »Morgenpost« nannte sie die neue Frau im Leben des saarländischen Ministerpräsidenten. Die (sozialdemokratisch sehr freundlich gesinnte) Zeitung schrieb: »Er bewundert sie, seit sie 1984 in Saarbrücken für ihre Rolle in Doris Dörries ›Mitten ins Herz‹ Preise kassierte.«

Bei der Premiere ihres neuen Films »Der Kuß des Tigers« traf er sie wieder, ließ seine Begleiterin für sie sitzen. »Inzwischen besuchte er sie und ihren zweijährigen Sohn schon zu Hause in München«, schreibt das Blatt



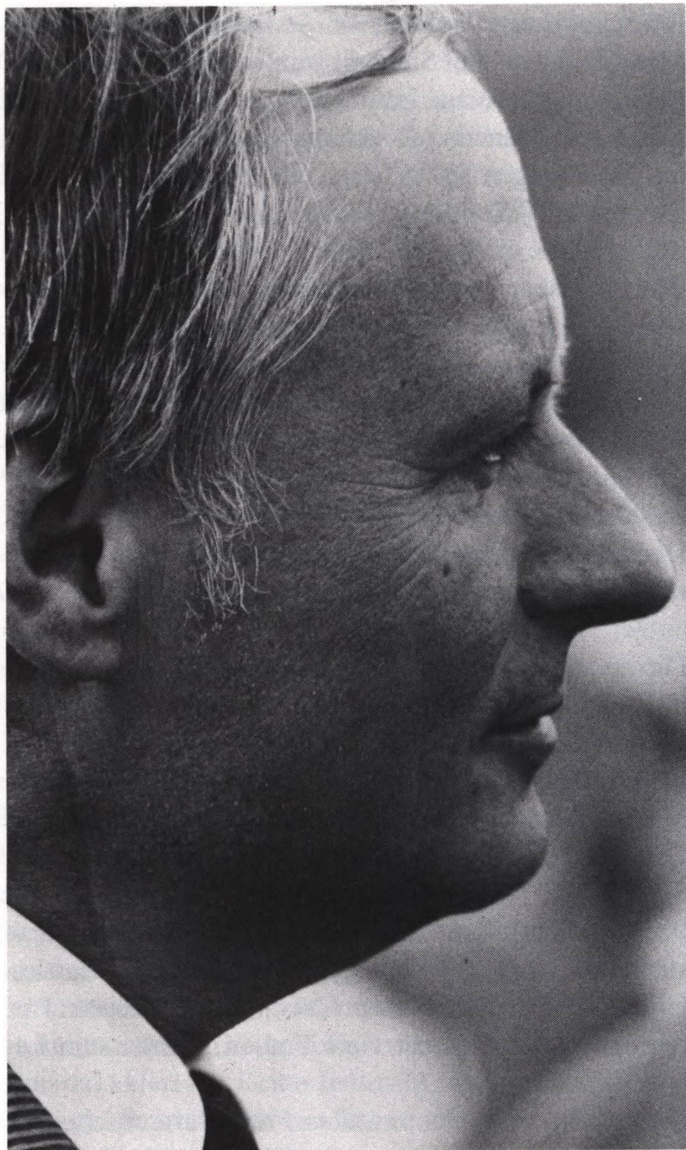
Der Mann, der Kanzler werden will, läßt keine Gelegenheit aus, sich mit schönen Frauen zu schmücken. Hier umarmt er die Sängerin La Toya Jackson, Schwester von Michael Jackson.

weiter. Beate Jensen – ein Mädchen mit Bubikopf, 29 Jahre alt, 1,65 Meter klein, 48 Kilo leicht, ledige Mutter des zweijährigen Max' – formuliert dunkel über ihre Zuneigung zu Lafontaine: »Mich interessieren Extreme, die Lust am Risiko, Liebe und Rücksichtslosigkeit.« Lust am Risiko, Rücksichtslosigkeit – Eigenschaften, die Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine ebenfalls schätzt.

Die Münchener »Abendzeitung« berichtete am Donnerstag, dem 13. Oktober, über die Filmpremiere »Kuß des Tigers«: »Lafontaine, der vor kurzem mit seiner Affäre mit der DDR-Liedermacherin Bettina Wegner durch die Presse ging, hatte vier Karten für den Film im Camera-Kino vorbestellt. Zu seiner Begleitung zählte eine attraktive, exotisch aussehende Lady. Von ihr verabschiedete sich der SPD-Ministerpräsident – zur Empörung mancher streitbarer Damen aus seiner Umgebung – nach der Vorstellung und begleitete Beate ins Abendlokal ›La Gitarra‹.

Dort kaufte er dem Wirt und Maler Olivares ein wunderhübsches kleines Bild mit goldenen Ornamenten für Beate Jensen ab. Lafontaine blieb bis 4 Uhr an der Seite der reizvollen Kindfrau aus München, flirtete heiß und sang mit anderen Gästen ›Quanta la Mera‹ und andere gängige Schlager und begleitete seinen Schwarm dann zum Hotel.« Daß die Begegnung kein Strohfeuer entfacht, sondern den SPD-Mann ›mitten ins Herz‹ getroffen hat, wurde den Verleihbüros vom Filmverlag der Autoren bald klar: Als Beate Jensen in Berlin zu tun hatte, wurde aus Saarbrücken von Lafontaines Büro nach dem Namen des Hotels geforscht, später ihre Münchener Wohnadresse ermittelt.«

Interessant, was das Büro eines Ministerpräsidenten so alles zu tun hat. Auf Steuerkosten, versteht sich . . .
Kurz darauf besuchte Lafontaine ganz privat die Schauspielerin in München-Bogenhausen und lernte Max, ihren zweijährigen Sohn, kennen. Beate über ihre neue Eroberung: »Ich finde, daß er ein unheimlich guter Typ ist, und freue mich, daß ich ihn kenne.«
Was hat Oskar, was andere Männer nicht haben? fragte auch »Bild am Sonntag«. Hier die Analyse der Zeitung: Eigentlich ist Oskar Lafontaine keiner, nach dem sich auf der Straße die Frauen reihenweise umdrehen würden. Komisch: Trotzdem soll er einer sein mit einem ganzen Koffer voller Frauengeschichten – die Leute erzählen sie, jede Menge Geschichten.
Der Oskar schaute der jungen Frau in die Augen und sagte: »Sehen Sie mich mal genau an. Fällt Ihnen etwas auf?«
Die junge Frau sah ihn an und sagte: »Nein.«
Oskar fragte: »Fällt Ihnen an meiner Nase etwas auf?«
Die junge Frau sagte: »Die ist sehr spitz.«
Da grinste der Oskar und reimte: »Wie die Nase eines Mannes, so auch sein Johannes . . .«
Das war vor ein paar Jahren, auf einem Parteitag der SPD. Eine Szene aus dem Stück »Oskar und die Frauen«. Hauptdarsteller: Oskar Lafontaine (44), Ministerpräsident im Saarland und nächster SPD-Kanzlerkandidat. »Der Oskar ist ein Casanova«, behaupten Parteifreunde, »er braucht viele Frauen, das ist sein Lebensstil.«
Daß er sich von seiner zweiten Frau Margret scheiden ließ, hat, so vermuten Freunde, folgenden Grund: »Die Margret hat Oskars Frauengeschichten nicht mehr er-



Oskar Lafontaine mit dem ihm eigenen typischen Profil. Zu einer jungen Frau meinte er: »Wie die Nase eines Mannes . . .«

tragen.« Wie ist das, die Ehe mit Oskar Lafontaine? Margret Lafontaine selbst hat mal gesagt: »Ich hasse Idylle. Sie ist beschönigend, unaufrichtig.« Im gemeinsamen Wohnzimmer hat sie zwei Tonplatten aufeinander und einen leeren Stuhl davorgestellt: »Abwesenheit« hat sie das Werk getauft.

BILD am Sonntag am 21. August 1988: »Oskar und die anderen Frauen – da gibt es eine Journalistin, Mitte 40, blonde Haare, liebe blaue Augen, geschieden. Schon seit Jahren ist sie mit Oskar auf Du und Du. ›Ja‹, sagt sie, ›er hat mich auch schon in meiner Wohnung besucht.‹ In Saarbrücken ist es ein offenes Geheimnis: Bei seinen Besuchen soll Oskar mit dieser Frau nicht nur über Tarifpolitik gesprochen haben . . . Sie selbst sagt, fast etwas enttäuscht: ›Der Oskar macht vielen Frauen schöne Augen.‹«

BILD am Sonntag berichtet weiter: »›Der Oskar macht rum wie in den 68er Jusozeiten‹, sagt ein SPD-Genosse in Saarbrücken. Da soll es noch eine Journalistin geben: Sie schrieb in der Lokalzeitung immer nur gut über ihn, sie bekam einen Job in einem Ministerium. Und weil Oskar ja viel rumkommt, soll da auch noch was mit einer Theaterfrau des Ost-Berliner Brecht-Theaters gewesen sein.

›Einmal‹, erzählt jemand, ›flog Oskar mit ein paar Freunden im Privatflugzeug einer Baufirma nach Südfrankreich, in die Ferienvilla eines Bekannten. Es war eine reine Männerrunde, keine Frauen. Denn, da waren die Herren sich einig: ›Wer trägt schon Eulen nach Athen?‹ Es wurde kräftig gefeiert, der Pilot mußte noch einmal nach Saarbrücken zurückfliegen, um für eine Party das kalte Bufett ans Mittelmeer zu bringen . . .‹



Nachdenkliche Blicke – 1988 wurde die Bildhauerin Margret Lafontaine von ihrem Mann geschieden.

Oder die Geschichte mit dem Dienst-Citroen. Als die Saarbrücker Altstadt noch ein Rotlicht-Viertel hatte, rammte Oskar dort mit seinem Citroen zwei parkende Autos, ›versteckte‹ sich in der Bar ›El Greco‹. Dort entdeckte ihn die Polizei, stellte fest: Oskar hatte kräftig getankt – da war sein Führerschein weg.
Diese Woche erschien in der Gewerkschaftszeitschrift ›Der Gewerkschafter‹ ein Comic: Da sieht man den Oskar, wie er einer Frau fröhlich zum Abschied winkt. Auf dem zweiten Bild geht er ebenso fröhlich auf die nächste zu. Darunter steht: ›Wer wird denn weinen, wenn man auseinandergeht, wenn an der nächsten Ecke schon 'ne andere steht . . .‹«

14. Die Sache mit den Zigeunern

Die Kamera zeigt Frauen mit Kopftüchern. Die Tücher sind bunt, die Frauen fremdländisch. Zweistöckige Lagerbetten kommen ins Bild. Mitten auf den Betten türmen sich: Ein alter Kochtopf mit Ravioli-Resten, schmutziges Eßgeschirr, Papiermüll. Kameraschwenk auf einen Kaufhausdetektiv. Der klagt: »90 Prozent der Asylanten hier sind kriminell. Die klauen wie die Raben.« Bilder und Sätze aus dem ZDF-»heute-Journal« vom Juli 1990.

Szenen aus dem Saarstädtchen Lebach. Hat das Fernsehen überzeichnet? War an dem Report vielleicht gar versteckter Fremdenhaß?

Rund 10000 Einwohner hat Lebachs Stadtkern. Rote Ziegeldächer, eine gepflegte Fußgängerzone, Bürgerfleiß.

Und Bürgerangst – schon 2400 Asylanten befinden sich im sogenannten Landesaufnahmelager. Rund 1400 sind Zigeuner aus Rumänien, aus Jugoslawien, der Rest hauptsächlich Spätaussiedler.

Bürgermeister Nikolaus Jung (CDU): »Lebach ist zum Lager geworden – im schlimmsten Sinne des Wortes.«

Das Lager liegt am Ende der Dillinger Straße. Dreistöckige graue Gebäude. Für die 2400 Leute nur 30 Duschen und vier Wannenbäder. Überall sind Müllberge.

BILD-Reporter Dieter Becker: »Vor dem nächsten Park sehe ich Zelte und offenes Feuer. Fünf Männer verstellen mir den Weg. Sie betteln, es klingt fordernd: ›Mark! Mark!‹ Als ich zögere, schlagen sie mit den Fäusten auf mein Auto.

Ins Gespräch komme ich nicht mit ihnen. Hauptkommissar Alfred Schmitt: ›Ihre einzigen deutschen Worte sind Geld, Mark, Zigaretten‹, sagt er.«
Seit dem Zuzug registriert Lebachs Polizei einen steilen Anstieg der Kriminalität: Täglich mindestens 15 Taschendiebstähle, dazu Messerstechereien, sexuelle Übergriffe. Hausfrau Jutta Schneider (36): »Schon dreimal haben sie mich begrabscht. Ich darf's meinem Mann gar nicht erzählen. Der rastet aus.«
Angst vor Einbrechern – die Raiffeisen-Filiale hat allein im Juli 100 Sicherheitsschlösser verkauft.
In der Metzgerei Kunzner liegt griffbereit ein Wasserschlauch. Verkäuferin Christine Fritz: »Damit spritzen wir die Zigeuner naß, wenn sie in Scharen den Zugang zum Geschäft belagern.«
Die BILD-Zeitung weiter: »Was unter zivilisierten Menschen auf Empörung stoßen müßte, bezeichnet Bürgermeister Jung als Notwehr-Maßnahmen. Er sagt: ›Wir haben jetzt Stacheldraht um unser Freibad gezogen. Bisher stiegen die einfach über den Zaun und badeten dann in ihrer Unterwäsche.‹
Am 1. August schlossen ab 13 Uhr sämtliche 200 Einzelhandelsgeschäfte. Protest gegen die Lagerbewohner – und gegen die Landesregierung. Händlersprecher Helmut Feld: ›Dafür habe ich Lafontaine nicht gewählt, daß er die alle ausschließlich in unser Städtchen schaufelt.‹
Was ist das nur für eine Politik, fragt die BILD-Zeitung, die ein Ghetto schafft und so die Ablehnung auf beiden Seiten geradezu provoziert? Warum strömen so viele Zigeuner ins kleine Saarland?
Sozial-Staatssekretär Dr. Richard Dewes (SPD) mußte kleinlaut zugeben: »Meines Wissens sind wir das einzige

Bundesland, das Sozialhilfe an diese Gruppe zahlt.« Verantwortlich für den Irrsinn mit den Zigeunern ist aber Oskar Lafontaine.
Es waren bis dahin 600 Mark monatlich für ein Ehepaar, bei zwei Kindern 1200 Mark. Nach dem Bürgerprotest war das vorbei. Von da an bewilligte Lafontaines Landesregierung zur »Abschreckung« nur noch 50 Mark Taschengeld, dazu kostenlose Verpflegung. Schließlich sah sich Bürgermeister Jung gezwungen, Lafontaines Sozialministerin Brunhilde Peter mit einer Einstweiligen Verfügung zu drohen. Nach mehreren Anfragen, wann endlich Abhilfe in Lebach geschaffen werde, schaltete Jung schließlich das Staatliche Gesundheitsamt in Saarlouis ein. CDU-Fraktionschef im Landtag, Günther Schwarz, hielt Lafontaine entgegen, sich auf polemische Äußerungen zu beschränken und die Augen vor den Realitäten im eigenen Lande zu verschließen. Obwohl der Landesregierung die katastrophalen Bedingungen in den Lagern seit längerem bekannt seien, habe sich Lafontaine um nichts gekümmert.
Bei einer Ortsbesichtigung wurden die Mißstände dann aktenkundig: Mit Dreck und Müll übersäte Flure und Keller, nur bedingt funktionsfähige Toiletten. Essensreste in der Küche, zerstörtes Mobiliar und defekte Türen. Ein Wohntrakt mußte sogar verschlossen werden, weil er nicht mehr bewohnbar war.
Das Lager, eigentlich für 1000 Personen ausgelegt, war überfüllt. 1400 Menschen tummelten sich dort. Acht Personen mußten sich ein 18 Quadratmeter großes Zimmer teilen!
Daß Lafontaines Landesregierung dies alles wußte, ist durch die Äußerungen von Sozialministerin Peter in der

Landtagsdebatte über das Aussiedlerproblem belegt. Dort hatte sie Monate zuvor erklärt: »Daß Lebach überfüllt ist – immer noch überfüllt ist –, gefällt mir auch nicht.«
Was war in Lebach geschehen? Wie kommt es, daß dieses kleine Saarstädtchen zum Tummelplatz für Sinti und Roma aus ganz Europa werden konnte?
Die Antwort kennt eigentlich nur einer: Oskar Lafontaine. Er lockte diese Menschen überhaupt erst ins Saarland, weil er ihnen Bargeld auszahlen ließ – Steuergeld, versteht sich. Dann aber, als er merkte, wie sehr sich der Volkszorn seiner Saarländer gegen die Fremden entlud, machte er das, was er am besten versteht – eine Kehrtwende um 180 Grad. Kein SED-Wendehals hätte es eleganter machen können.
Als 700 Asylbewerber aus der Stadt Lebach vertrieben waren, schrieb das angesehene »Sonntagsblatt«: »Ministerpräsident Lafontaine war offensichtlich erleichtert und sprach von einem ›Erfolg der umfassenden Maßnahmen der Landesregierung‹. Doch den Abzug von mehreren 100 jugoslawischen und rumänischen Sinti und Roma aus dem zentralen Notaufnahmelager im Saarland als Erfolg zu bezeichnen, klang aus dem Munde des SPD-Kanzlerkandidaten, der sich bislang stets für das Grundrecht auf politisches Asyl und eine multikulturelle Gesellschaft stark gemacht hatte, denn doch etwas merkwürdig . . .«
In einem offenen Brief warfen Lebachs Bürger Lafontaine dann auch vor: »Sie haben uns durch Ihre verfehlte Politik Schaden zugefügt.«
Ein Leser schrieb in der »Welt«: »War es Absicht, diese Menge Asylbewerber in einen so kleinen Ort zu brin-

gen, der einen CDU-Bürgermeister hat? Was wäre Lafontaines Reaktion, wenn es unter einem SPD-Bürgermeister zu diesen Exzessen käme?«
Kritik hatte Lafontaine sogar von den Jungsozialisten im Kreis Saarlouis zu hören bekommen. Besonders erstaunlich, wenn man sich daran erinnert, daß Lafontaines Karriere bei eben jenen Jungsozialisten begonnen hatte. Sie hatten ihn 1966 zum Vorsitzenden des Unterbezirks Saarbrücken gewählt. Jetzt forderten die Jusos ihn auf, das Asyl-Verfahrensgesetz gegen die rumänischen Roma rigide durchzusetzen, die die unhaltbare hygienische Situation im Lager selbst verschuldet hätten. Daß die Regierung in dieser Sache untätig bleibe und Polizei, Stadtverwaltung sowie Ausländerbehörden allein lasse, habe offenbar wahltaktische Gründe.
Gisela Lohmüller, ehrenamtliche Flüchtlingsbetreuerin, schrieb über Lebach: »Es ist eine einzige Katastrophe, wie Sie wohl wissen, Herr Lafontaine.«
Der SPD-Landesregierung fielen trotz der massiven Proteste zunächst nur administrative Maßnahmen ein, die die Jungsozialisten noch mehr verärgerten: Verstärkte Polizeipräsenz und erkennungsdienstliche Behandlung sowie eine personelle Aufstockung der Ausländer-Behörde. Der Hintergedanke: Je eher die Asylbewerber erfaßt sind, desto schneller können sie auf andere Bundesländer verteilt werden.
Doch auch in anderen Bundesländern war die Zahl der Asylbewerber sprunghaft angestiegen, das Instrument der Umverteilung wollte nicht so recht greifen. In dieser Situation entschloß sich die SPD-Landesregierung, das zu tun, was sie naserümpfend bei den CDU-regierten süddeutschen Ländern bemäkelt hatte: Sie zahlte die

Sozialhilfe nicht mehr in bar, sondern in Naturalien und als Taschengeld von monatlich 50 Mark aus.
Oskar Lafontaine, der Wendehals-Ministerpräsident, hatte eine Volte geschlagen. Die »Saarbrücker Zeitung« kommentierte: »Lafontaine . . . liegt gut im Trend. Er ist ein Politiker seiner Zeit, der aufnimmt, was ist, was im Dunst von Stammtischen und Emotionen wabert . . .«
Lafontaine und die Asylanten – ein weiteres düsteres Kapitel. Es war im Herbst 1988 bei einer Diskussion. Da fielen Lafontaines folgenschweren Sätze: »Ich habe gewisse Probleme damit, deutschstämmige in der vierten oder fünften Generation . . . hier vorrangig aufzunehmen vor einem Farbigen, dessen Leben existentiell bedroht ist.« Die auf das Grundgesetz gestützte Aufnahmepraxis der Bundesregierung nannte er »überzogene Deutschtümelei«.
Welch ein Satz! Ausgerechnet jener Mann, der Abkömmling aus einer französischen Hugenottenfamilie ist, die einst freundliche Aufnahme in Deutschland fand. Hugenotten, die wegen ihres Glaubens in Frankreich verfolgt und ermordet wurden und nur in Deutschland ihr Leben retten konnten.
»Schwer kann man sich vorstellen, daß ein französischer oder ein polnischer, ein italienischer oder ein ungarischer Politiker so redete, wenn es um Leute seines Volkes ginge«, schrieb die »Frankfurter Allgemeine Zeitung«. »Lafontaine hat einen Mangel an nationaler Solidarität, ein beschädigtes Nationalbewußtsein offenbart.«
Der Publizist Johannes Gross (»Capital«) meinte: »Für jede andere Nation als die deutsche wäre es vollkommen selbstverständlich, daß man die Leute, die zu ei-

nem gehören, daß man die ganz ungeniert bevorzugt gegenüber Leuten, mit denen man erst einmal . . . gar nichts im Sinn hat. Man muß ja noch schließlich, Herr Lafontaine, zwischen Familie und Fremden unterscheiden können. Das muß normal sein können, auch in Deutschland.«

Lafontaine hatte Aussiedler und Asylanten in einen Topf geworfen – und dies sollte ihm quer durch die politischen Lager nur Feindschaft einbringen. SPD-Chef Vogel versuchte, den schlimmsten Flurschaden zu bereinigen, indem er zähneknirschend der Weltpresse mitteilte: »Der Ausdruck übertriebene Volkstümelei gehört in die ›hinterste Vorratskammer‹. Das Grundgesetz mache einen klaren Unterschied zwischen der Asyl-Gewährung und dem Recht Deutschstämmiger auf die deutsche Staatsangehörigkeit.

Dr. Herbert Hupka, Bundesvorsitzender der Landsmannschaft Schlesien, schrieb an die »Welt«: Wer etwa gegen die Einreise von Tamilen oder Pakistanis in gleicher Weise polemisiert hätte, wäre bestimmt der Ausländerfeindlichkeit angeklagt worden. Aber jetzt geht es ja nur um Deutsche, die seit Jahren unter kommunistischen Diktaturen leben mußten, sich nicht ihrer Identität, Deutsche zu sein, bekennen durften, und schon wird nach Drosselung und festzulegenden Quoten für die Einreise gerufen.

Offenbar soll die Bundesregierung den kommunistischen Regierungen dringend nahelegen, die Ausreise der Deutschen wieder so respektiv wie all die Jahre und Jahrzehnte zuvor zu behandeln, mit der Begründung, daß wir Demokraten und Deutsche diese Deutschen nicht aufnehmen können und wollen.

Seit Jahr und Tag fordern wir die Gewährung der Freizügigkeit von den Machthabern in Warschau, Moskau und Bukarest, jetzt wird ein wenig Freizügigkeit gewährt, und schon ist diese Freizügigkeit einigen Sozialdemokraten zuviel.«

Zuviel war es vor allem Oskar Lafontaine – obwohl das Grundgesetz keinen Zweifel zuläßt: Angehörige deutscher Volksgruppen haben ein Recht auf Einbürgerung. Das Grundgesetz gibt den Deutschen auf, die »Einheit und Freiheit Deutschlands« zu vollenden. Das Eintreten für die notleidende eigene Nation hat Vorrang.

Nach dem fatalen Satz von der »Deutschtümelei« meldeten sich Tausende Betroffene zu Wort. Hier einige Stimmen.

Hanns Sch. aus dem Allgäu in der »Welt«: »Nach dem Krieg durften nahezu eine Million Saarländer in freier Meinungsäußerung bestimmen, daß sie Deutsche sein und bleiben wollen. Diesem Umstand verdankt Lafontaine, daß er heute Ministerpräsident dieses Bundeslandes ist. Warum will er dieses Recht einer freien persönlichen Entscheidung – wenn auch unter viel schwierigeren Bedingungen als damals, anderen Volksgruppen nicht einräumen?

Lafontaine spricht von ›Deutschstämmigen in vierter oder fünfter Generation‹. Ich kann als Siebenbürger Sachse nur für die Deutschen meiner Heimat sprechen, aber hier handelte es sich nicht um vier bis fünf Generationen ›Deutschstämmiger‹, sondern um 25 Generationen Deutscher, die sich immer als Deutsche bekannt haben, ein eigenes lebendiges Brauchtum, gewachsene Literatur ihr eigen nennen, und die 850 Jahre lang eine rein mosel-fränkische Mundart bewahrt haben – 2000

Kilometer vom Mutterland entfernt. Unter dem Druck einer kommunistischen Diktatur, die die Schaffung einer ›einheitlichen sozialistischen Nation‹ auf ihre Fahnen geschrieben hat, fassen Sie nun den schweren Entschluß, die einst geliebte Heimat zu verlassen. Sie setzen sich schwersten Bedrängnissen und Demütigungen aus, setzen Jahre und Jahrzehnte daran, um eine Ausreisegenehmigung in die alte Heimat zu erlangen, oder riskieren ihr Leben, um unter dem Kugelhagel der Grenzpolizei die Donau zu durchschwimmen. Meine Schwester hat 32 Jahre auf eine Ausreisegenehmigung warten müssen.
Dies alles ist keine ›Deutschtümelei‹, wie Herr Lafontaine sagt. Es ist das Bedürfnis jedes einzelnen, dem Zwang zur alltäglichen Lüge, der stündlichen Angst vor der allmächtigen Geheimpolizei, den oft menschenunwürdigen Daseinsformen zu entkommen, den Kindern eine lebenswerte Zukunft zu sichern.«
Eine weitere These Lafontaines erregte die Gemüter: »Deutsche, die aus anderen Staaten zu uns in die Bundesrepublik einreisen, dürfen nur dann bevorzugt als Deutsche aufgenommen werden, wenn sie dem Kulturbegriff des Deutschen entsprechen. Voraussetzung sei, daß sie zumindest die deutsche Sprache sprechen und beherrschen . . .«
Welch eine Begriffsverwirrung, welch eine Beleidigung jener Deutschen in den Ostblock-Ländern, die unter schwersten Bedingungen treu zu ihrem Deutschtum standen und dabei ihre Muttersprache allmählich verlernten – nicht zuletzt deshalb, weil ihnen die Fremdenherrscher den Gebrauch ihrer Muttersprache verboten.

Dr. Heinz Peter Volkert vom Landeskuratorium Unteilbares Deutschland: »Von welchem Begriff des Deutschen geht Lafontaine aus, wenn er generationenlanges Bekenntnis zum Deutschtum als ›Deutschtümelei‹ bezeichnet? Die meisten Aussiedler-Familien bekennen sich über wesentlich mehr als über vier bis fünf Generationen zum Deutschtum. In nicht wenigen Fällen sind es sogar über 20 Generationen.
Bei nicht wenigen der heutigen Aussiedler waren es fränkische Vorfahren von Mosel und Rhein, von der Saar, aus der Pfalz, dem Hunsrück und der Eifel, die vor mehr als 700 Jahren nach Ost- und Südost-Europa auswanderten. Immer trieb sie äußerste Not aus der angestammten Heimat. Über Jahrhunderte bekennendes Deutschtum gibt ihnen das unverlierbare Recht, Deutsche zu sein und als solche die Solidarität aller Deutschen zu beanspruchen.
Gerade das Deutschtum dieser Deutschen hat nichts mit einstiger Germanenseligkeit zu tun, von denen übrigens nur die allerwenigsten Deutschen abstammen. Hier geht es ähnlich wie bei den Franzosen nur darum, daß der Deutscher ist, der sich nachweislich zur deutschen Kulturnation bekennt. Oft sind sogar erst in der Fremde aus Franken, Sachsen und Alemannen und anderen deutschen Stämmen ›Deutsche‹ geworden, weil sie in der fremden Umgebung die Gemeinsamkeit des Sprechens, Denkens und Fühlens begriffen. Es hat schon eine gewisse Symbolik, daß offensichtlich gerade an diesen Aussiedlern die heutige Bundesrepublik die Geister scheiden. Was sind wir übrigens, wenn die Deutschen sich nicht mehr als Nation empfinden, angesichts einer Welt von Nationen?«

Im Saarland griffen viele Bürger ihren Landesvater sehr viel handfester an. So schrieb Hilde D. aus Saarbrücken in der »Saarbrücker Zeitung« (30. Oktober 1988): »Unser Ministerpräsident macht einfach einen Eintopf aus Asylanten und stammtischreifem Gebräu. Ja, wie es langnasige Tiere gibt, die Trüffel wittern, so hat Lafontaine einen Riecher für Sensationen, die bei einigen ankommen. Es sind ja unter den Ost-Aussiedlern Nachkommen der ›Banater Schwaben‹ und ›Siebenbürger Sachsen‹, die sich tatsächlich über vier und fünf Generationen bemühten, ihre deutsche Kultur zu bewahren, und deren schöne alte Dörfer zerstört werden.«

Über das Schicksal dieser Deutschen in Rumänien berichtet Joachim Siegerist in seinem Buch »Ceausescu – der rote Vampir«:

»›Klack, klack‹ – die schweren Eisenriegel fallen in die Schlösser des Güterwaggons. Die Dampflok setzt sich langsam in Bewegung. An den Bahnsteigen weinende Kinder und meist alte Menschen. Aus den vergitterten Fenstern der Waggons winkende Hände, flatternde Taschentücher. Es ist kalt, eisigkalt. 13. Januar 1945 auf dem Bahnhof von Hermannstadt in Rumänien. Genau 100000 Rumänen deutscher Abstammung werden nach Rußland transportiert. Ein lautes Pfeifsignal aus der alten Dampflok. Dann hört man es aus den Waggons. Erst leise, zaghaft. Der schneidende Wind verreißt die Töne. Doch jetzt deutlich: ›Deutschland, Deutschland über alles – über alles in der Welt‹. Laut und klar. Ratata, ratata – das Geräusch der Räder auf den Schienen. Die Eingesperrten singen schnell – so, als wenn sie demonstrativ noch auf dem Bahnhof von Herrmannstadt alle drei Strophen der deutschen Nationalhymne hinausschmet-

tern wollen. ›Einigkeit und Recht und Freiheit‹. Die Zurückbleibenden stimmen in die Melodie ein. Ratata, ratata – dann wieder das schrille Pfeifen der Dampflok. Sowjetische und rumänische Soldaten und Milizionäre vertreiben die singenden Deutschen von den Bahnsteigen. Einzelne Rumänen nehmen auf der Straße Deutsche in die Arme, trösten sie. Der 13. Januar 1945 – ein böser Tag im deutsch-rumänischen Verhältnis. Stalin hatte den Befehl ausgegeben, daß genau 100000 rumänische Staatsbürger zu Wiedergutmachungsarbeiten in die Sowjetunion gebracht werden müssen. Bis zum 23. August hatten die Rumänen auf seiten der Deutschen gegen Rußland gekämpft. Dann schwenkte der rumänische König Michael I. auf die Seite des Kreml um. 100000 Rumänen. Männer zwischen 17 und 45 Jahre alt, Frauen zwischen 18 und 30. ›Rumänen‹ wollte Stalin. Aber die rumänische Regierung suchte ausschließlich Deutsche aus. Deutsche, die sich vor gut 800 Jahren in Siebenbürgen um Hermannstadt oder vor mehr als 200 Jahren im Banat um Temesvar angesiedelt hatten – nachdem damalige Herrscher sie um ihr Kommen gebeten hatten. Sie sollten das Land kultivieren. Von Geburt und Paß her waren sie Rumänen, standen loyal zur neuen Heimat. Aber in ihrem Herzen waren sie Deutsche geblieben. Deutsche Schulen, deutsche Lieder, deutsche Universitäten, deutsche Zeitungen – Städte und Dörfer – kein Unterschied zur Heimat der Väter.

Mehr als eine Million Deutsche im ganzen Land. Rumänisch sprachen die meisten so gut wie deutsch. Alles andere als ›Kollaborateure‹ – rumänisch, aber eben auch deutsch. In den Schaufenstern vieler Geschäfte in Her-

mannstadt und Temesvar las ich nach der Revolution 1989/90: ›Liebe Deutsche, bleibt im Land. Wir brauchen euch‹. 1945 brauchte man sie nicht, schickte 100000 Deutsche in Stalins sowjetisches Totenhaus. Fünf Jahre Zwangsarbeit in der Ukraine oder in Sibirien. Nur wenige kamen zurück. In ihre Häuser hatte man Zigeuner einquartiert, die die Dachbalken zersägt und verfeuert hatten. Die Felder verlottert, brach oder unfruchtbar. Ein Hinterzimmerchen im eigenen Haus – das gestand man den zurückgekehrten Deutschen zu, wenn sie Glück hatten. Auch Albert Klein, der spätere evangelische Bischof der Deutschen in Hermannstadt, rollte 1945 mit den Viehwaggons nach Rußland. Sieben Tage dauerte die schreckliche Fahrt, auf der etliche starben. Mitte März 1990 klopfte ich an die Tür des Bischofspalais in Hermannstadt, will dem Bischof den Brief eines Studienfreundes aus Hamburg übergeben. Professor Dr. Erich Ludwig, ein älterer Herr aus Hamburg, mit dem ich mich politisch verbunden fühle, hatte von meiner geplanten Reise nach Rumänien erfahren und einen Brief an seinen Freund ›Butz‹ geschrieben. Erich Ludwig und Albert Klein. Freunde aus Rumänien. Beide waren dort geboren und hatten gemeinsam die Schulbank gedrückt. Eine alte, gebückte Frau öffnet. Die Witwe. Am 16. Januar 1990 hatte Bischof Klein in Hermannstadt noch den deutschen Außenminister empfangen – Hans-Dietrich Genscher. Knapp drei Wochen später ist er tot. ›Er konnte das alles nicht mehr verkraften‹, sagt mir die Bischofswitwe, eine 1912 geborene Stuttgarterin. Ihr Mann wurde in Rußland schwer krank, kam deswegen schon nach einem Jahr Zwangsarbeit zurück. Eine Flucht nach Deutschland lehnte er ab.

›Unsere Vorfahren haben es hier 800 Jahre ausgehalten, dann halten wir es auch noch weiter aus.‹ Von Ceausescu wußte der am 15. Juni 1969 zum Bischof von Hermannstadt eingesetzte Albert Klein damals noch nichts. Aber auch ohne Ceausescu – das Los unter den Kommunisten war schwer. Seine Frau, ausgebildete Lehrerin, durfte nach dem Krieg nicht mehr unterrichten und mußte sich als Magd in der Landwirtschaft durchschlagen. Deutsch – das war verpönt. Deutsche Pfarrer ersetzten die entlassenen deutschen Lehrer, unterrichteten in deutscher Sprache.
Mehr als 800 Jahre hatten die ›Siebenbürger Sachsen‹ und mehr als 250 Jahre die ›Banater Schwaben‹ ihr Deutschtum über die Wirren der Zeit gerettet, hatten bei den ständigen Auseinandersetzungen zwischen Ungarn und Rumänien eine ausgleichende Rolle gespielt – jetzt wollten sie den Kommunisten nicht das opfern, wofür sie seit Generationen gekämpft hatten: ihre deutsche Identität. Lafontaine in Deutschland sprach – auch im Zusammenhang mit den Deutschen in Rumänien – von ›Deutschtümelei‹, erweckte den Eindruck, daß diese Menschen mit Deutschland nichts zu tun hätten. Er sollte sich schämen. Nirgendwo auf der Welt traf ich Deutsche, die in größerer Liebe am Land ihrer Väter hängen als die Deutschen in Rumänien – in Siebenbürgen und im Banat. Nach 1945 schickte man sie nach Rußland, Ceausescu verschacherte sie wie Handelsware. Rund 8000 Mark pro Kopf. Jetzt endlich können diese Menschen das Land verlassen. Ich habe volles Verständnis für jeden Deutschen aus Rumänien, der nach Deutschland zurück möchte. Diese Menschen sind in meinen Augen keine Aussiedler – sie haben einen An-

spruch auf die Bezeichnung ›Heimkehrer‹. Ich kenne nur wenige westdeutsche Abiturienten, die über deutsche Geschichte und Kultur so gut informiert sind wie junge Abiturienten deutscher Abstammung aus Siebenbürgen und dem Banat. Wenn sie aus Rumänien fortgehen, lassen sie viel zurück. Bauernhäuser mit Barockfassaden im Banat, die herrlichen ›Sachsenhäuser‹ in und um Hermannstadt, Möbel von einer Schönheit, die ich nur in Schlössern gesehen habe. An ihren Abschiedsfesten in alten Pfarrhäusern nahm ich teil, habe die Einsamkeit in den Augen der Zurückgebliebenen entdeckt und ihre bewundernden Worte für die ›alte deutsche Heimat‹ gehört, traf Menschen, für die Deutschland mehr ist als nur ein Wort. Menschen, die sich in Deutschland in eine ungewisse Zukunft begeben und nicht nur Materielles zurücklassen. Es mögen 250000 Deutsche sein, die jetzt noch in Rumänien leben. Meine tiefe Sympathie begleitet sie. Wer kommen möchte, den sollten wir mit Freude und Liebe aufnehmen. Diese Menschen, die so vieles für Deutschland gegeben und erlitten haben – diese Menschen verkörpern für mich so etwas wie den besseren Teil unseres Vaterlandes. ›Deutschland, Deutschland über alles‹ – das haben sie beim Abtransport 1945 in den Viehwaggons gesungen. Das war kein Zeichen nationaler Überheblichkeit. Es sollte auch nicht ausdrücken, daß die Deutschen meinen, über jedem anderen Volk zu stehen. Nein – Deutschland, Deutschland über alles – damit wollten diese Menschen ausdrücken, daß sie trotz aller Verfolgung, trotz des bevorstehenden Todes in Sowjetrußland treu zum alten Heimatland stehen. So wie heute.

Und bei uns gibt es Menschen, die die Siebenbürger Sachsen und Banater Schwaben als Deutsche am liebsten nicht anerkennen möchten oder sie aus Unwissenheit mit rumänischen Zigeunern gleichsetzen . . . Ich geniere mich für solche herzlosen und ungebildeten Dummköpfe.«

15. Das fatale Wort – »Deutschtümelei«

Rumänien ist eines der Länder, wo Deutsche jahrhundertelang trotz Unterdrückung und Willkür ihre Identität gesucht haben. Ein anderes Land: die Sowjetunion. Seit 1955 bemüht sich die Bundesrepublik Deutschland, die rund zwei Millionen Deutsche in der UdSSR zurückzuholen. Diese Volksgruppe trifft der Begriff »Deutschtümelei« besonders hart. Ein Zeugnis davon gibt die Schilderung in der »FAZ«. Schreiber ist ein Mann, der heute in Lüneburg lebt.

Die Äußerungen des saarländischen Ministerpräsidenten Lafontaine bezüglich der deutschen Aussiedler aus der Sowjetunion (der Bundeskanzler locke die Rußlanddeutschen in die Bundesrepublik und werde dann mit dem Massenansturm nicht fertig – »Deutschtümelei« [wiederholt] – und schließlich die der Rechtslage des Grundgesetzes völlig widersprechende Gleichstellung von deutschen Aussiedlern und Asylsuchenden) sind geradezu ungeheuerlich. Wahrscheinlich hat Lafontaine noch niemals Gelegenheit gehabt noch wahrgenommen, in einem Gespräch mit Rußlanddeutschen von der seelischen Not und Bedrückung zu erfahren, die vielen dieser Menschen das weitere Verbleiben in den ihnen mit der Zwangsumsiedlung nach 1941 fremd gebliebenen Gebieten unerträglich macht, ein Leben, aus dem sie herauswollen. Als Teilnehmer einer kleinen Studiengruppe, die vor einem Monat die mittelasiatischen Unionsrepubliken Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan mit dem Ziel bereiste, deutsche Gemeinden zu besuchen und ihre Lebensverhältnisse kennenzulernen – von den rund zwei Millionen Rußland-

deutschen leben derzeit etwa die Hälfte in Kasachstan, etwa 110000 in Kirgisistan, der Rest in den Industriegebieten des Urals und Sibiriens, habe ich einen tiefen Einblick gewonnen in die Lage der Rußlanddeutschen in den beiden erstgenannten Unionsrepubliken, in ihre Stimmungen und Gefühle, die von Hoffnung bis zu verzweifelter Aufgabe reichen.

Es mag ein Zufall gewesen sein, daß bei unserem ersten Gespräch im größeren Kreise in Zelinograd (Kasachstan), an dem neben rußlanddeutschen Lehrern, Studenten der deutschen Sprache an der dortigen Universität, Korrespondenten der »Freundschaft« (vom ZK der KP Kasachstans für die sowjetdeutsche Bevölkerung herausgegebene Zeitung in deutscher Sprache) auch Vertreter aus dem örtlichen sowjetischen kulturellen Sektor teilnahmen, der Vorbehalt geäußert wurde: »Ihr lockt die Deutschen von hier fort, bringt sie wochenlang in Sammellagern unter, um sie dann anstelle heimkehrender Gastarbeiter einzusetzen.« Wir haben sofort energisch widersprochen und auf den Standpunkt der Bundesregierung hingewiesen: die Rußlanddeutschen sind ihrer Nationalität nach Deutsche, sie stehen unter dem Schutz unseres Grundgesetzes und können jederzeit in die Bundesrepublik kommen. Nur muß sich ein jeder darüber klar sein, daß er nicht, wie viele leider glauben, in ein Paradies kommt, er vielmehr unter anderen, ihm fremden Lebensverhältnissen ein neues Leben mit allen seinen Schwierigkeiten beginnen muß. Wer hier unter ihn zufriedenstellenden wirtschaftlichen Verhältnissen ein ausreichendes Auskommen gefunden hat, der solle hierbleiben. Der Einsatz als Gastarbeiterersatz sei eine pure Lüge.

Bei unseren weiteren Gesprächen in Alma-Ata (Kasachstan) mit Mitarbeitern der deutschen Redaktion des kasachischen Rundfunks, Studenten des Fachs »Journalistik deutschsprachiger Medien«, Vertretern der Sektion zwischennationaler Beziehungen beim Zentralkomitee von Kasachstan wie auch danach in ähnlicher Zusammensetzung in Frunse (Kirgisistan) und in Einzelinterviews mit sowjetischen Zeitungskorrespondenten haben wir unseren, der Bundesregierung maßgeblichen Standpunkt immer wieder zur Sprache gebracht. Den örtlichen sowjetischen Gesprächspartnern haben wir vorgeschlagen, bei den maßgeblichen Stellen darauf zu dringen, die Gestattung von Besuchsreisen von Rußlanddeutschen in die Bundesrepublik zu erweitern. Dann könne sich der Besucher die Lebensverhältnisse bei uns ansehen und danach entscheiden, ob er ausreisen oder bleiben wolle. Wir haben unseren sowjetischen Gastgebern auch gesagt, wir würden es begrüßen, wenn möglichst viele Rußlanddeutsche im Lande blieben. Als eine Art Brückenfunktion könnten sie wesentlich zur Verbesserung der Beziehungen zwischen unseren beiden Völkern dienen. Dann müßten allerdings ihre Lebensverhältnisse, vor allem auch auf kulturellem Gebiet (Schulwesen, Erlaubnis zur Bildung von Vereinen und ähnliches) verbessert werden. Besonders eindrucksvoll waren nach der Teilnahme an einem Gottesdienst der evangelischen Gemeinde in Alma-Ata die anschließenden Gespräche mit den Gottesdienstbesuchern, die immer wieder in die uns bedrückende Frage einmündeten: »Was sollen wir tun – ausreisen oder hierbleiben?«

Bleibt die Frage: Wie steht es mit dem Weiterbestand des rußlanddeutschen Volkstums überhaupt? Nach mei-

ner auf Gesprächen mit Rußlanddeutschen und einsichtigen Sowjetrussen beruhenden Überzeugung ist ein Weiterbestehen nur durch Schaffung eines geschlossenen Siedlungsgebietes, das heißt durch Wiederbegründung der wolgadeutschen Sowjetrepublik, möglich. Zwei von rußlanddeutscher Seite zum Obersten Sowjet in Moskau entsandte Delegationen sind ohne Erfolg zurückgekehrt, vom Ergebnis einer dritten, Anfang Oktober dieses Jahres entsandten Delegation ist bislang nichts zu hören. Hoffnungen auf Wiederherstellung der bis 1941 bestandenen autonomen deutschen Wolgarepublik hat Gorbatschow Kohl gegenüber nicht gemacht.
Der Erhalt jeglichen Volkstums in fremder Umgebung ist von dem Gebrauch seiner Sprache abhängig. Dort, wo in Familien mit beiden die deutsche Sprache noch beherrschenden Elternteilen die Kinder – von den Enkelkindern ganz zu schweigen – nicht mehr Deutsch sprechen, die Eltern sich also gegenüber ihren Kindern der russischen Sprache bedienen müssen, diese damit praktisch zur Familiensprache wird, unter diesen Verhältnissen geht die deutsche Sprache unter. Diese Feststellung, die ich nach einem abendlichen Zusammensein bei zwei der Intelligenzschicht zuzuordnenden Familien Rußlanddeutscher machen mußte – und dies sind nur zwei Beispiele von unzähligen –, hat mir jegliche Hoffnung auf den Erhalt des mehr oder minder zerstreut angesiedelten rußlanddeutschen Volkstums genommen.
Gewiß ist es anzuerkennen, daß die jetzige sowjetische Regierung sich allmählich um Verbesserungen auf kulturellem Gebiet für die »Sowjetbürger deutscher Nationalität« bemüht. Diese Bemühungen kommen jedoch zu

spät. Siebenundvierzig Jahre währende, wenn auch nach und nach sich lockernde Bedrückung hat es nach meiner Überzeugung bewirkt, daß das einstmals vorhanden gewesene nationale Selbstbewußtsein und Selbstwertgefühl bei den Deutschen in der Sowjetunion praktisch erloschen ist. Diese Kräfte sind aber notwendig, damit die deutsche Minderheit ihre nationale Identität überhaupt bewahren kann.
Diese Schilderungen zeigen, wie sensibel, wie verwundbar jene Menschen sind, die an Deutschland hängen und doch nicht hindürfen. Und jene, die ganz unmittelbar mit »den anderen Deutschen« zu tun haben, sind in ihrer Kritik am direktesten. Geben wir das Wort noch einmal Gisela Lohmüller, der ehrenamtlichen Flüchtlingsbetreuerin und Mitglied im Arbeitskreis »Asyl«:
»Herr Lafontaine hat sein wahres Gesicht gezeigt! Kaltschnäuziger kann es wohl niemand sagen. Als ich seine Ausführungen las, dachte ich, das kann doch wohl nicht wahr sein! Seit Jahren haben Politiker aller Couleur bei ihren Reisen in den Ostblock, auch Herr Lafontaine, sich um die Ausreise unserer deutschstämmigen Landsmänner dort bemüht. Immer war die Rede von unseren Brüdern und Schwestern, die in Freiheit bestimmen sollen, wo sie leben wollen. Jetzt, da im Zuge von Glasnost und Perestroika die Menschen ausreisen dürfen, war es nur noch Herr Kohl, der darum gebeten hat . . . Was ist das für eine Moral, Herr Lafontaine?
Haben Sie schon einmal persönlich mit den Menschen gesprochen, die zu uns kommen, über ihre Motive, auch wenn sie materieller Art sind?«
Bundeskanzler Helmut Kohl selbst kritisierte in scharfer Form Lafontaines Äußerungen von der »übertriebe-

nen Deutschtümelei«: »Wie weit die SPD heruntergekommen ist, kann man an den Äußerungen Lafontaines erkennen«, sagte er auf dem Landesparteitag der hessischen Christdemokraten in Frankfurt. »Für einen Mann wie Kurt Schumacher wäre das ekelerregend gewesen. Wir wären ein verkommenes Volk, wenn nicht die notwendigen Entscheidungen zur Aufnahme der deutschen Aussiedler getroffen würden.« Er, Kohl, sei dazu fest entschlossen. Man müsse sich ja schämen vor der Leistung der älteren Generation im Nachkriegs-Deutschland, wenn man jetzt sage, man könne »die paar hunderttausend« Deutschen nicht bei uns aufnehmen. »Ich rate im übrigen: Bevor jemand seinen Seich an Stammtischen abläßt, sich einmal mit einer Aussiedler-Familie zusammenzusetzen und sich deren Schicksal anzuhören.«

Der Kritik Kohls schlossen sich Sprecher fast aller politischen Strömungen an:

»Lafontaine sollte sich lieber für ein europäisches Asylrecht im Geist der deutschen Verfassung einsetzen« (Willi Sturm, IG-Metall-Vorstandsmitglied).

Bundesjustizminister Hans Engelhardt (FDP) wies auf die im Grundgesetz verankerten Gesetze von deutschstämmigen Aussiedlern auf der einen und asylsuchenden Ausländern auf der anderen Seite hin. »Beide Personengruppen haben einen Anspruch darauf, in der Bundesrepublik aufgenommen zu werden.« Er nannte es einen »schlimmen Tatbestand«, daß in der gegenwärtigen Diskussion diese beiden Tatsachen miteinander verkoppelt und gegeneinander ausgespielt würden.

Eduard Lindner (CSU): »Lafontaine betreibt billigen Populismus ohne Rücksicht auf die Wehrlosigkeit der

Betroffenen.« Mit dem Begriff »Deutschtümelei« beschimpfe er alle, die bei der Integration der Aussiedler nachbarschaftliche Hilfe leisteten. Darüber hinaus mißachte Lafontaine die Verfassung, wenn er Aussiedler und Asylbewerber zueinander in Beziehung setze.
Der FDP-Vorsitzende Otto Graf Lambsdorff warf Lafontaine vor, mit seinen »unglaublichen Äußerungen« zur Aussiedlerpolitik eine falsche Alternative zwischen Asylanten und Aussiedlern erfunden zu haben. Die Unterscheidung sei »demagogisch und geeignet, Ressentiments gegen Aussiedler und Asylbewerber« zu stärken.
Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« kommentierte: »Die SPD könnte sich, trotz Lafontaine, darauf besinnen, daß auch für sie das Heimkehren von Deutschen, die über Generationen in der Fremde lebten, denen es aber nach dem letzten Krieg dort unerträglich wurde, den Vorrang hat vor der Aufnahme von Fremden, unter denen etliche sind, die an das bessere Leben denken und von politischer Verfolgung nur reden. Der SPD-Vorsitzende Vogel ist von Lafontaine abgerückt.«
Das Wort von der »Deutschtümelei« – ein Bumerang, der Lafontaine fast niederschlug.

16. SPD und die Wiedervereinigung

Die Partei des Kanzlerkandidaten Lafontaine und ihre schändliche Deutschlandpolitik – eine entlarvende Dokumentation

Wiedervereinigung

1. Die Ablehnung der Einheit

Egon Bahr fordert, »(. . .) man sollte aufhören, im Sinne der Staatlichkeit über die deutsche Einheit zu reden. Es gehe nicht um die Einheit, sondern die Gemeinsamkeiten der beiden deutschen Staaten«. (Egon Bahr, »Süddeutsche Zeitung« vom 2. 10. 1989.)

»Das muß man nicht nur wissen, sondern man muß es auch sagen und wollen. (. . .) In der Teilung gibt es deutsche Chancen. Es gibt keine Chance, die beiden deutschen Staaten zusammenzuführen.« »Die alte deutsche Frage liegt hinter uns wie die alte Geschichte der europäischen Nationalstaaten.« (Egon Bahr, »Nachdenken über das eigene Land«, Rede in den Münchener Kammerspielen am 27. 11. 1988.)

Die Lösung der deutschen Frage liegt »eher in der Zweistaatlichkeit«. (Norbert Gansel, Deutschlandfunk vom 24. 9. 1989.)

»Wir dürfen die europäische Nachkriegsordnung nicht in Frage stellen und müssen weiterhin von der Zweistaatlichkeit Deutschlands und auch von der Angehörigkeit zu verschiedenen Militärblöcken ausgehen.« (Walter Momper in einem Interview mit der »taz« am 30. 8. 1989.)

»Wir gehen bei unserer Kritik weiterhin von der Zweistaatlichkeit aus.« (Walter Momper, Regierungserklärung vom 12. 10. 1989.)

2. Die Diffamierung der Wiedervereinigungspolitik

Für Egon Bahr ist – wie er formuliert – die »Fortsetzung der öffentlichen Sonntagsrednerei, wonach die Wiedervereinigung vordringlichste Aufgabe deutscher Politik bleibt (. . .)« »objektiv und subjektiv Lüge«, »Heuchelei« und »politische Umweltverschmutzung«. (Egon Bahr, »Nachdenken über das eigene Land«, Rede in den Münchener Kammerspielen am 27. 11. 1988.)

»Wer dabei die deutsche Frage aufwirft, stört Europa. Die Deutschen dürfen kein Störenfried mehr sein.« (Egon Bahr, »Nachdenken über das eigene Land«, Rede in den Münchener Kammerspielen am 27. 11. 1988.)

Die Wiedervereinigung als realistisches Ziel darzustellen, sei »reaktionär und hochgradig« gefährlich. (Gerhard Schröder, »Hannoversche Allgemeine Zeitung« vom 27. 9. 1989.)

»Strikt gegen jede Wiedervereinigungs-Rhetorik« (Walter Momper, »Neue Presse« Hannover vom 29. 8. 1989.)

Auch Oppositionsführer Hans-Jochen Vogel sprach sich für eine »Ablehnung des leichtfertigen und illusionären Wiedervereinigungsgeredes« aus. (Hans-Jochen Vogel, Bericht vor der Fraktion, Die SPD im Bundestag vom 3. 10. 1989.)

Die Wiedervereinigung ist die »Lebenslüge der zweiten deutschen Republik«. (Willy Brandt in einer Rede am 14. 9. 1988, »Frankfurter Rundschau« vom 15. 9. 1988.)

3. Die Programmatik der SPD

In ihrem Bremer Entwurf für ein neues Grundsatzprogramm taucht die Wiedervereinigung nicht mehr auf. Im Godesberger Programm hieß es noch: »Erst in einem

wiedervereinigten Deutschland wird das ganze Volk in freier Selbstbestimmung Inhalt und Form von Staat und Gesellschaft gestalten können.«
»Eine europäische Friedensordnung wird es (. . .) nur mit zwei gleichberechtigten (. . .) Staaten geben können, die ihre Existenz nicht gegenseitig in Frage stellen.« (Berliner Koalitionspapier von SPD und Grünen.)
»Die Wiederherstellung der staatlichen Einheit Deutschlands muß als Ziel aufgegeben werden.« (Leitantrag des »Frankfurter Kreises« der SPD: »Für eine neue Friedens- und Sicherheitspolitik der SPD« an den Bundestag, Oer-Erkenschwick/Bonn, 16./17.2.1986, S.10.)

4. Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes

»Die Präambel zu unserem Grundgesetz ist mit ihrer Forderung nach deutscher Wiedervereinigung nicht mehr realistisch und sollte geändert werden.« (Klaus Bölling, »Express«, 21.5.1985.)
»Es gibt, wir müssen uns das endlich eingestehen, nichts wiederzuvereinigen.« (Klaus Bölling, »Tutzinger Materialien«, Nr. 23/1985, S.10.)
Das Wiedervereinigungsgebot des Grundgesetzes trage »einen imperialistischen Charakter in sich«. (Richard Nosper, Bürgermeister von Saarlouis und enger Mitarbeiter Oskar Lafontaines, »Bundesrepublik Deutschland – Vaterland«, Festvortrag anläßlich eines Volkshochschuljubiläums, 1.10.1987.)

5. Kritische Stimmen aus der SPD

»Wer Selbstbestimmung auch den Deutschen zugesteht, müßte die Einheit nahezu als selbstverständlich einrech-

nen (. . .).« Die Linke habe sich »immer schwer getan, die großen Wechselfälle der Geschichte zu begreifen, die sozialen und seelischen Bruchstellen im Leben der Völker und Menschen auszuloten«. (Dr. Brigitte Seebacher-Brandt, »FAZ« vom 21. 11. 1989.)
Die deutsche Linke befindet sich in der Gefahr, einen historischen Fehler zu machen. Vergleichbar nur der Ablehnung der radikalen marktwirtschaftlichen Reformen Ludwig Erhards nach 1948 und der Westintegration der Bundesrepublik nach Beginn des kalten Krieges 1949. (. . .) Heute geht es um ihre unklare Haltung zur staatlichen Einheit der beiden deutschen Staaten. »Ob wir die Einheit in einem Staat selber wollen, (. . .) wird bewußt nicht gesagt.« Die SPD verfolge damit eine »Politik der Ausklammerung einer Wiedervereinigung als politisches Ziel«. »Wer Politik für Deutschland machen will, muß erkennen: Die Teilung bleibt widernatürlich. Und wer die Chance bekommt, über Widernatürliches zu bestimmen, wird das Natürliche wiederherstellen. Selbstbestimmung und Vereinigung der beiden deutschen Staaten sind eben nur zwei Worte für eine Sache. (Klaus von Dohnanyi im »Stern« vom 16. 11. 1989.)
Friedhelm Farthmann kann es überhaupt nicht verstehen, daß die SPD im Augenblick den Eindruck erweckt, »Reichsbedenkenträger gegen die Wiedervereinigung« zu sein. Es dürfe keinen Zweifel daran geben, daß jeder Schritt begrüßt werde, den sich die beiden deutschen Staaten näherkämen. Bedenken aus den Reihen seiner eigenen Partei würden einerseits aus einem »miesen und kleinlichen Egoismus« gespeist. Zum anderen werde die Meinung geäußert, die DDR müsse als »Musterregion des echten Sozialismus« erhalten bleiben.

(DDP 075 vom 7.11.1989: »Farthmann kritisiert SPD-Diskussion zur DDR«.)

Staatsbürgerschaft

»Wenn man tatsächlich einen normalen Reiseverkehr will, dann wird man irgendwann in der Frage der Staatsbürgerschaft so entscheiden müssen, daß man eben die Staatsbürgerschaft anerkennt.« (Oskar Lafontaine, »FAZ« vom 15.11.1985.)
»Die SPD bleibt bei der bisherigen Position, die DDR-Staatsbürgerschaft zu respektieren.« (Oskar Lafontaine in »Bild am Sonntag« vom 24.9.1989.)
Lafontaine hat zudem in einer namentlichen Abstimmung im Saarländischen Landtag einen von der FDP eingebrachten Antrag mit abgelehnt, in dem es heißt: »Deshalb bekennt sich der Saarländische Landtag ausdrücklich zu der im Grundgesetz verankerten einheitlichen Staatsbürgerschaft.« (Vgl. »FAZ« vom 21.11.1989.)
Richard Nosper, Oberbürgermeister von Saarlouis und Vertrauter von Oskar Lafontaine, verlangt, »die Deutsche Demokratische Republik ohne Wenn und Aber als einen Staat mit Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern ... anzuerkennen.« (»Bundesrepublik Deutschland – Vaterland«, Festvortrag anläßlich eines Volkshochschuljubiläums, 1.10.1987.)
»Die Anerkennung der Staatsbürgerschaft mit allen Konsequenzen.« (Erhart Körting, SPD-Mitglied im Berliner Abgeordnetenhaus, Presseerklärung über Ansatzpunkte für eine neue DDR-Politik, 31.1.1989.)
»Für die Jusos ist die DDR Ausland.« (Der stellvertre-

tende Sprecher des Juso-Landesverbandes in Baden-Württemberg, Lange, laut »FAZ« vom 29.8.1989.)
»Das Volk der DDR will Demokratie und Selbstbestimmung und eine soziale Gesellschaftsordnung.« »Jetzt ist die Stunde, in der das Volk der DDR selbst bestimmen will.« (Walter Momper in der Debatte zur »Lage der Nation« am 8.11.1989.)
»Die historische Chance der Freiheit (. . .) kann nur dann genutzt werden, wenn wir auf die chancenlose Vereinigung verzichten, wenn wir den anderen deutschen Staat akzeptieren (. . .).« (Norbert Gansel, »Wandel durch Annäherung – Wandel durch Abstand«, »Frankfurter Rundschau« vom 13.9.1989.)
Der SPD-Fraktionsvorstand machte sich am 23. September 1985 auf seiner Sitzung in Berlin eine Entschließung der SPD-Fraktionsvorsitzenden des Bundes und der Länder zu eigen, in der es unter anderem heißt: »Aus der wechselseitigen Anerkennung der Existenz zweier deutscher Staaten ergeben sich Folgerungen für die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft.« (Zitiert nach dpa, 23.9.1985.)
Auch die SPD Schleswig-Holsteins setzt sich offen für die »Akzeptanz der Staatlichkeit der DDR durch alle Verfassungsorgane der Bundesrepublik« ein. (Resolution des Landesausschusses der SPD Schleswig-Holsteins zur Standortbestimmung sozialdemokratischer Deutschlandpolitik, in SPD-Pressedienst, 21.1.1986.)

Verhältnis SPD – SED

»Sie (die SPD) glorifiziert regelrecht die Taktik der SED, nach außen auf Frieden zu machen, um im Lande nichts verändern zu müssen.«

»Die haben wohl vergessen, was mit ihnen früher hier passiert ist.« »Als gäbe es nicht schon genug Papiere, die uns die Beine wegschlagen, nun also auch noch ein SED-SPD-Papier. (. . .) Der SED-Ideologe Reinhold, dieser clevere Frosch und Intimus von Kurt Hager, hat die Brüder von der SPD mal wieder gehörig übern Tisch gezogen.« (Freya Klier, Theaterregisseurin aus der DDR, die 1988 ausgebürgert wurde, in ihrem Buch »Abreiß-Kalender«.)
Norbert Gansel stellt heute fest, daß die SED das gemeinsame Papier mit der SPD nur »zum Ausweis ihrer Liberalisierung nach außen und im Innern als ein Element der Legitimierung durch die Sozialdemokratie nutzen wollte.
Gansel fordert einen »Wandel durch Abstand«. »Dazu muß Abstand von den Reformgegnern in der DDR gehalten werden.« (Norbert Gansel, »Wandel durch Annäherung – Wandel durch Abstand«, »Frankfurter Rundschau« vom 13.9.1989.)
»Die Zeit der falschen Rücksichtnahme ist vorbei.« »Es gibt eigentlich keine Legitimation mehr für uns, mit Honecker, Krenz u.a. freundschaftliche Beziehungen zu halten.« (Dr. Erhart Körting, »Ansatzpunkte für eine neue DDR-Politik«, Diskussionspapier vom August 1989.)
Und auch Willy Brandt gibt zu, daß er die Vereinbarungen mit der SED heute nicht mehr unterschreiben würde. (Vgl. »Le Monde«, 19.9.1989.)
»Fototermine mit den Betonköpfen der SED sind Bärendienste für den inneren Wandel in der DDR.« (Norbert Gansel, »Wandel durch Annäherung – Wandel durch Abstand«, »Frankfurter Rundschau« vom 13.9.1989.)

Gerhard Schröder nach einer Ost-Berlin-Reise im Herbst 1985 über Erich Honecker: »Das ist ein zutiefst redlicher Mann.« (»Vorwärts« vom 21.12.1985.)
»Ich empfinde für Herrmann Axen freundschaftliche Gefühle. (. . .) Ich weiß, daß er ein sehr sensibler, feinfühliger Mensch ist (. . .).« (Egon Bahr in einem Interview mit dem »Flensburger Tageblatt«, 25.11.1989).

Widersprüche zur SDP

»Mit Parteigründungen durch kleine Gruppen kann in der DDR jetzt gar nichts bewegt werden. Wichtig ist, daß sich der Reformdruck in der Bevölkerung und in Teilen der SED endlich in der Spitze der Staatspartei durchsetzt. Denn die SED hat in der DDR tatsächlich die Macht und wird sie in absehbarer Zeit behalten.« (Walter Momper im Interview mit der »taz« am 30.8.1989, angesprochen auf die Gründung einer sozialdemokratischen Partei in der DDR, die dann knapp einen Monat später erfolgte.)
Egon Bahr betonte bei der Gründung der SPD, daß keine Kontakte zwischen SPD und SDP bestünden, und begründete dies damit, daß die SPD sich »mit großer Sorgfalt« daran halte, in anderen Ländern »nicht konspirativ tätig« zu werden. (DDP-Meldung vom 9.10.1989.)
Auch in der Frage der Wiedervereinigung werden Widersprüche zwischen SDP und SPD deutlich:
»Für die Zukunft müssen Möglichkeiten geprüft werden, wie man zu einer Einheit kommen könnte.« (Angelika Barbe, SDP, im »Stern« vom 16.11.1989.)
Eine »schweigende Mehrheit« sei für die Wiedervereini-

gung. (Konrad Elmer, SDP-Vorstandsmitglied, »Die Welt« vom 13.11.1989.)
Hierzu Walter Momper: In der DDR »rede kein Mensch von der Wiedervereinigung«. (»FAZ« vom 23.10.1989.)

Aus- und Übersiedler

Die massenhafte Ausreise von DDR-Bürgern sei eine »Gefährdung des Entspannungsprozesses«. (Egon Bahr beim 2. »Friedenssymposium« der Partnerstädte Hamburg und Dresden, nach der »Welt« vom 22.8.1989.)
»Ist es richtig, daß wir allen Bürgern der DDR, allen Bürgern Polens, die deutscher Abstammung sind, oder den anderen, die in der Sowjetunion, Rumänien und anderen Staaten Osteuropas leben – daß wir all denen den Zugriff auf die sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik einräumen?« »Ich meine, die Antwort ist historisch gewachsen und die wir bisher gegeben haben, ist nicht mehr aufrechtzuerhalten.« (Oskar Lafontaine in einem Interview mit der »Süddeutschen Zeitung«, 25.11.1989.)
Oskar Lafontaine sagte, er habe »gewisse Probleme damit, Deutschstämmige in der vierten und fünften Generation hier vorrangig aufzunehmen vor einem Farbigen, dessen Leben existentiell bedroht ist«. (»FAZ« vom 27.10.1988.)
Peter Conradi, MdB, warf der Bundesregierung vor, sie vertrete eine »deutschtümelnde Heim-ins-Reich-Haltung«. (»FAZ« vom 25.10.1989.)
Der nordrhein-westfälische Arbeitsminister Hermann Heinemann warnte vor einer »Verhätschelung« der

Flüchtlinge aus der DDR, die irgendwann bei der einheimischen Bevölkerung »böses Blut machen« werde. Übersiedlern würden Arbeitsplätze »auf dem goldenen Tablett« serviert. (»FAZ« vom 20.10.1989.)

»Der Übersiedlungsstrom muß gesetzlich und faktisch erschwert werden. De facto locken wir heute DDR-Bürgerinnen und -Bürger zu uns.« »Die Erschwerung der Aufnahme einzelner in der Bundesrepublik bedeutet Erleichterung für Millionen.« (Dr. Erhart Körting, »Ansatzpunkte für eine neue Deutschlandpolitik«, Diskussionspapier vom August 1989.)

»Ich bin keineswegs beeindruckt von den Bildern der jungen Leute, die jetzt aus der DDR kommen. Das sind dieselben angepaßten Aufsteiger, die wir schon hier zu Tausenden haben und die uns noch viel Kummer machen werden.« (Pfarrer Heinrich Albertz, »FAZ« vom 20.10.1989.)

17. Wendehälse

Die Partei des Kanzlerkandidaten Lafontaine – eine Wendehals-Partei, eine Partei gegen die Wiedervereinigung

Hier Dokumente der beispiellosen Kampagne der SPD gegen die deutsche Einheit und die Verbrüderung der SPD mit der SED.

»Laßt uns um alles in der Welt aufhören, von der Einheit zu träumen oder zu schwätzen.« (Egon Bahr, Mitglied des SPD-Präsidiums, 1. Oktober 1989.)

Die SPD in der Bundesrepublik Deutschland gibt heute vor, für die deutsche Einheit zu sein. Sie präsentiert Willy Brandt als einen Mann, der wie die SPD insgesamt schon immer die Einheit der Deutschen vertreten habe.

Dies ist eine Legendenbildung! Die SPD hat noch bis vor kurzem, sogar noch nach der Öffnung der Mauer, die Wiedervereinigung zur Illusion erklärt und sogar abgelehnt. Die SPD-Politik »hat sich in den zurückliegenden Jahren an einer dauerhaften deutschen Zweistaatlichkeit orientiert«. (Hermann Scheer, SPD-Abgeordneter im Deutschen Bundestag, Sozialdemokratischer Pressedienst, 11. Oktober 1989.)

Statt die deutsche Einheit anzustreben, hat sich die SPD mit den SED-Diktatoren verbrüdert und gemeinsame Ideologiepapiere erarbeitet. Darin hat sie ihren SED-Genossen bescheinigt, daß die Diktatur in der DDR noch lange fortdauern und ihre Abschaffung nicht anzustreben sei. Kontakte mit Oppositionellen in der DDR hat sie vermieden. Die SPD hat eine Politik der Anbiederung betrieben.

Mit ihrer Forderung nach Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft hat die SPD sogar versucht, die Deutschen in der DDR zu Ausländern zu machen. Sie hat auch tatkräftig daran mitgewirkt, daß DDR-Gewaltakte, Folterungen und Mauermorde nicht mehr registriert, sondern verschleiert werden sollten. Die SPD hat die Deutschen in der DDR im Stich gelassen.
Die Dokumente der Verbrüderung der SPD mit der SED sprechen für sich.
Walter Momper, SPD-Bürgermeister von Berlin, hat gesagt: »Es gibt unter den Politikern dort auch Wendehälse – das ist, wie wir wissen, kein DDR-typisches Phänomen . . .« (Rede im Deutschen Bundestag, 16. November 1989.)
Er hat recht damit. Die Wendehälse finden sich nicht nur in der SED in der DDR, sondern auch in der SPD.
Schlimm ist nicht nur, daß die SPD eine abrupte 180-Grad-Wende in der Deutschlandpolitik vollziehen mußte. Schlimmer ist vielmehr, daß sie den Menschen in der DDR die friedliche Revolution gar nicht zugetraut und ein verbrecherisches Regime stabilisiert hat. Und noch schlimmer ist, daß der SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine bis zur Einheit gegen DDR-Bürger Stimmung machte und so den Spaltpilz unter die Deutschen trug.
Die plötzliche SPD-Wende nach der Wende in der DDR wirft die Frage auf: Wie zuverlässig ist die SPD? Ist sie wirklich für die deutsche Einheit, oder ist sie nur dafür, weil dagegen sein zwecklos ist?



Lafontaine und Berlins Bürgermeister Walter Momper stellen sich gerne gemeinsam zur Schau. Hier im Motorradmuseum in Wadgassen.

Bis zur Maueröffnung . . .

Heute versucht sich die SPD als Partei der deutschen Einheit zu präsentieren. Noch bis vor kurzem vertrat sie das genaue Gegenteil. Hier einige Beispiele, wie sich die SPD zur Wiedervereinigung äußerte:
»Die vom Parteivorstand und der Bundestagsfraktion bekräftigten Positionen, nämlich . . . Ablehnung des leichtfertigen und illusionären Wiedervereinigungsgeredes, finden auch außerhalb der SPD mehr und mehr Zustimmung.« (SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender H.-J. Vogel, Bericht vor der Fraktion, 3. Oktober 1989.)
»Laßt uns um alles in der Welt aufhören, von der Einheit zu träumen oder zu schwätzen.« (Egon Bahr, Mitglied des SPD-Präsidiums, »Bild am Sonntag«, 1. Oktober 1989.)
»In der Teilung gibt es deutsche Chancen. Es gibt keine Chance, die deutschen Staaten zusammenzuführen. . . . Klein, schwach und unwichtig sind die Deutschen geworden.« (Egon Bahr, Rede »Nachdenken über das eigene Land«, »Frankfurter Rundschau«, 13. Dezember 1988.)

. . . gegen die Wiedervereinigung

». . . aber unerträglich für die Glaubwürdigkeit unserer Republik . . . wäre die Fortsetzung öffentlicher Sonntagsrederei, wonach die Wiedervereinigung vordringlichste Aufgabe deutscher Politik bleibt. Das ist objektiv und subjektiv Lüge, Heuchelei, die uns und andere vergiftet, politische Umweltverschmutzung.« (Egon Bahr, Rede »Nachdenken über das eigene Land«, »Frankfurter Rundschau«, 13. Dezember 1988.)



Vogel und Lafontaine. Immer wieder mußte der Parteivorsitzende den ungestümen »Senkrechtstarter« bremsen, dessen Fehler geradebügeln.

»Es ist auch eine Chance für Europa, wenn es zwei deutsche Staaten gibt . . .« (Walter Momper, SPD-Bürgermeister von Berlin, »tageszeitung«, 6. Oktober 1989.)
»Eine europäische Friedensordnung wird es . . . nur mit zwei gleichberechtigten . . . deutschen Staaten geben können, die ihre Existenz nicht gegenseitig in Frage stellen.« (Koalitionspapier der Berliner SPD, 6. März 1989.)
Zum Wiedervereinigungsartikel (Art. 7) des Deutschlandvertrages:
»Historisch überholt« (Hans Büchler, SPD-Obmann im Innerdeutschen Ausschuß des Deutschen Bundestages, »Welt«, 27. Mai 1987.)

Gegen die deutsche Einheit . . .

Die Ablehnung der deutschen Einheit durchzog die ganze SPD. Hier einige Beispiele aus den SPD-Landesverbänden:
»Eine auf Wiedervereinigung gerichtete Politik ist reaktionär und hochgradig gefährlich.« (Gerhard Schröder, SPD-Fraktionschef in Niedersachsen, »Hannoversche Allgemeine Zeitung«, 27. September 1989.)
»Heute kann die stereotype Wiederholung der Formel von der Wiedervereinigung außer ein paar Rückwärtsgewandte niemand mehr befriedigen.« (Rudi Schöfberger, Vorsitzender der SPD Bayern, Sozialdemokratischer Pressedienst, 3. November 1989.)
Der Vorsitzende der SPD Südbayern, Peter Glotz, meinte, der Gebrauch des Wortes »Wiedervereinigung« sei »opportunistisch und widerwärtig«. (»Welt«, 23. Oktober 1989.)

Gerd Walter, Vorsitzender der SPD Schleswig-Holstein, spricht von einer »platten und politisch gefährlichen Wiedervereinigungsrhetorik«. (Politisch-Parlamentarischer Pressedienst, 30. Oktober 1989.)
Der SPD-Ministerpräsident von Schleswig-Holstein, Björn Engholm, kritisierte noch Ende Oktober 1989, daß sich »keiner hinstellt und zur Wiedervereinigung etwas sagt, das geht nicht«. (»Stern«, 7. Dezember 1989.)

. . . auch nach der Maueröffnung

Auch nach der Maueröffnung lehnen wichtige Teile der SPD die Wiedervereinigung nach wie vor ab und agitieren hinter den Kulissen gegen die deutsche Einheit. Die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« berichtet z.B. am 9. Februar 1990:
»Berlins Regierender Bürgermeister Momper lehnt eine Wiedervereinigung Deutschlands ab. Dies hat Momper in einem Gespräch im kleinen Kreis mit dem französischen Landwirtschaftsminister Nallet in Berlin dargelegt. . . «

SPD-Farthmann tief enttäuscht über „junge Genossen"

Die richtige Lösung liege in einer Demokratisierung der DDR unter Beibehaltung ihrer Eigenstaatlichkeit. . .«
Die »Rheinische Post« schreibt am gleichen Tag: »Der Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen, Friedhelm Farthmann, hat in einem Gespräch mit der ›Rheinischen Post‹ erklärt, er wolle nicht verhehlen, daß er traurig und schockiert darüber sei, daß viele seiner jüngeren Parteifreunde so kühl und

distanziert gegenüber dem deutschen Einigungsprozeß blieben.«
Und die »Welt« meldete am 8. Februar 1990: »Als ›teilweise quälend und hart‹ bezeichnet der SPD-Bundestagsabgeordnete Dietrich Stobbe die innerparteiliche Diskussion der Sozialdemokraten über das Thema deutsche Einheit. ›. . . (Es), gibt Ecken in der Partei, wo diese Diskussion eben noch nicht abgeschlossen ist‹ . . .«

Anti-Übersiedler-Kampagne . . .

Da die offene Stellungnahme gegen die deutsche Einheit jetzt nicht mehr populär ist, scheint die SPD gegen das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen mobilisieren zu wollen. SPD-Kandidat Oskar Lafontaine fordert, man solle den Deutschen im Osten »nicht den Zugriff auf die sozialen Sicherungssysteme der Bundesrepublik einräumen«. (»Welt«, 27. November 1989.)
Er will offenbar den Eindruck erwecken, die Übersiedler wollten hier nur »zugreifen« und seien nicht bereit, zu arbeiten und Leistungen zu erbringen. Er schürt den Sozialneid gegen die Landsleute aus der DDR.
Anders beurteilt die SPD dagegen offensichtlich DDR-Übersiedler, die früher Stasi-Mitarbeiter waren. Als die Bundesregierung im Januar 1990 einen Gesetzentwurf einbrachte, nach dem Stasi-Mitarbeiter keine Rentenansprüche haben sollten, nannte der für die Sozialpolitik zuständige Bundestagsabgeordnete der SPD, Günther Heyenn, diesen Gesetzentwurf »völlig überflüssig. Es gibt keinerlei praktischen Regelungsbedarf.« (Presseerklärung der SPD im Deutschen Bundestag, 31. Januar 1990.)

... als Anti-Wiedervereinigungs-Kampagne

Die Presse kommentiert das Verhalten Oskar Lafontaines und der SPD so: »Unverantwortlich verhält sich der stellvertretende SPD-Vorsitzende Lafontaine. Ausgerechnet ein führender Sozialdemokrat will bestimmte Deutsche vom sozialen Sicherungssystem der Bundesrepublik ausschließen. ... Aber zur Zeit setzt sich Lafontaine auf eine Strömung, die es hier und da gibt und die er nun gefährlich verstärkt. Das ist billigster Opportunismus ohne Rücksicht auf die Folgen. Derselbe Lafontaine möchte Asylbewerber aus Afrika eher hier aufnehmen als deutsche Spätaussiedler. Derselbe Lafontaine will/soll Kanzlerkandidat der SPD werden.« (»Rheinische Post«, 28. November 1989.)
»Die Linken können mit diesem Deutschland immer noch nichts anfangen, Lafontaine opfert seine Seriösität der zwanghaften Originalität, und Vogel moderiert das alles.« (»Stern«, 30. November 1989.)
Vereinzelt gab es auch aus den Reihen der SPD Kritik gegen die Forderungen Lafontaines: »Die Menschen hüben und drüben haben sich unendlich darüber gefreut, daß sie wieder zueinander können. Leider hat die SPD diesen Eindruck nicht vermittelt. ... Es ist unmoralisch und unhistorisch, die eigene Partei dem Verdacht auszusetzen, die Mauer aus Beton durch eine Mauer aus Paragraphen ersetzen zu wollen.« (Henning Voscherau, SPD-Bürgermeister von Hamburg, »Die Welt«, 14. Dezember 1989.)

Willy Brandt: vielleicht glaubwürdig, aber machtlos

Auch Willy Brandt sah in der Vergangenheit keine Chance für die deutsche Wiedervereinigung. Für ihn



Das Denkmal und der Enkel. Brandt und Lafontaine – die beiden verstehen sich. Beide haben sich in ihrem politischen Leben so oft gewendet, daß man es nicht mehr zählen kann.

wurde »die Hoffnung auf Wiedervereinigung geradezu zur Lebenslüge der zweiten Deutschen Republik«. (Rede Willy Brandt, Frankfurter Rundschau, 15. September 1988.)
Nach der Maueröffnung schwenkte er um und nannte die Spaltung Deutschlands »widernatürlich« (Deutsches Fernsehen, 10. November 1989). Heute verschließt sich Willy Brandt nicht der historischen Entwicklung. Aber unter seinen SPD-Genossen steht er weitgehend allein.

Beispiel SPD Berlin:
»Eine Ohrfeige für Willy Brandt«

Das zeigt das Beispiel Berlin: »Ich . . . bekunde unseren unbeugsamen Willen, daß die Mauer fallen und daß Deutschland mit seiner Hauptstadt Berlin in Frieden und Freiheit wiedervereinigt werden muß.«
Diese Eingangsformel sprach der Parlamentspräsident des Berliner Abgeordnetenhauses seit dem 21. Oktober 1955 zu Beginn jeder Sitzung. Willy Brandt selbst hatte mit diesen Worten als Parlamentspräsident die Sitzung an jenem Tag eröffnet. Die Ergänzung »daß die Mauer fallen muß« wurde 1962 eingefügt.
Noch im Jahr 1990 hat das Berliner Abgeordnetenhaus mit den Stimmen der Mehrheit von SPD und AL die Eingangsformel ersatzlos abgeschafft. Der SPD-Abgeordnete Ehrhart Körting meinte, die Formel sei »historisch überholt und nicht mehr angemessen«. (Berliner Zeitung, 20. Januar 1990). Das Handelsblatt schreibt dazu: »Eine Ohrfeige für Willy Brandt«. (22. Januar 1990.)

SPD im Widerspruch zu den Menschen in der DDR

Die SPD agitierte noch gegen die Wiedervereinigung, als der Wunsch der Menschen in der DDR nach der deutschen Einheit nicht mehr zu übersehen war.
Diesen Wunsch belegen die Spruchbänder, die bei Demonstrationen in Leipzig und anderswo schon im November 1989 massenhaft gezeigt wurden:
»Freie Wahlen, vereintes Deutschland«
»Wiedervereinigung! Der Anfang ist gemacht.«
»Mit Herz und Verstand – Deutschland einig Vaterland«
»Einigkeit und Recht und Freiheit«
»Mit Herz und Verstand – Deutschland einig Vaterland. Ich bin für ein Deutschland!«
»Wiedervereinigung nach der Wende – SED-Pest ist am Ende«
»Das Maß ist voll! – Wir fordern die deutsche Einheit«
»Schluß mit diesem bösen Spiel! Deutschlands Einheit – unser Ziel!«
»Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern«
»40 Jahre Gemeinheit, jetzt wollen wir die Einheit«

Statt dessen Verbrüderung mit der SED

Die SPD traute den Menschen in der DDR nicht zu, daß sie mutig für die Freiheit einzutreten bereit wären. Sie sah »keine Chance, demokratische Verhältnisse von unten her grundlegend umzugestalten«. (Karsten Voigt, »Abrüstungsexperte« der SPD-Bundestagsfraktion, zur Situation in Polen und im Ostblock insgesamt, Februar 1982, nach: »Welt am Sonntag«, 12. November 1989.)

Statt dessen suchte sie lieber nach ideologischer Verbrüderung mit ihren Genossen bei der SED.
Im August 1987 legte die SPD gemeinsam mit der SED ein siebenseitiges Grundwertepapier vor. Darin kommt das Wort »Freiheit« nur ein einziges Mal vor.
Dafür heißt es dort u. a.: »Sozialdemokraten und Kommunisten berufen sich beide auf das humanistische Erbe Europas. Beide nehmen für sich in Anspruch, dieses Erbe weiterzutragen, den Interessen der arbeitenden Menschen verpflichtet zu sein, Demokratie und Menschenrechte zu verwirklichen.«
»Beide Seiten müssen sich auf einen langen Zeitraum einrichten, während sie nebeneinander bestehen und miteinander auskommen müssen. Keine Seite darf der anderen die Existenzberechtigung absprechen. Unsere Hoffnung kann sich nicht darauf richten, daß ein System das andere abschafft.«
Ein Wandel zur Freiheit in der DDR wurde also praktisch grundsätzlich ausgeschlossen.

Kritik von Oppositionellen an der SPD

Die 1988 aus der DDR ausgebürgerte Theaterregisseurin und Bürgerrechtlerin Freya Klier meinte zu dieser gemeinsamen Erklärung und zur Politik der SPD:
»Als gäbe es nicht schon genug Papiere, die uns die Beine wegschlagen, nun also auch noch ein SED/SPD-Papier. . . . Die gehen mit unseren Machthabern um, als handele es sich um störrische Kinder, die man nur mal ein wenig streicheln muß, damit sie sich zu ihren guten Seiten bekennen. Diesen Irrtum müssen andere ausbaden, nicht sie.«

»Am unbegreiflichsten ist mir die Haltung der SPD, einer Partei, der ich im Grunde nahestehe. Sie glorifiziert regelrecht die Taktik der SED, nach außen auf Frieden zu machen, um im Lande nichts verändern zu müssen. Die Situation in der DDR wird einfach nicht mehr zur Kenntnis genommen.« (Abreißkalender zum 7.–9. Mai und 28. August 1987.)
Selbst SPD-nahe Beobachter der Presse beurteilen die Verbrüderung zwischen SPD- und SED-Genossen so: »Zur Sicherung des Friedens, sagen in dem Papier die SPD und die SED, ›gehört ... die Entwicklung lebendiger Demokratie ...‹ ... Eppler hat mit seiner Unterschrift zugelassen, daß man das östliche System Demokratie nennen darf; ein System, das seine Staatsbürger an der Mauer wie die Hasen abknallt, wenn sie ihr international verbrieftes Recht auf Auswanderung beanspruchen (Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, Art. 13).« (»Die Zeit«, 11. September 1987.)

SED genügend sozialdemokratisch

Der totalitär-kommunistische Charakter der SED wurde von SPD-Politikern verdrängt. Walter Momper, SPD-Bürgermeister von Berlin, meinte z.B., als Honecker noch unumstritten an der Macht war, die SED weise genug »sozialdemokratische Elemente« auf. (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 6. August 1989.)
Und weiter sagte er noch zu Zeiten des SED-Regimes im Sommer 1989: »Ich glaube, daß wirtschaftspolitisch auf einem reformistischen Weg die DDR sehr viel weiter ist als die anderen Länder Osteuropas, übrigens Ungarn

eingeschlossen.« (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 26. Januar 1990.)
Trotz Stasi vertrat er die Auffassung: »Auch teilweise ist die Liberalität in der Gesellschaft größer, als bei uns so allgemein die Vorstellung ist.« (»Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 26. Januar 1990.)
Es paßt deshalb ins Bild Mompers von der DDR und der SED, daß er sich im Juni 1989 anläßlich eines Besuches bei Erich Honecker weigerte, die Einladung einer DDR-Oppositionsgruppe anzunehmen. (Nach: »Frankfurter Allgemeine Zeitung«, 26. Januar 1990.)

Bis zuletzt: SPD setzt auf die SED

Noch im September 1989, in der Zeit, als die machtvollen Demonstrationen gegen die SED in der DDR schon begonnen hatten, setzte die SPD weiter auf die SED. Die SPD-Bundestagsfraktion wollte dem SED-Regime einen Besuch abstatten. Die Presse meinte dazu:
»Daß ausgerechnet die bundesdeutschen Sozialdemokraten das derzeit völlig ramponierte internationale Ansehen des SED-Regimes eilfertig wieder aufpolieren wollen, zeugt in jedem Fall von mangelndem Fingerspitzengefühl.« (»Kölnische Rundschau«, 15. September 1989.)
Die links-alternative »tageszeitung« schrieb:
»Während die bundesdeutsche Linke zur Umgestaltung der DDR schweigt, weil sie wohl wenig Neues zu sagen hat, zumal auch die SPD noch bis vor wenigen Monaten mit denen am Tisch politische Programme entwickelte, die heute als Verbrecher gehandelt werden . . .« (6. Dezember 1989.)

Datenschutz für Mauermörder?

Die mangelnde Bereitschaft der SPD, sich für die Menschenrechte der Menschen in der DDR einzusetzen, zeigt auch ihr Verhalten gegenüber der Zentralstelle für die Erfassung von DDR-Gewaltakten in Salzgitter.
Dort werden alle bekanntwerdenden Mißhandlungen, Folterungen und Todesschüsse an der Mauer registriert, um die Verantwortlichen eines Tages zur Rechenschaft ziehen zu können. Dies hat manche Volkspolizisten an der Mauer bewußt danebenschießen lassen und manche politischen Häftlinge vor Folter bewahrt.
Deshalb hatte die SED-Diktatur immer wieder die Schließung der Zentralstelle gefordert.
Die SPD versuchte, der SED diesen Wunsch zu erfüllen: »Wir werden das Unsere tun, damit die Erfassungsstelle Salzgitter . . . aufgelöst wird.« (SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzender H.-J. Vogel, Deutscher Bundestag, 14. März 1986, Plenarprotokoll 10/205, S. 15766.)
Daraufhin haben alle SPD-regierten Bundesländer ihre Zahlungen für die Erfassungsstelle eingestellt und so eine weitere Registrierung und Ahndung von DDR-Gewaltakten zu verhindern versucht. Nur aufgrund der Zahlungen von CDU- und CSU-regierten Ländern und der unionsgeführten Bundesregierung konnte sie ihre Arbeit weiterführen und damit Flüchtlingen und politischen Häftlingen wenigstens ein Mindestmaß an Schutz gewähren.

DDR-Folterungen verheimlichen?

Heute zeigt sich, wie berechtigt die Arbeit der Zentralstelle war. Staatsanwalt Hans-Jürgen Grasemann, Spre-

cher der Zentralstelle, teilte jüngst mit: »Wir verzeichnen ein ungeheuer dramatisches Ansteigen der gemeldeten Gewaltakte aus der DDR, weil uns durch die Übersiedler mehr Informationen zur Verfügung stehen.« 1989 hätten bisher über 1700 Fälle vorgelegen. (»Frankfurter Rundschau«, 14. November 1989.)
Hier zwei Beispiele, deren Registrierung und Bekanntmachung die SPD mit ihrem Versuch der Schließung der Zentralstelle offenbar verhindern wollte:
»Am Besuchstag gab ein Häftling seiner Frau einen Handkuß. (Der Aufseher) ›Arafat‹ kettete ihn mit Händen und Füßen an der Mauer der Zelle an. Dann schlug er dem Opfer zehn Minuten mit dem Knüppel in Magen und Nieren – bis zur Bewußtlosigkeit.« (Aufzeichnungen der Erfassungsstelle, nach: »Bild«, 12. Januar 1990.)
»Nach vier Tagen (ohne Schlaf, d. Verfasser) band mich der Folterer mit Stricken unter eine Dusche. Er stellte die Brause kochendheiß, knüppelte eine halbe Stunde auf mich ein. Ich spuckte nur noch Blut.« (Aufzeichnungen der Erfassungsstelle, nach: »Bild«, 12. Januar 1990.)

SPD: DDR-Deutsche draußenbleiben . . .

Der SPD-Bundestagsabgeordnete Hermann Scheer forderte noch wenige Tage nach der Maueröffnung: »Wir müssen die eigene Staatsbürgerschaft der DDR anerkennen.« Er sagt auch, warum: »Wenn wir das nicht tun, . . . schaffen (wir) bei uns soziale Probleme.« (»Fellbacher Zeitung«, 20. November 1989.)
Die SPD wollte offenbar aus egoistischen Motiven die Deutschen in der DDR zu Ausländern machen.

Hätte die SPD dieses Ziel verwirklichen können, dann hätten die Botschaftsflüchtlinge im Herbst 1989 nicht problemlos in die Bundesrepublik aufgenommen werden können. Statt dessen hätten sie, wie Flüchtlinge aus Sri Lanka oder Ghana, als Ausländer behandelt werden müssen.

... Ausländer rein

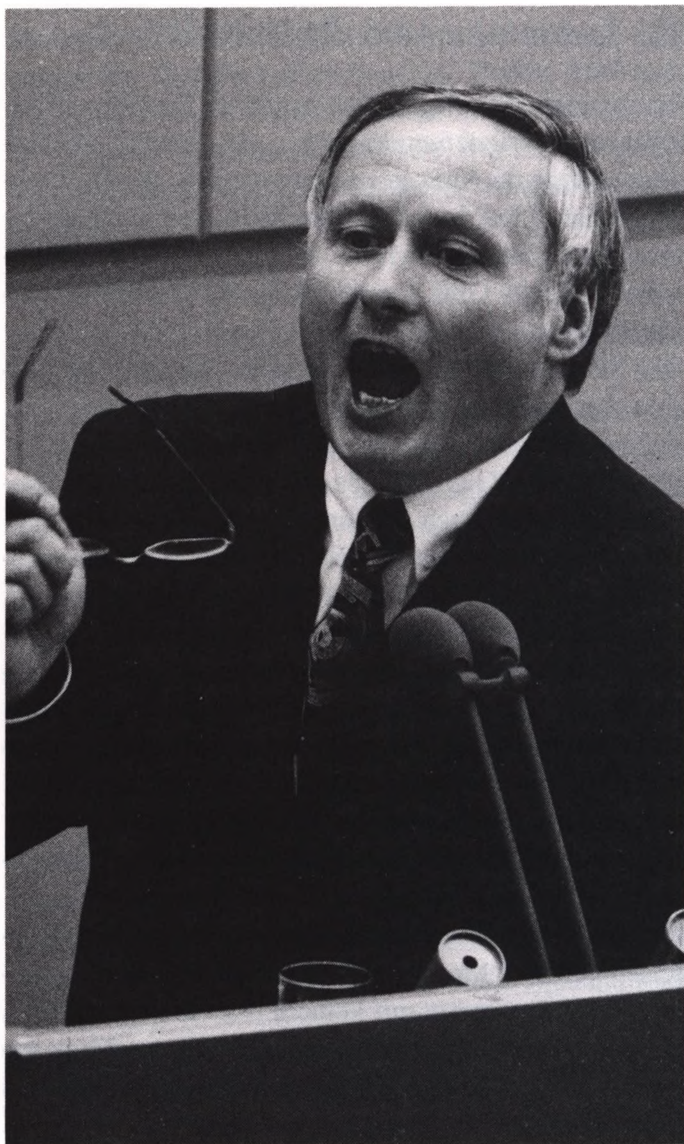
Und so geht die SPD z. B. in Berlin mit den Deutschen aus der DDR um:
Am 28. November 1989 schränkte die SPD-Regierung die Aufnahme von Übersiedlern aus der DDR ein. »Wir können nicht mehr«, war die Aussage der SPD-Sozialsenatorin Ingrid Stahmer. (Deutsche Presse-Agentur, 28. November 1989.)
Ganz anders behandelt die SPD dagegen rechtskräftig abgelehnte Asylbewerber.
Am 21. Juni 1989 setzte SPD-Innensenator Pätzold eine Verordnung in Kraft, nach der Asylbewerber – trotz rechtskräftiger Ablehnung – nach fünfjähriger Anwesenheit einen Rechtsanspruch auf Aufenthalt in Berlin erhalten.
Dies gilt auch für Straftäter unter ihnen, von Ladendieben über Drogendealer bis zu Mördern. (Vgl. »Die Welt«, 6. Juli 1989.)
Rechtstreue Deutsche sollen draußen bleiben, straffällige Ausländer dürfen bleiben – das ist das Nationalbewußtsein der SPD.
Ähnlich sind die Zustände im SPD-regierten Bremen. Dort läßt die SPD 1144 Asylanten in Pensionen und Hotels wohnen, während 325 Übersiedler aus der DDR in Sporthallen und anderen Massenunterkünften hausen müssen (vgl. »Bild«, 7. Februar 1990).

18. Lafontaine und die Einheit

Zweistaaten-Theorie, Einheit in kleinen Schritten, Konföderation, Wiedervereinigung – in keiner anderen Thematik ist die SPD so zerstritten wie in der Deutschlandpolitik. Und derjenige, der die Einheit am längsten verzögerte, der sie fürchtete »wie der Teufel das Weihwasser« (Otto Graf Lambsdorff), war Oskar Lafontaine.

Der SPD-Kanzlerkandidat hat sich – ein ungeheuerlicher Vorgang – nie eindeutig zur Einheit bekannt. Statt dessen fragt er stets, leiernd wie ein tibetanischer Mönch vor der Gebetsmühle, kleinmütig nach den »Kosten«. »Der will doch die Einheit gar nicht«, sagte eine Hausfrau aus Ost-Berlin, als sie von einem Fernsehteam des Senders RTL-Plus über Lafontaine befragt wurde. Die Umstehenden nickten stumm. Was die Hausfrau denkt, denken Millionen quer durch die Republik – die Umfrage-Ergebnisse belegen dies. Anfang Oktober, zwei Monate vor den Bundestagswahlen, bezeichnete das Meinungsforschungsinstitut Allensbach Lafontaine als »Absteiger des Jahres«. Einen der Gründe nannte der FDP-Vorsitzende Otto Graf Lambsdorff:

»Wer wie Oskar Lafontaine in seinem Programm ›Fortschritt '90‹ Karl Marx rechtfertigend zitiert – der im Godesberger Programm mit keinem Wort erwähnt wird –, kann der endgültigen Beerdigung des Herrn Marx natürlich nicht mit Begeisterung zusehen. Das paßt ihm nicht. Und das merken die Leute in der DDR genau. Und weil sie's merken, fürchtet er sie im gesamtdeutschen Wahlkampf. Muß er auch.«



Der Kanzlerkandidat bei der Deutschland-Debatte im Bundestag am 9. August 1990. Er warf Kohl »Täuschungsmanöver« vor.

Schauen wir uns an, wie Lafontaine und die SPD zur Einheit stehen – und wie sich der Kanzlerkandidat immer wieder der Macht der Ereignisse angepaßt hat.
Während die Menschen in der DDR zu Hunderttausenden in der friedlichsten Revolution der Weltgeschichte für Freiheit demonstrierten und »Deutschland einig Vaterland« riefen, faselte die SPD weiter von »zwei deutschen Staaten« und »es darf alles nicht zu schnell gehen«. Niedersachsens Ministerpräsident Gerhard Schröder, ein enger Freund Lafontaines, riet noch im Sommer 1989: »Nach 40 Jahren Bundesrepublik sollte man eine neue Generation in Deutschland nicht über die Chancen einer Wiedervereinigung belügen. Es gibt sie nicht.« Und im September 1989, zwei Monate vor Öffnung der Mauer, meinte Erhard Eppler im »Stern«: »Wenn wir die deutsche Einheit fordern, machen wir alle Hunde scheu.«
Egon Bahr sagte nur acht Tage vor Öffnung der Mauer: »Laßt uns um alles in der Welt aufhören, von der Einheit zu träumen oder zu schwätzen.« Fernsehmoderatorin Lea Rosh war begeistert: »Ich will Egon Bahr zitieren, weil ich auch dieses, was er sagt, für klug halte: Wiedervereinigung ist ein verantwortungsloser Quatsch.«
Erst Anfang Dezember 1989 bekannten sich Teile der SPD halbherzig zur Einheit. Allerdings forderten die Sozialdemokraten eine baldige »Konföderation zwischen Bundesrepublik und der DDR«. Sie könne nur unter Beibehaltung der gegenseitigen Militärbündnisse erfolgen. Für einen einheitlichen Bundesstaat sei jedoch die vorherige Auflösung von NATO und Warschauer Pakt in einer europäischen Friedensordnung unerläß-

lich. SPD-Chefdenker Egon Bahr: »Wir können die NATO nicht bis an die Oder ausdehnen.«
Die Münchener »Abendzeitung« schrieb: »Eine deutliche Abfuhr mußte SPD-Vize Oskar Lafontaine hinnehmen, der noch bis zum Wochenende für eine Einschränkung der Übersiedlungs-Möglichkeiten aus der DDR eingetreten war und damit einen handfesten Krach in seiner Partei provoziert hatte. SPD-Chef Hans-Jochen Vogel berichtete gestern süffisant, Lafontaine habe sich ›neuen Einsichten‹ nicht verschlossen. Wenn die Mauer falle, könne man nicht selbst neue Hürden errichten. Lafontaine selbst räumte ein, seine Überlegungen seien kaum praktikabel und müßten schnell zu den Akten gelegt werden.
Vogel betonte, Formen und Tempo des Einheitsprozesses könnten noch nicht genau bestimmt werden. Er halte aber eine Konföderation noch in den 90er Jahren für möglich. Nach den Wahlen in der DDR im kommenden Monat sollten Verhandlungen über eine Vertragsgemeinschaft aufgenommen werden.«
Beim selben Berliner Parteitag rückte Lafontaine auch öffentlich von einem Rechtsgutachten ab, das er hatte erstellen lassen. Danach sei es anhand eines Gesetzes aus dem Jahre 1950 möglich, den weiteren Zuzug von DDR-Bewohnern in die Bundesrepublik einzuschränken. Jetzt sagte Lafontaine, es sei zweifelhaft, daß dieses Gesetz überhaupt anwendbar sei.
Die Vorstellung, daß man die eigenen Landsleute daran hindern wolle, von einem Teil ihres Vaterlandes in den anderen zu ziehen, war selbst für befreundete Genossen zu abenteuerlich. In ungewöhnlich scharfer Form rügten zum Beispiel der Vorstand der nordrhein-westfä-



Der frischgekürte Kanzlerkandidat – der Wunsch ist der Vater des Gedankens. Alle Umfrageergebnisse sprechen gegen einen Kanzler Lafontaine.

lischen SPD-Landtagsfraktion die Thesen Lafontaines. Ministerpräsident Rau teilte mit, daß Lafontaine im SPD-Präsidium keine Mehrheit für seine Thesen gefunden habe. »Es kann ja auch kein Mensch jahrzehntelang das Ende der Mauer fordern, um dann eine neue, und sei es nur eine mit Paragraphen, aufzubauen«, sagte Rau zu Lafontaines neuer Forderung, DDR-Übersiedlern den Zuzug ins Bundesgebiet zu verweigern. Fraktionschef Farthmann: »Hier demontiert sich ein Hoffnungsträger unserer Partei selbst, und das tut weh!«
Auch der stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Christoph Zöpel, der lange Zeit als Förderer des saarländischen Parteifreundes gegolten hatte, sagte nun: »Unser Freund hat nun endgültig den Zacken überdreht.« SPD-Vorstandsmitglied Reinhold Trinius kommentierte: »Lafontaine hat jetzt jede deutschlandpolitische Kompetenz verloren.«
Am 19. Dezember, wenige Tage vor dem ersten gesamtdeutschen Weihnachtsfest nach 40 Jahren, rügte Lafontaine in Berlin vor den Delegierten des Programm-Parteitages der SPD in kaum verhüllter Form die deutschlandpolitischen Visionen des SPD-Ehrenvorsitzenden Brandt. Er sagte, die Bekämpfung des Hungertodes in der Dritten Welt sei wichtiger »als manches, was hier und da die Gemüter beschäftigt«. Was die Gemüter beschäftigt – damit meinte er die Einheit Deutschlands.
Lafontaine laut »FAZ«: »Den Menschen in Osteuropa muß gesagt werden, was unter Sozialdemokratie heute zu verstehen ist, es gibt in Osteuropa eine Renaissance des demokratischen Sozialismus.« Die Hilfe für die Dritte Welt sei der Herstellung besserer Lebensverhält-



SPD-Parteitag im Dezember 1989. Lafontaine fragt immer wieder: »Wer soll das alles bezahlen?« Mehr ist ihm bis heute nicht zum Thema Deutschland eingefallen . . .

nisse in der DDR übergeordnet. Es dürfe keine Renaissance des Nationalismus geben.
Kein Wunder, daß ein Mann, der die deutsche Einheit für eine »Renaissance des Nationalismus« hält, versucht hat, mit Einschränkungen der Sozialleistungen die Übersiedler aus der DDR abzuschrecken. Wegen dieser Politik nannte Bundesarbeitsminister Blüm den SPD-Kanzlerkandidaten am 17. Januar 1990 einen »Erfüllungsgehilfen der SED« und einen »eiskalten Egoisten«.
Am 21. Januar 1990 meldete sich Lafontaine erneut zu Wort. Er sagte: Berlin soll nie wieder die Hauptstadt werden. In einem Gespräch mit Radio Luxemburg RTL wörtlich: »Berlin soll in der Zukunft eine Rolle spielen, die nicht orientiert ist an der alten Reichshauptstadt und an all dem, was wir damit verbinden.«
Der Berliner CDU-Generalsekretär Klaus Landowsky: »Die Äußerung Lafontaines verrät eine außerordentlich Berlin-feindliche Gesinnung. Aus seinen Worten spricht aber auch seine tiefe Abneigung gegen die gegenwärtige Entwicklung zu einem wiedervereinigten Deutschland.«
Die ersten freien Wahlen in der DDR am 18. März endeten mit einem Wahlsieg der »Konservativen Allianz« aus CDU, DSU und Demokratischem Aufbruch (47,8 Prozent). Die SPD kam auf 21,8 Prozent, die PDS auf 16,3, das Liberale Parteienbündnis auf 5,3 und das Bündnis '90 (die Gruppierungen der Oppositionsbewegung vom Herbst 1989) auf 2,9 Prozent. Die SPD hatte also eine Erdrutschniederlage erlitten. Natürlich hatte Oskar Lafontaine schon am Wahlabend einen griffigen Satz parat, mit dem er den triumphalen Wahlsieg der



Nachdenkliche Stimmung bei Bürgern in Bitterfeld. Der SPD-Kanzlerkandidat kann die Wähler nicht für sich begeistern.

»Allianz für Deutschland« und das Debakel der Sozialdemokraten in der DDR zu erklären wußte: »Die Menschen haben den Eindruck gehabt, wenn sie Kohl wählen, dann fließt das Geld.« Die »FAZ« kommentierte: »Aus diesen Worten spricht zunächst einmal kaum verhüllte Geringschätzung für die Wähler in der DDR. Lafontaine erklärt sie zu politischen Analphabeten, die auf einen faulen Zauber reingefallen sind. Das ist eine Art kolonialer Überlegenheitsmentalität auf westdeutsch-sozialdemokratisch.«

Die »FAZ« weiter: »Mit Wählerbeschimpfung werden die Sozialdemokraten nicht weit kommen. Sie müssen sich von Illusionen verabschieden, zunächst von der, den Sozialdemokraten werde ohne weiteres ›soziale Kompetenz‹ zugetraut. Gerade Lafontaine, der in das Zentrum seiner in der DDR allerdings spärlichen Wahlreden immer wieder das Prinzip der ›sozialen Gerechtigkeit‹ stellte, muß zur Kenntnis nehmen, daß die Mehrheit der Bürger in der DDR offenbar nicht wie das vor Angst gelähmte Kaninchen auf die kapitalistische Schlange starrt, daß die Angst vor Ausverkauf, ›Anschluß‹ und Ausbeutung offenbar geringer ist als die, noch länger im Zustand behüteter Unmündigkeit gehalten zu werden. Der täglich greifbare Ausdruck dieser diskriminierenden Zurücksetzung ist die Währung der DDR. Lafontaine hat – im Gegensatz zur Mehrheit seiner Partei – nicht erkennen wollen, daß die Währungsunion nicht nur ein mit Risiken behaftetes ökonomisches Unterfangen, sondern in der DDR auch eine psychologische Kardinalfrage ist. Er hat auf den Marktplätzen in Magdeburg und Jena immer nur bedenklich den Kopf gewiegt und damit ge-

zeigt, wie fremd ihm die Welt und die Menschen dort sind.«
Am 24. März 1990 schrieb die »Welt«: »Oskar Lafontaine warnt vor einer zu schnellen Verwirklichung der deutschen Wirtschafts- und Währungsgemeinschaft. Aber er sagt nicht, wie anders man in der DDR Massenexodus und Chaos verhindern will. Er wirft dem Kanzler heute vor, er bevormunde die Menschen drüben und mische sich in deren Angelegenheiten ein, und kritisiert ihn morgen mit der unbefangensten Miene, weil er sich weigere, endlich zu sagen, wieviel Geld die Arbeitslosen in der DDR erhalten sollen. Er verlangt als erster im Lande die Abschaffung des Notaufnahmeverfahrens für Übersiedler, ohne jemals mitzuteilen, was er mit den Übersiedlern ohne dieses Verfahren anfangen will . . . Sich in die Ecke zu setzen, jede Entscheidung der Regierung mit irgendeinem hämischen Kommentar zu versehen, sich dabei wahllos der Befürchtungen in der DDR und der Bedenken des Auslands zu bedienen . . . Dem interessierten Publikum sogar Wetten anzubieten, daß dieser Kanzler seine Zusagen nicht halten und sein Ziel nicht erreichen werde – das ist die Mentalität eines Buchmachers. Aber die deutsche Vereinigung ist kein Pferderennen.«
Peter Bönisch, Ex-Staatssekretär und Regierungssprecher: »Oskar Lafontaine ist eine tickende Zeitbombe. Man weiß nie, wann sie explodiert und wen sie trifft. Nur daß sie explodiert, ist sicher.
Er fährt im falschen Augenblick zu Mitterrand nach Paris, fällt im falschen Augenblick der deutschen Außenpolitik in den Rücken und redet über Übersiedler so mitleidlos, als sei er ein kapitalistischer Manager

und nicht ein Sozialdemokrat mit christlicher Erziehung.
Wenn er auf Stimmenfang geht, scheint er jede Erfahrung und jeden Grundsatz zu vergessen. Er, der Ministerpräsident eines Landes, das erst in den 50er Jahren in die Bundesrepublik ›übersiedeln‹ durfte, redet und handelt herzlos-brutal gegen die Übersiedler aus Sachsen usw.
Ein Sozialdemokrat? Für mich ist er mehr der Vertreter einer Ellenbogen-Generation, die dringend Stoßdämpfer an beiden Armen braucht.
Der Kanzler hat ihn ein ›Paradebeispiel eines politischen Opportunisten‹ genannt. Nun gut. Schlimmer bei diesem Mann ist seine politische Kurzatmigkeit. Er hächelt immer der Meinung des Tages hinterher . . . Ob das 1990 in Deutschland, in Europa reicht? Für Lafontaine bleibt Leipzig hinter dem Ural.
Schade, eine traditionsreiche, urdeutsche Partei, wie die SPD, hat das nicht verdient.«
Als am 18. Mai in Bonn der Staatsvertrag über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion unterzeichnet wurde, war die SPD nicht dabei. Der einzigartige historische Vorgang, daß ein Volk seine armen Brüder aufnimmt und ihnen mit einem Milliardengeschenk den Neubeginn ermöglicht, dieser überwältigende Beweis von Nächstenliebe und Hilfsbereitschaft fand ohne die Partei statt, die sich als die Partei der Solidarität und der Umschichtung von den Besserverdienenden zu den sozial Benachteiligten zu nennen pflegt. Kein Wunder: Die SPD hatte von Anbeginn auf das SED-Regime gesetzt und kommt davon nicht mehr herunter. Sie wollte mit »Eigenstaatlichkeit der DDR« und »nicht bevor-

munden« die Zweistaatlichkeit retten. Die »Welt« am 21. Mai: »Lafontaine hat zunächst die Wiedervereinigung zu verhindern gesucht. Nun kommt sie, unaufhaltsam. Er hat dann hämisch darauf gesetzt, daß der Kanzler seine Versprechen nicht einhalten könne. Aber Kohl hat mehr eingehalten, nicht nur beim Umtausch 1 : 1, als er je versprochen hat . . .«

Zwei Tage später kommentiert die »FAZ«: »Die SPD hat sich von Lafontaine auf dem Weg zur Einheit immer wieder ins politisch-moralische Abseits drängen lassen. Es begann mit der Forderung, für die wachsende Zahl von Übersiedlern Zuzugsbeschränkungen einzuführen, gefolgt von dem unverhüllten Bestreben, die Zweistaatlichkeit solange wie möglich aufrechtzuerhalten. Als auch diese Position geräumt werden mußte, bekämpfte die SPD den Beitritt nach Artikel 23 und verlangte eine Nationalversammlung, obwohl (oder weil) sie wußte, daß damit der Vereinigungsprozeß auf die jahrelange Bank geschoben würde. Schließlich versuchte sie, die Einigung über den Staatsvertrag zu unterminieren, indem sie die DDR zu immer höheren Forderungen animierte und gleichzeitig in der Bundesrepublik Stimmung gegen die angeblich untragbaren Lasten machte. Und nun krönt sie ihre Obstruktion mit der wahltaktisch gemeinten Nachbesserungsforderung . . .«

Die »Bild am Sonntag« am 27. Mai: »Nur eins steht fest: Oskar Lafontaine wäre in dieser schicksalsträchtigen Epoche deutscher Geschichte offenbar nicht der geeignete Lenker des Staatsschiffes. Vor acht Jahren hat er den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt verspottet, weil der sich von Pflichtgefühl, Berechenbarkeit, Machbarkeit, Standhaftigkeit leiten ließ. Das seien Sekundär-



Ein nachdenklicher, in sich gekehrter Kanzlerkandidat. Lafontaine weiß, daß seine Chancen in den neuen Bundesländern schlecht sind.



Die Rivalen: Kohl nennt den SPD-Kanzlerkandidaten das »Paradebeispiel eines politischen Opportunisten«.

tugenden, meinte der ›Saar-Napoleon‹. Einige dieser Tugenden täten ihm ganz gut.«
Im Juni bedauerte es Helmut Kohl, daß es in der Deutschland-Politik keinen nationalen Konsenz gäbe. Er hätte sich diesen Konsenz »wirklich gewünscht«, sagte er in der Zeitung »Welt am Sonntag«. Was die SPD unter der Führung Lafontaines jedoch in den letzten Wochen geboten habe, sei »schlicht ein jämmerliches Schauspiel« und auch ein »Stück Verrat an der Geschichte dieser großen Volkspartei«. Den SPD-Kanzlerkandidaten bezeichnete Kohl als »blinden Opportunisten des Niedergangs« und »Mann ohne Konzept«.
»Der Herausforderer Helmut Kohls ist eine Herausforderung für die SPD«, schrieb die »Frankfurter Neue Presse« über Lafontaine. »Selbst die eingefleischten SPD-Anhänger in den Medien haben größte Mühe, halbwegs rationale Erklärungen für das Durcheinander zu finden. Die Anmerkungen des Parteivorsitzenden Vogel zu den einzelnen Akten der Tragikkomödie sind an unfreiwilliger Komik kaum zu überbieten. Wenn er beispielsweise von kameradschaftlichem Einvernehmen mit dem Egomanen aus Saarbrücken spricht, strapaziert er das Zwerchfell des Publikums. Noch nie hat ein Kanzlerkandidat seine Partei so seelenruhig dem öffentlichen Spott preisgegeben.
Zuerst sein abenteuerlicher Versuch, die Partei auf ein Nein zum Staatsvertrag mit der DDR festzulegen. Damit zwang er sie zu einem grotesken Eiertanz, konnte aber das Ja nicht verhindern. Blamiert waren beide, Kandidat und Partei. Vor den Kopf fühlten sich gestoßen die Parteifreunde in der DDR, die nicht begreifen

konnten, daß Sozialdemokraten in einer historischen Situation so jämmerlich taktieren.
... Mehr als Unheilsprognosen hat das vermeintliche Wunderkind der SPD bisher nicht geboten. Während der Kanzler ein enormes Pensum bewältigt und den Einigungsprozeß mit Elan vorantreibt, sonnt sich der Kandidat in Spanien. Von Zeit zu Zeit läßt er den irritierten Genossen durch seinen Hofmarschall Klimmt huldvoll oder ungnädig mitteilen, ob er mit ihm zufrieden ist oder nicht. Dieser Herausforderer ist eine Herausforderung. In erster Linie für die SPD.«
Im Juli forderte Lafontaine ein »groß angelegtes, ökologisch orientiertes Infrastruktur-Programm für die DDR. Nach Beratungen im Parteipräsidium, an dessen Sitzung er erstmals nach dem auf ihn verübten Attentat teilgenommen hatte, machte Lafontaine erneut seine Bedenken gegen große Teile des mit der DDR vereinbarten Staatsvertrages deutlich: »Ein grundsätzlicher Strickfehler des Staatsvertrages ist die Konzentration auf konsumtive Ausgaben in der DDR und die Vernachlässigung der brachliegenden Infrastruktur.«
Nach seiner Auffassung werden schon wenige Tage nach dem Inkrafttreten des Staatsvertrages die ersten Mängel der Wirtschafts-, Währungs- und Sozialunion deutlich. Zwar wollte er noch keine abschließende Bilanz ziehen, doch trage die Bundesregierung die Verantwortung für die jetzige Entwicklung. Lafontaine wörtlich: »Die Menschen in der DDR werden zu Hunderttausenden arbeitslos. Für die Menschen in der Bundesrepublik sind hohe Mieten und steigende Hypotheken-Zinsen inzwischen zum Alltagsthema geworden.«

Wahlexperte Prof. Dr. Werner Kaltefleiter dazu: »Lafontaine verstrickte sich in kleinkarierte Parteipolitik. Nicht einmal allen seinen Anhängern konnte er bisher klarmachen, warum er seiner Bundestagsfraktion die Ablehnung des ersten Staatsvertrags, den SPD-geführten Ländern im Bundesrat dagegen die Zustimmung empfahl.«

Immer wieder gefiel sich Lafontaine in der Rolle eines »Propheten des Unheils«. Wenn dieses Unheil nicht eintritt, dann – so ließ er Vertraute wissen – habe er halt Pech gehabt. Er hoffte also auf die Not von Millionen Menschen, um Stimmung und Stimmen für sich zu gewinnen. Die angesehene französische Zeitung »Le Monde« schrieb: »Nachdem sie lange die Kassandra-Rolle gegen die Einheit im Sturmschritt spielen, haben die SPD und ihr Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine eine Wendung von 180 Grad gemacht und sind nun zu den eifrigsten Verfechtern einer so schnell wie möglich zu vollziehenden Vereinigung geworden.«

So war es: Im August dieses Jahres hatte Lafontaine die Kurve gekriegt – obwohl es Lafontaine und die Sozialdemokraten waren, die die Wiedervereinigung bis zuletzt sabotiert hatten. Die »Welt« am 20. August: »Lafontaine droht mit Steuererhöhungen für irgendwelche Milliardenprogramme. Viele meinen, daß der Saarländer nur so daherredet, weil er sich ärgert, mit der Wiedervereinigung falsch gelegen und abgehängt worden zu sein. Doch man kann sich nicht darauf verlassen. Die Gefahr besteht, daß er seine Geschichten wirklich glaubt. Aber wie sähe es dort wohl aus, wenn die noch ihre Ost-Mark hätten – würden die Staatsbetriebe blühen, würden die Menschen alle brav drüben bleiben?

Wie sieht es in der UdSSR aus, die in fünf Jahren Reformiererei kein ordentliches Geld einzuführen vermochte? Wie würde es bald bei uns aussehen, wenn so ein Laienspieler an den Geldhahn käme?«
Ein Leser, der sich im Gegensatz zu Oskar Lafontaine die DDR mit eigenen Augen ansah, schrieb an die »Welt am Sonntag« am 19. August: » . . . Ich hatte in den letzten Wochen das Vergnügen, über 10000 Kilometer durch die DDR zu reisen. Es war anstrengend, aber ich möchte keinen Kilometer missen. Herrn Lafontaine, Herrn Ehmke und noch ein paar anderen möchte ich empfehlen, sich ein paar Wochen in der Noch-DDR aufzuhalten. Nicht in den Luxusschuppen, sondern in einem der uralten, vergammelten Hotels. Und dann sollten sie mit den Menschen reden, die das ganze Palaver der Nebensächlichkeiten satt haben und endlich wissen wollen, wo's langgeht. Diese Leute wollen eine funktionierende Marktwirtschaft. Was die Leute drüben brauchen, sind konkrete Hilfen, Hilfe zur Selbsthilfe. Wirtschaftlichen Analphabeten muß man halt alles beibringen ab Adam und Eva. Statt Marx und Lenin muß nun Ludwig Erhard verteilt, nicht aber ungerechtfertigte Lohnerhöhungen und Flausen in die Köpfe der Werktätigen gestreut werden. Wir können unseren Nachbarn nur helfen, indem wir sie besuchen oder einladen. Nichts überzeugt mehr als das persönliche Gespräch . . .«
Was Lafontaine indessen erreichte: Die kommunistische PDS-SED unter ihrem Vorsitzenden Gregor Gysi konnte sich sieben Wochen im deutschen Bundestag tummeln und das Parlament als Wahlkampf-Plattform nutzen. Das wurde möglich, weil die SPD unter dem

Druck ihres Kanzlerkandidaten in Bonn durchsetzen konnte, daß der Beitritt der DDR zur Bundesrepublik und die gesamtdeutschen Wahlen zeitlich getrennt stattfinden. Anfang September kam das groß angekündigte neue 100-Punkte-Programm der SPD. Welch ein Flop! »Es war der verzweifelte Versuch, noch auf den Zug aufzuspringen, den CDU-Bundeskanzler Helmut Kohl Ende November vorigen Jahres eingesetzt und in Fahrt gebracht hatte . . .

19. Lafontaines Irrtum – Bundestagsrede von Theo Waigel am 9. August 1990

Präsidentin Dr. Süssmuth: Das Wort hat der Bundesminister der Finanzen, Herr Dr. Waigel.

(Zuruf von der SPD: Jetzt kommt die Stunde der kleinen Leute! – Dr. Klejdzinski [SPD]: Stunde der kleinen Parteien!)

Dr. Waigel, Bundesminister der Finanzen: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hier ruft jemand aus der SPD, das sei die Stunde der Kleinen. Er scheint den Vorredner (Lafontaine) gemeint zu haben.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU und der FDP.)

Das kam aus Ihren Reihen, das ist nicht mein Wort. Herr Ministerpräsident Lafontaine, wir freuen uns alle, daß Sie heute wieder genesen unter uns sind und hier sprechen konnten.

(Beifall bei allen Parteien – Zuruf von der SPD: Heuchler!)

Wer da aus Ihren Reihen Heuchler gerufen hat, der unterstellt mir etwas, was ich bei dieser Bemerkung wirklich nie gedacht habe, glauben Sie mir das!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP.)

Sie haben gemeint, uns in etwas napoleonischer Weise den Rat geben zu sollen, wir sollten uns anständig aufführen. Wie dieses Parlament sich aufführt, wie es sich gibt, wie es debattiert, das bestimmen wir. Da brauchen wir von Ihnen kein Lehrgeld, Herr Lafontaine!

(Beifall bei der CDU/CSU und bei Abgeordneten der FDP – Oh-Rufe bei der SPD.)

Herr Ministerpräsident, wollen Sie allen Ernstes behaupten, es sei den Menschen unter Honecker, unter Krenz und unter Modrow besser gegangen als heute? Ich halte das für eine unglaubliche Unterstellung.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP.)

Den Menschen gegenüber, die damals mit einem verdeckten und versteckten Konkurs, mit einer verdeckten und versteckten Pleite, mit einer verdeckten Arbeitslosigkeit, deren Zahl damals schon mit 1,5 Millionen angegeben wurde, leben mußten, zu behaupten, das sei besser gewesen als heute, wo sie eine große Chance für die Zukunft und für einen Neuanfang haben, das ist Demagogie!

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP.)

Herr Ministerpräsident, Sie sind ein ganz schlechter finanzpolitischer Ratgeber. Wer zur Solidarität für andere auffordert und ständig, um seinen Haushaltsnotstand zu verdecken, Milliarden vom Bund fordert, der ist kein guter Ratgeber in finanzpolitischen Angelegenheiten.

(Beifall von der CDU/CSU und der FDP – Dr. Vogel [SPD]: Das war aber schwach! Wo kommt denn die Misere her?)

Was Ihre parterre anzuhörende Bemerkung über die Fototermine anbelangt, kann ich nur sagen: besser mit gewählten Demokraten als mit früheren Diktatoren.

Meine Damen und Herren, der Ministerpräsident des Saarlandes hat erkennen lassen: Er hat keine eigene Konzeption zu den zentralen deutschlandpolitischen und den damit zusammenhängenden finanzpolitischen Aufgaben. Das Herausziehen von Zitaten aus einer Zettelkastenwirtschaft ersetzt keine eigene Politik.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP.)

Allerdings, Herr Ministerpräsident: Sie spielen mit dem Schicksal der Menschen, vor allen Dingen mit denjenigen unserer Mitbürger in der DDR. Sie wollten die Währungsunion verhindern und stellen jetzt dagegen, durch frühzeitige gesamtdeutsche Wahlen die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung mit vollem Handlungsspielraum für eine vierjährige Legislaturperiode zu ermöglichen.
Sie haben noch nicht einmal ein Konzept, das aus dem von Ihnen erwarteten wirtschaftlichen Zusammenbruch der DDR wieder herausführt.
Warum, Herr Lafontaine, beklagen Sie und Ihre Partei die angeblich zu hohen Kosten der Vereinigung, die drohende öffentliche Überschuldung und angeblich notwendige Steuererhöhungen? . . .
Meine Damen und Herren, während der Ehrenvorsitzende der SPD, Willy Brandt, die SPD im Wahlkampf in der DDR auf das Ziel der Wiedervereinigung festlegte, betreibt der Kanzlerkandidat Lafontaine im Westen eine Angst- und Neidkampagne, und der Kollege Vogel wird nicht müde, von den ehemaligen Blockparteien Vergangenheitsbewältigung zu verlangen. Dabei vergißt er gern das gemeinsame Strategie- und Ideologiepapier von SPD und SED.
(Beifall bei der CDU/CSU und Abgeordneten der FDP.)
Herr Gysi beklagt zu Recht die Undankbarkeit und die Lieblosigkeit der SPD, die seine Vorgänger viel ordentlicher und besser behandelt hat als jetzt ihn.
(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU.)
Meine Damen und Herren, wenn Herr Lafontaine in den letzten zwölf Monaten Regierungsverantwortung in

Deutschland gehabt hätte, dann stünden wir jetzt vor einer finanz- und wirtschaftspolitischen Katastrophe; denn es ist schon unglaublich, daß nicht einmal aus Fehlern gelernt wird. Es gibt doch heute außer Ihnen in der Bundesrepublik Deutschland niemanden mehr, der es für richtig gehalten hätte, Herrn Modrow oder Herrn Krenz 10 oder 15 Milliarden DM mit auf den Weg zu geben.

(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP.)

Das alles wäre doch längst versickert und hätte überhaupt keinen Beitrag zur Einführung der Sozialen Marktwirtschaft und zu einer neuen Dynamik geleistet und hätte auch keinen einzigen neuen Arbeitsplatz gebracht.

Sie wollten die Agonie des sozialistischen Systems in die Länge ziehen und damit den Deutschen in Ost und West auf Dauer unübersehbare Kostenbelastungen zumuten. Wäre die Bundesregierung allen finanzpolitischen Forderungen der SPD gefolgt, hätten wir inzwischen dreistellige Milliardenbeträge aufbringen müssen, ohne der DDR auf ihrem schwierigen Weg zur Marktwirtschaft auch nur einen Schritt weiterzuhelfen.

(Beifall bei der CDU/CSU.) . . .

Wer wie Oskar Lafontaine die Währungsunion als entscheidenden Fehler ablehnt, der muß die Alternative verdeutlichen und den Menschen sagen, was er ihnen anzubieten hätte. Aber dazu ist er nicht in der Lage.

Das wohl Wichtigste in dem Zusammenhang, meine Damen und Herren: Was, Herr Lafontaine, hätten Sie denn gegen das Anwachsen der Übersiedlerzahlen getan? Wenn wir damals die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion nicht angeboten hätten, dann stünden wir

doch vor ungeheuren Problemen. Das zeigt doch sehr deutlich: Sie reden die Katastrophe herbei. Sie wollen mit der Katastrophe politisch agitieren und politisch Profit daraus ziehen. Das ist unverantwortlich gegenüber den Deutschen in Ost und West!
(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP.)
Mit der Öffnung von Mauer und Stacheldraht waren die Würfel gefallen. Seitdem entscheiden die Deutschen in der DDR selbst über Wohnort, Arbeitsplatz und Verwendung ihres Einkommens. Es ist doch eine großartige Entwicklung, wenn die Übersiedlerzahlen von 73000 im Januar auf nur noch 10000 im Juni zurückgegangen sind. Das ist der Erfolg unserer Politik, zu der Sie keine Alternative vorgelegt haben!
(Beifall bei der CDU/CSU und der FDP.)
Lafontaine und viele andere Sozialdemokraten erliegen immer wieder dem Irrtum, es gebe eine halbe, eine Viertel- oder eine Dreiviertelmarktwirtschaft. Die gibt es nicht! Das haben die Beispiele in China, in der Sowjetunion, in Jugoslawien und in vielen anderen Ländern gezeigt. Das sagen uns die Experten, und das sagt die Erfahrung. . . .
Und dann gab es die Äußerungen der neuen Kulturdezernentin Linda Reisch zur deutschen Einheit. Freiwillig würde sie nie nach Leipzig fahren, aber immer nach Mailand, bekannte sie und fügte hinzu, mit der DDR mehr als mit jedem anderen Land der Welt zu »fremdeln«. Die DDR in Verbindung mit Protestantismus mache ihr Angst, weil sie »so typisch deutsch« sei. Im übrigen sei die deutsche Einheit für sie kein Wert an sich.
Hauff distanzierte sich von diesen Äußerungen seiner Genossin. Er bezeichnete sie als »teilweise überzogen

und nicht mit der Politik des Magistrats übereinstimmend«. Die deutsche Einigung sei das Ergebnis einer Revolution in der DDR und von freien Wahlen. »Diese Revolution hatte ihren Ausgangspunkt in unserer Partnerstadt Leipzig, und ich mißbillige Frau Reischs flapsige Bemerkungen über Leipzig«, sagte Hauff. Als es darüber eine Debatte im Stadtparlament gab, blieb die Kulturdezernentin bei ihren Aussagen. Der Oberbürgermeister verzichtete darauf, korrigierend oder maßregelnd einzugreifen. Hauff wird aufpassen müssen, daß ihm seine Sozialdemokraten nicht noch mehr auf dem Kopf herumtanzen.

20. Links reden – rechts leben

Wie ist Lafontaine, wie lebt er, wie sieht er sich selbst? Lassen wir diese Fragen zuerst von der Wahlkampfbroschüre der SPD beantworten: »Mit Oskar kann man ›schwätzen‹. Ob es um die Kanalgebühren oder die Friedenspolitik geht, den Unterschied zwischen Dibbelabbes und Schales oder um den 1. FC Saarbrücken – unser Oskar ist immer ein kompetenter Gesprächspartner. Er geht auch gerne mal ›ähner trinke‹. Dann steht er – wie alle Saarländer – meistens am Buffet und genießt sichtlich das Gespräch mit seinen Landsleuten.
Sein Privatleben ist nicht ohne Probleme. Auch das hat er mit nicht wenigen seiner Mitmenschen gemeinsam. Er ist geschieden – ›friedlich‹, wie er immer wieder betont. Doch der Kontakt zu seinem Sohn Frédéric ist ihm sehr wichtig. Seine knapp bemessene Freizeit verbringt er am liebsten mit ihm. Sie spielen gemeinsam, gehen zusammen einkaufen, und dann kocht Oskar für ihn. Er kocht übrigens sehr gerne und gut. Vor allem liebt er die französische und spanische Küche.«
Was für ein fabelhafter Gourmet der Genosse in der Tat ist, belegt eine Reportage in »Bild am Sonntag« am 18. Juni 1989: » . . . Der Kellner macht sich die Arbeit, zum Bavette-Fleisch einen 86er Beaujolais zu empfehlen. Flugs zieht Lafontaine ein Kärtchen des Weinschmeckern bekannten Savour-Clubs aus der Tasche und bemerkt mit Blick darauf: ›Der 86er Beaujolais ist dünn – ob das Haus nicht einen 88er oder 85er feilbiete.‹ Nein, aber ein 83er Chianti sei zu empfehlen . . .«
So lebt ein Genosse, der sich für das Wohl der Arbeiter einsetzt. Aber links reden und rechts leben – das ist ja



Kanzlerkandidat Lafontaine mit seinem einzigen Sohn Frédéric. Beide haben ein sehr inniges Verhältnis zueinander.



Sein größtes Hobby: Fußball. Als Mittelfeld-Spieler der SPD-Prominentenmannschaft ist Lafontaine gefürchtet.

das Merkmal aller Salonsozialisten. Interessant, was die »FAZ« im Mai 1988 unter der Überschrift »Lafontaine wie er leibt und lebt« schrieb:
»Was Oskar Lafontaine recht ist, scheint vielen seiner Genossen noch längst nicht billig zu sein. Weder der Koch für seine Bonner Botschaft mit mehr als 6000 Mark Monatsgehalt, noch die 17-Millionen-Villa für das arme Saarland in Paris, noch sein jüngstes, 36 Mark kostendes Buch. Da sich SPD-Mitglieder von ihren parteilosen Mitbürgern wenig unterscheiden, können auch sie sich unter einem Koch, einer Villa und einem Buch mehr vorstellen, als unter Lafontaines Varianten der Politik. Manche sagen: Links reden und rechts leben.
Aber Lafontaine ist um Antworten nie verlegen. Als er nach dem Koch gefragt wurde, der in der saarländischen Landesvertretung eine bessere Anrichte zu verwalten hat und bisher als Küchenchef eines Saarbrücker Feinschmecker-Restaurants wirkte, ob er mit dieser Stelle nicht zwei arbeitslose Köche beschäftigen könnte, erwiderte er: ›Dieses Problem ist strukturell und nicht personell zu lösen.‹
Und die Villa in Paris? Sie war zwar teuer, da sie aber im Jahr eine Million Mark Mieteinnahmen bringen soll, habe sie sich bald bezahlt gemacht. Die anderen Länderpolitiker schauen halb neidisch, halb amüsiert zu. Bayerns Bevollmächtigter in Bonn, Freiherr von Waldenfels, meinte: ›Das ist für uns kein Grund, eine Villa in London zu kaufen.‹
Das Buch? Auch hier ist Lafontaine der beste Verkäufer seiner selbst, was nicht allen Genossen gefällt. Der oberfränkische Abgeordnete Büchler hat deshalb an den Vorsitzenden Vogel geschrieben: ›Vielen Genossinnen und



In jeder Situation elegant: Oskar Lafontaine versteht sich auf französische Lebensart – auch in der Kleidung.

Genossen sind die 36 Mark, die das Buch in den Buchhandlungen kostet, viel zu viel Geld.‹ Natürlich verstehe er Lafontaine und andere Autoren wie Egon Bahr, die auf ihre Honorare nicht verzichten wollen und sollen. Aber wenn sich ein Präsidiumsmitglied äußere, könnte dann nicht den SPD-Mitgliedern das ›kostbare Privileg‹ gegeben werden, ›besser, billiger und schneller‹ als der Rest der Bevölkerung informiert zu werden? ›Warum wird nicht im Parteivorstand ein billiges Broschüren-Exemplar gedruckt?‹

Vogel gab den Brief an Lafontaine weiter, der darüber nicht erschrak. Die Anfragen wegen verbilligter Buchexemplare und Kopien häuften sich. ›Mir fällt es außerordentlich schwer, insbesondere dann, wenn sich Arbeitslose, Schüler und Studenten melden und um Sonderkonditionen bitten, ihnen abschlägig antworten lassen zu müssen.‹ Aber: Auch ein stellvertretender SPD-Vorsitzender müsse die Möglichkeit haben, ›sich mit seinen Ideen über das zentrale Medium, das es nun einmal in diesem Bereich gibt, nämlich das Buch, an alle interessierten Menschen zu wenden. Diese Form unterliegt selbstverständlich gewissen Regeln der vertraglichen Einkünfte, denen auch ich mich nicht entziehen kann.‹ Lafontaine wie er leibt und lebt.«

21. Der Schnelldenker

Wie sehr Lafontaine aus der Hüfte schießt, wie schnell und wie unüberlegt er oft Dinge von sich gibt, die dann von den Parteifreunden nur schwer zu kitten sind, zeigt die Geschichte eines Interviews mit der »Welt«. Korrespondent Klaus J. Schwehn berichtet darüber am 4. August 1990:

»Das Interview wurde am Donnerstagvormittag um 11 Uhr mit dem SPD-Kanzlerkandidaten Oskar Lafontaine geführt; ›tagesaktuell‹, wie der stellvertretende Chefredakteur des Bonner ›Generalanzeiger‹, Hans-Werner Loose, der ›Welt‹ versicherte. Viereinhalb Stunden später war es vorab auf dem Medienmarkt, eine weitere Stunde später war es in einem zentralen Punkt ganz anders als vorher ausgedruckt – ein Interview des ›Generalanzeiger‹ mit Lafontaine und die Schwierigkeiten, sich bündig zu äußern. Vielleicht auch die Frage nach dem Umgang mit der Wahlrechtsfrage angesichts näherrückender gesamtdeutscher Wahlen:

Das dokumentierte sich in den Meldungen der Nachrichtenagenturen zunächst so: ›Lafontaine mit Wahlrechtskompromiß unzufrieden‹, meldete dpa; ›Lafontaine rückt vom Wahlrechts-Kompromiß ab‹, wußte die AFP zu berichten.

Was war geschehen? In dem veröffentlichten Interview hatte Lafontaine auf die Frage ›Befriedigt Sie die Einigung zum Wahlverfahren?‹ nach der um 15.30 Uhr gültigen Fassung geantwortet: ›Diese Lösung entspricht nicht unseren Vorstellungen.‹

Noch tags zuvor hatte indessen SPD-Sprecher Eduard Heußen für die SPD-Führung kundgetan: ›Diesen Kri-

terien (gemeint waren gute Startchancen für die DDR-Bürgerrechtsbewegungen) trägt der Vorschlag von CDU, CSU und FDP durchaus Rechnung. Deshalb wird die SPD diesen Vorschlag mittragen.‹

Es dauerte an diesem unglücklichen Donnerstag eine ganze Telefax-Stunde, bis diese Einsicht, die tags zuvor auch Lafontaines Mit-Stellvertreter im obersten SPD-Führungszirkel, Johannes Rau und Herta Däubler-Gmelin, als eine Lösung angesehen hatten, ›mit der man leben kann‹, dann auch Eingang in Lafontaines ›Generalanzeiger‹-Interview fand: ›Achtung – eil – bitte verwenden Sie die Meldung ‹Lafontaine mit Wahlrechtskompromiß unzufrieden› nicht‹, tickerte zunächst dpa in die Redaktionsstuben; AFP folgte mit einem ›Achtung Redaktionen – die SPD hat Korrekturen im Interview-Text angekündigt‹.

Korrekturen in der Einsicht von Oskar Lafontaine oder Korrekturen ›infolge eines Übermittlungsfehlers‹? Interview-Partner Hans-Werner Loose nahm dazu gestern nicht Stellung. Aber der geneigte Leser konnte nunmehr lesen, daß die SPD-Parteiführung doch wieder unisono gestimmt ist: ›SPD-Kanzlerkandidat Oskar Lafontaine hält den Kompromiß beim Wahlrecht mit der Möglichkeit von Listenverbindungen bei der gesamtdeutschen Wahl für akzeptabel.‹ So war dann die Endfassung der Nachrichtenagenturen, und so stand es dann auch gestern im Interview-Text.

Jetzt hatten die Agenturen den Text, letzte Fassung, mit den nunmehr wohl ›richtigen‹ Antworten verarbeiten können. Originalton Lafontaine: ›Wir wollten die Fünf-Prozent-Klausel für das ganze Wahlgebiet. Aber der jetzt gefundene Kompromiß ist besser als die Vor-

schläge, die Sperrklausel zu senken . . . Nach dem jetzt gefundenen Kompromiß bleibt es bei unserem Angebot, Mitgliedern der Bürgerrechtsbewegungen in der DDR Listenplätze anzubieten.‹ Und dabei blieb es dann auch.«

22. Der Kandidat

Eine Analyse von Arnulf Baring, Professor für Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin

Der Mann ist intelligent, wach, taktisch begabt. Er weiß sich glänzend ins Gespräch zu bringen, kann geradezu genial Ressentiments von rechts und links nutzen. Ohne Zweifel ein Naturtalent: für eigene Zwecke.
Er mag auch einen fähigen Oberbürgermeister, einen populären Ministerpräsidenten abgeben. Doch als Bundeskanzler, das hat sich klar erwiesen, ist er unmöglich. Selbst seinen eigenen Leuten wird diese Aussicht immer weniger erträglich.
Ja, wenn wir noch die alte, gemütliche Bundesrepublik hätten, den satten, sozialen Frieden. Dann ginge er vielleicht gerade noch, könnte sich als gewandter Politik-Manager einnisten, als glitzernder Repräsentant der neureichen Attitüden aufstrebender Doppelverdiener. Solche Leute interessieren sich privat für Seidenhemden, Mädchen, exquisite Restaurants. Zugleich aber monieren sie öffentlich gern, trotz teilnahmsloser Kälte, mit engagiertem Vokabular mitreißend das Elend der weiten Welt: rechts leben, links reden. Sicher wäre unser Oskar für manch einen Mitbürger durchaus eine modische Alternative zum biederen Kohl.
Aber für das kommende, größere Deutschland ist Lafontaine vollkommen ungeeignet.
Schließlich war die SPD von Schumacher bis Wehner immer die Partei entschlossenen, beharrlichen Kampfes um die nationale Einheit, war schon seit Bebels Zeiten die Partei praktischer Solidarität mit allen Benachteili-



Oskar Lafontaine in Siegerpose. Mit 54,4 Prozent gewann der SPD-Mann im Januar 1990 die saarländischen Landtagswahlen.

gungen und Entrechteten. Nation und soziale Solidarität sind die beiden Schlüssel zum Selbstverständnis der SPD; beide sind Lafontaine fremd. Wie könnte er sonst wagen, den Westdeutschen weiszumachen, die Einheit komme sie viel zu teuer, und gleichzeitig den Ostdeutschen einzureden, sie bekämen längst nicht genug?
Lafontaines Angstgeschäfte, Effekthaschereien rechnen zudem mit unserem kurzen Gedächtnis. Wollte er nicht noch gestern der unfähigen DDR Modrows 15 Milliarden mir nichts, dir nichts ohne Zweckbindung in die Tasche stecken?
Natürlich kann eine Opposition, die siegen will, nicht lauthals die Politik des Kanzlers loben. Aber sie muß Augenmaß beweisen. Eine radikale Alternative ist nie eine realistische Alternative. Das wissen heute alle.
Lafontaine ist unernst und kleinkariert, sein Politikverständnis bloße Schlaumeierei. Das Land braucht jetzt Figuren von der Kraft und Ausstrahlung Willy Brandts. Man staunt, was sich die sozialdemokratische Spitze – die erfahrene Bundestagsfraktion, Ministerpräsidenten von Statur – vom egozentrischen Geltungsdrang, von der Profilierungssucht dieses Schickimicki bieten lassen. Aber da ist man ja, von früheren Zeiten, in der SPD vieles gewohnt. Die Leidensfähigkeit, die willige Bereitschaft der Sozialdemokraten, sich von eigenen Führern quälen zu lassen, sind bekannt.
Die SPD sollte sich jedoch nichts vormachen. Alles Beschwichtigen wird am Ende nichts nützen. Lafontaine wird in Deutschland, solange es hier mit rechten Dingen zugeht, nicht an die Regierung kommen. (»Bild«, 13. Juni 1990).

Lafontaine scheint sich in der Rolle des »Propheten des Unheils« zu gefallen. Wenn dieses Unheil nicht eintritt, dann – so ließ er Vertraute wissen – habe er halt Pech gehabt. Wer so redet, hofft auf die Not von Millionen Menschen, um Stimmung und Stimmen für sich zu gewinnen. (»Frankfurter Neue Presse«.)
Das bemerkenswerteste Ergebnis war, daß die FDP schon jetzt der SPD so klar und hart eine Absage für die nächsten vier Jahre erteilte. In der Sache waren sich alle einig: Mit Oskar Lafontaine ist das große Werk der Vereinigung nicht zu vollziehen. Die SPD bekam damit auch in Hannover zu spüren, wie stark ihr Kanzlerkandidat polarisierend wirkt. Nur bei der Bewerbung von Franz Josef Strauß im Jahre 1980 haben sich die Liberalen mit vergleichbarer Schärfe von einem Kanzlerkandidaten distanziert wie diesmal bei Oskar Lafontaine. (»Osnabrücker Zeitung«, 14. August 1990.)
Die beherzte Entscheidung des Kanzlers – für seinen sozialdemokratischen Gegner Oskar Lafontaine undenkbar –, sowohl deutsche Marineschiffe ins Mittelmeer zu schicken als auch mit ihrem Einsatz im Golf zu drohen, hat erst in dieser Woche wieder gezeigt, daß Herr Kohl der beste deutsche Kanzler ist, den wir haben. Deutschland kann sich den Luxus einer zaghaften Führung nicht mehr leisten. Und Europa auch nicht. (London.) (»Die Welt«, 18. August 1990.)

23. Lafontaines »Programm« – zurück zu Marx

Die SPD gibt die Soziale Marktwirtschaft in ihrem Programm als »Kapitalismus« aus. Die »Überwindung der Klassengesellschaft« und »mehr Gleichheit in der Verteilung von Einkommen, Eigentum und Macht« seien daher vonnöten. Walter Hamm kommentierte in der »FAZ« vom 18. September: Daß die »Klassengesellschaft« genauso wie der »Kapitalismus« längst der Vergangenheit angehört, daß sich die Unternehmer in einer wettbewerblich geordneten Marktwirtschaft nach den Entscheidungen der Konsumenten richten müssen, daß die Menschen in der Bundesrepublik über breitgestreutes Geldvermögen in Höhe von fast 3000 Milliarden Mark verfügen und daß die Machtverteilung ganz anders aussieht als bei dem Blick durch die klassenkämpferische Brille, bleibt unbeachtet. Vergessen sind auch die Erfahrungen mit dem Kurs einer überzogenen Einkommensumverteilung unter sozialdemokratischen Bundeskanzlern. Diese Politik hat maßgeblich zu Stagnation und steigender Arbeitslosigkeit beigetragen und 1982 den Bruch der sozialliberalen Koalition mit herbeigeführt.

Was schwebt der SPD als Alternative vor? Alles Heil wird von umfassenden Befugnissen staatlicher Organe, von mehr kollektiver Steuerung der Wirtschaft und damit notwendigerweise von der Einschränkung unternehmerischer Entscheidungsfreiheit erhofft. Im SPD-Parteiprogramm heißt es dazu, daß »Rahmenbedingungen gegen Kapitalinteressen verbindlich durchzusetzen« seien, und zwar vor allem »durch staatliche Steue-



Lafontaine mit theatralischer Dankesgeste auf dem letzten SPD-Parteitag. Sein Wirtschaftsprogramm – zurück zu Marx.

rung«, außerdem mittels Gegenmacht von Gewerkschaften und anderer Veränderungen der Entscheidungsstrukturen in der Wirtschaft. »Die Macht der Großwirtschaft, das Übergewicht der Kapitaleigner und Unternehmensmanager« müßten überwunden werden. »Wirtschaftliche Grundentscheidungen, vor allem darüber, was wachsen und was schrumpfen soll«, müßten »demokratisch« getroffen werden. Der Staat müsse »gewollte Entwicklungen in Gang setzen, erkennbare Fehlentwicklungen abwenden und seine Planungen für Korrekturen fortlaufend offenhalten«.

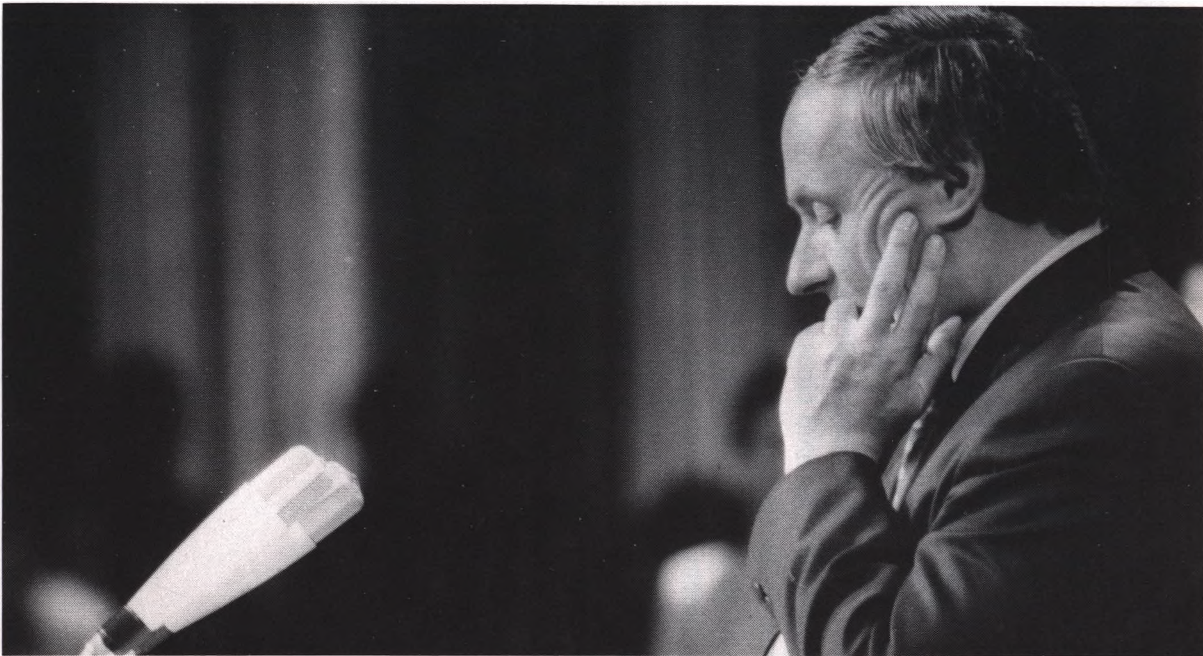
Alle Erfahrungen, die mit der Fähigkeit staatlicher Organe zur Steuerung der Wirtschaft im Ostblock und anderswo gesammelt worden sind, haben auf Lafontaine offensichtlich keinerlei Eindruck gemacht. Die Umkehrung der wirtschaftspolitischen Fronten ist geradezu absurd. In den Ostblockstaaten ist nach dem vollständigen Scheitern des real existierenden Sozialismus der Aufbruch zu marktwirtschaftlichen Formen der Wirtschaftssteuerung in vollem Gange. Das bedeutet dezentralisierte, an den Konsumenteninteressen orientierte unternehmerische Entscheidungen über Produktion und Investition. Die SPD verlangt dagegen eine »gesamtwirtschaftliche Steuerung« vor allem durch staatliche Organe.

In der Sozialen Marktwirtschaft können die Handlungsrechte des einzelnen gesetzlich so festgelegt werden, daß sich keine Widersprüche mit dem Allgemeininteresse ergeben. Das geschieht bereits weitestgehend. Einer zusätzlichen staatlichen Steuerung bedarf es daher nicht. Um so verwunderlicher ist es, daß die SPD einen Kurs steuert, der die weltweit negativen Erfahrungen

mit sozialistischen Experimenten verschiedenster Art nicht berücksichtigt. Sollen nun auch in Westdeutschland noch einmal alle die bedrückenden Erfahrungen gesammelt werden, die mit dem Staat am Steuer der Wirtschaft anderswo bis zum Überdruß gemacht worden sind?

24. Der Mann mit dem steinernen Herzen

Der Zug der Einheit rollt mit wachsender Geschwindigkeit: Erste freie Wahlen in der DDR am 18. März dieses Jahres, Wirtschafts- und Währungsunion am 1. Juli, Beitrittserklärung durch die DDR-Volkskammer am 23. August für den 3. Oktober, Festsetzung des Termins für erste gesamtdeutsche Wahlen am 2. Dezember. Kohl hat sich nicht beirren lassen, obwohl Lafontaine und seine SPD stets klagten: »Zu schnell, zu schnell!«
Selbst Präsident Bush im Weißen Haus von Washington und Präsident Gorbatschow im Kreml von Moskau bewiesen aus der Ferne besseren Überblick als der Saarländer und seine Parteizentrale in Bonn. Die Sieger des Zweiten Weltkriegs stützten Kohl und dessen Mitstreiter Genscher bei den Zwei-Plus-Vier-Gesprächen über die außenpolitischen Aspekte der Einheit, Gorbatschow stimmte gar dem Verbleib Gesamtdeutschlands in der NATO und der Stationierung von Bundeswehr auf dem Ex-DDR-Territorium zu.
Und was bot Lafontaine? Alten Wein in neuen Schläuchen. Vor allem Steuererhöhungen und Ausgaben und Abgaben kündigte er an zur Lösung der mit der Einheit einhergehenden finanziellen Belastung. 50 Pfennig mehr Steuern will er pro Liter Benzin aufschlagen. Die DDR-Bürger, die sich jetzt in Scharen über ihren neuen Wagen freuen, auch wenn es erst einmal ein gebrauchter ist, werden sich herzlich bedanken.
Abgaben bilden die zweite Säule des SPD-Programms, das am 26. September beim Parteitag verabschiedet wurde. Abgaben auf Sondermüll, Luftschadstoffe, Ab-



Lafontaine ist ohne Zweifel ein wendiger Redner. Wenn er ins Grübeln kommt, tut er es aus Effekthascherei.

wasser. Selbst das verrostete Instrument der Investitionsprogramme, dessen Untauglichkeit schon unter dem Weltökonomen Schmidt hinlänglich bewiesen wurde, holt der Kanzlerkandidat aus der sozialdemokratischen Mottenkiste. Bei allen konkreten Fragen nach der Finanzierung der Einheit wich Lafontaine vor der Presse aus und wiederholte den Ruf nach Kassensturz. Oskar Lafontaine, der nie ein klares Wort zur Einheit fand, fand aber ein klares Wort zu Deutschland. Er sagte: »Auch das vereinte Deutschland soll ein Provisorium bleiben. Es muß eines nicht mehr fernen Tages in einem größeren Europa aufgehen. Der Nationalstaat ist längst überholt. Die Deutschen müssen sich deshalb von einem Nationenbegriff lösen, der an die ethnische Abstammung gebunden ist . . .«
Wenn es nach Oskar Lafontaine ginge, dürfte es Deutschland also gar nicht mehr geben! Genosse Kandidat – ein Mann mit steinernem Herzen.



Joachim Siegerist

Genosse Kandidat